

3. Sitzung

am Dienstag, dem 22. September 2015

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 36

Fragestunde

1. HIV-Neudiagnosen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 21. Juli 2015 36

2. (Nicht)Nutzung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt
und Fraktion DIE LINKE vom 7. August 2015 37

**3. Insolvenzantrag der Firma Imtech - wie geht es weiter am Klinikum
Bremen-Mitte?**

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 10. August 2015 38

4. Schiffbruch beim Spicarium

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek, Dr. vom Bruch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 18. August 2015 39

5. Miss-Wahlen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Tuncel, Frau Vogt
und Fraktion DIE LINKE vom 28. August 2015 41

6. Versorgung von Frühchen in der Stadtgemeinde Bremen

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 1. September 2015 41

7. Fremdplatzierungen außerhalb von Bremen
 Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Grönert, Röwekamp
 und Fraktion der CDU vom 1. September 2015 43

8. Was tut der Senat zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste?
 Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis, Tuncel, Frau Vogt
 und Fraktion DIE LINKE vom 15. September 2015 44

9. Horteinrichtungen in Huchting anwählen
 Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis, Tuncel, Frau Vogt
 und Fraktion DIE LINKE vom 15. September 2015 46

10. Verkehrsbelastung in Huchting während des Neubaus der B-75-Brücke
 Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Tuncel, Frau Vogt
 und Fraktion DIE LINKE vom 16. September 2015 46

Aktuelle Stunde 47

Konsensliste
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. September 2015 47

Aus für City-Center: Folgen und Konsequenzen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 31. Juli 2015
(Drucksache 19/14 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. September 2015
(Drucksache 19/20 S)

Innenstadtverkehr muss fließen - Verkehrsströme zeitnah analysieren und nachhaltiges Verkehrskonzept für den Wall und die gesamte Innenstadt erstellen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. September 2015
(Drucksache 19/24 S)

Abg. Frau Steiner (FDP) 48
 Abg. Strohmann (CDU) 49
 Abg. Bücking (Bündnis 90/Die Grünen) 50
 Abg. Kottisch (SPD) 51
 Abg. Rupp (DIE LINKE) 53

Abg. Strohmann (CDU)	54
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	55
Abg. Rupp (DIE LINKE)	56
Abg. Kottisch (SPD)	57
Senator Dr. Lohse	58
Abg. Schäfer (ALFA)	60
Abstimmung	61

**Ortsgesetz zur Änderung bremischer Kommunalsteuerortsgesetze
Mitteilung des Senats vom 1. September 2015
(Drucksache 19/16 S)**

Abg. Liess (SPD)	61
Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)	61
Abg. Eckhoff (CDU)	62
Abg. Rupp (DIE LINKE)	63
Abg. Frau Steiner (FDP)	64
Abg. Liess (SPD)	65
Abg. Rupp (DIE LINKE)	66
Bürgermeisterin Linnert	67
Abg. Frau Steiner (FDP)	68
Abg. Leidreiter (ALFA)	69
Abstimmung	69

**Überstunden der Polizei Bremen und Feuerwehr Bremen endlich ausbezahlen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2015
(Drucksache 19/21 S)**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. September 2015
(Drucksache 19/25 S)**

Abg. Hinners (CDU)	70
Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen)	70
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	72
Abg. Liess (SPD)	73
Abg. Zenner (FDP)	74
Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen)	75
Abg. Hinners (CDU)	76
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	76
Abg. Schäfer (ALFA)	78
Staatsrat Ehmke	78
Abstimmung	81

**Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. September 2015
(Drucksache 19/22 S)**

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	82
Abg. Frau Dehne (SPD)	83
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	83
Abg. Bensch (CDU)	84
Abg. Rupp (DIE LINKE)	84
Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt	85
Abstimmung	85
Anhang zum Plenarprotokoll	86

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Bernhard, Erlanson, Reinken, Seyrek, Tschöpe, Frau Wendland.

Vizepräsidentin Dogan
Vizepräsident Imhoff

Präsident Weber

Schriftführerin Ahrens
Schriftführer Dr. Buhlert
Schriftführer Senkal
Schriftführer Tuncel
Schriftführer Zicht

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Professor Dr. Quante-Brandt (SPD)

Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung
Günthner (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung **Dr. Bogedan** (SPD)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Ehmke** (Senator für Inneres)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Staatsrat **Fries** (Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 3. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Rechtspflegeanwältinnen und Rechtspflegeanwälte aus dem Jahr 2015. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte drei, vier und elf.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll und bitte um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Jugendliche Flüchtlinge brauchen auch weiterhin gesellschaftliche Akzeptanz
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Juni 2015
2. Schließung der Unfallchirurgie am Klinikum Bremen-Ost
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21. Juli 2015
Dazu
Antwort des Senats vom 11. August 2015 (Drucksache 19/15 S)

3. Sperrung der Straße „Am Wall“
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 30. Juli 2015
Dazu
Antwort des Senats vom 1. September 2015 (Drucksache 19/18 S)

4. Situation am Bahnhofsvorplatz
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 30. Juli 2015
Dazu
Antwort des Senats vom 1. September 2015 (Drucksache 19/19 S)

5. Personalsituation der Bremer Kultureinrichtungen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. September 2015

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**HIV-Neudiagnosen in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie hat sich die Zahl der HIV-Neudiagnosen in Bremen seit 2011 entwickelt?

Wie hat sich die Zahl der Neudiagnosen von Zuwanderern aus dem Bereich Subsahara-Afrika seit 2011 entwickelt?

Durch welche Maßnahmen plant der Senat, die Beratungssituation zum Thema HIV für diese spezielle Zielgruppe zu verbessern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Das Robert Koch-Institut, RKI, veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Daten zu den HIV-Diagnosen und AIDS-Erkrankungen in Deutschland. Der Bundestrend verzeichnet einen kontinuierlichen Anstieg. Die Entwicklung der HIV-Erstdiagnosen ist für Bremen aufgrund der kleinen Zahl stets mit Schwankungen verbunden. Die Gesamtzahl der Neudiagnosen bewegt sich seit 2011 auf einem etwa gleichbleibenden Niveau: zwischen 40 und 45 Erstdiagnosen pro Jahr.

Zu Frage 2: In Bremen erkrankten zwischen 2011 und 2014 zwischen zwei und neun Patienten jährlich aus dem Bereich Subsahara-Afrika an HIV. Die Interpretation der Daten in Bremen ist aufgrund der kleinen Zahlen nur bedingt möglich.

Zu Frage 3: HIV-positive Afrikanerinnen und Afrikaner aus dem Bereich Subsahara werden seit mehr als 13 Jahren durch die kultursensible und präventive AIDS/STD-Beratung des Bremer Gesundheitsamtes intensiv begleitet. Der Anteil dieser Menschen beträgt circa ein Drittel bis zur Hälfte der durch die AIDS/STD beratenen HIV-positiven Menschen. Durch das spezielle Angebot für Menschen aus den Subsahara Staaten nehmen zunehmend mehr von ihnen das Angebot des anonymen und kostenlosen HIV-Tests in Anspruch. Bei Sprachbarrieren werden Dolmetscher und Dolmetscherinnen für die Beratung hinzugezogen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Bensch (CDU): Frau Senatorin, vor circa dreieinhalb Jahren ist vom Senat schon einmal auf meine Anfrage zum Thema Afrikaprojekt bei der AIDS-Beratungsstelle Stellung genommen worden. Seinerzeit mussten wir eine Stelleneinsparung zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Sind mittlerweile ausreichende personelle Kapazitäten vorhanden, um diese spezielle Zielgruppe bedarfsgerecht beraten zu können?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Es zeigt sich im Augenblick, dass die Kapazitäten ausreichen, weil die Zielgruppe die Beratung so wahrnimmt, wie sie sie benötigt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**(Nicht)Nutzung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Leonidakis!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele und welche Immobilien in der Hand von Immobilien Bremen werden derzeit nicht genutzt und warum nicht?

Zweitens: Wie viele Gebäude stehen in den Stadtteilen Bremens leer?

Drittens: Gibt es Erwägungen des Senats hinsichtlich der Bestimmung leer stehender Gebäude zur Nutzung als Unterkunft für Flüchtlinge per Ordnungsverfügung?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die aktuell leer stehenden Gebäude des Sondervermögens Immobilien und Technik, SVIT, machen etwa zwei Prozent der Mietflächen des SVIT aus. Über die Leerstände wird im Rahmen des Liegenschaftscontrollings halbjährlich berichtet. In vielen Fällen handelt es sich um Immobilien, bei denen Umbauten für einen öffentlichen Nutzer durchgeführt oder geprüft werden sowie um Gebäude, die zum Abriss vorgesehen sind. Sämtliche nicht mehr von öffentlichen Nutzern benötigten Flächen werden hinsichtlich einer möglichen Flüchtlingsunterbringung geprüft.

Zu Frage 2: Die einzelnen Leerstände bei öffentlichen Gebäuden in den Stadtteilen können den halbjährlichen Controllingberichten entnommen werden. Für private Gebäude sind dem Senat die Leerstände nicht bekannt.

Zu Frage 3: Die Einweisung von Flüchtlingen über ordnungspolitische Instrumente wird bisher nicht erwogen. Auf Länderebene wird zurzeit die Frage eines Kontrahierungszwangs erörtert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Sollte per Ordnungsverfügung privater Wohnraum beschlagnahmt worden sein, trifft es zu, dass Klagen der Eigentümer erfolgreich waren, wenn

Leerstände in öffentlichem Wohnraum nachgewiesen werden könnten?

Bürgermeisterin Linnert: Ob eine Ordnungsverfügung das richtige Instrument ist, kann ich nicht endgültig einschätzen, da ich keine Juristin bin. Die Einschätzung des Senats ist nach heutigem Stand, dass die Gerichte den Eigentumsschutz bei Beschlagnahmen sehr hoch bewerten und dass die Beschlagnahmeverfügungen wohl scheitern, weil die Gerichte die Auffassung vertreten, dass die Länder und Gemeinden zunächst eigene Immobilien und Flächen einsetzen müssen. Dies entspricht ungefähr dem Tenor der geltenden Rechtsprechung. Die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen umfasst sogar die Verpflichtung, öffentliche Parks zu nutzen, und bei Gebäuden sind auch Turnhallen zur Verfügung zu stellen.

Der Senat schätzt es als schwierig ein, Private über Ordnungsverfügungen zur Vermietung oder Verpachtung von Wohnraum beziehungsweise Flächen zu zwingen. Ich weiß, dass man in Hamburg diesen Weg geht. Am Ende kommt es über den Rechtsweg zu sehr hohen Mieten, und dies spricht dafür, dass man sich rechtlich eher auf einem problematischen Boden bewegt.

Wir sind noch nicht am Ende unserer Überlegungen, ob wir vielleicht über das Obdachlosenpolizeirecht oder andere Instrumente zu einer Lösung des Problems kommen. Für den Senat stellt sich auch nicht die Frage, ob er es will oder nicht, sondern er will seine Energie nur in Lösungen investieren, die letztendlich erfolgreich sind.

Ich finde es richtig, öffentlich zu thematisieren, dass es nicht akzeptiert werden kann, dass wir Menschen in Turnhallen unterbringen, während es bei privaten Vermietern - aus welchen Gründen auch immer - Leerstände gibt. Wir fordern auch Bürger auf, in den Stadtteilen nach Leerständen zu schauen und uns diese mitzuteilen, damit bei den Vermietern nach dem Grund für den Leerstand gefragt werden kann. Letztlich ist der Senat mit der Strategie ganz gut gefahren, mit Baumarktbetreibern über leer stehende Baumärkte zu verhandeln.

Präsident Weber: Frau Leonidakis, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Es wurde auch in der Presse zitiert, dass die Verhandlungen mit Max Bahr nicht vorangeschritten sind. Zeichnet sich da eine Einigung ab?

Bürgermeisterin Linnert: Das kann ich Ihnen hier nicht sagen. Ich bin nicht über jede Flüchtlingsunterbringung informiert, wir werden es aber für Sie ermitteln. Ich sage es Ihnen gleich, ich habe die Liste jetzt nicht hier und kann Ihnen

deshalb den jeweiligen Verfahrensstand nicht sagen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass zwei Prozent der Flächen in der Hand von Immobilien Bremen oder des SVIT leer stehen? Wie viele dieser Flächen wurden bisher für die Unterbringung von Geflüchteten verwendet und zur Verfügung gestellt?

Bürgermeisterin Linnert: Wie viele wir in der Vergangenheit bereitgestellt haben, kann ich Ihnen nicht sagen, aber auch das können wir herausfinden, das ist viel. Wir haben jetzt richtig geschaut: Jede Immobilie, die irgendwie dafür geeignet ist, haben wir dafür hergerichtet oder dafür vorgesehen, das geht auch schon über mehrere Monate. Das müssten wir ausrechnen lassen.

Diejenigen, die jetzt noch leer stehen, sind welche, die nur kurzfristig leer stehen, die abgerissen werden müssen, die für den Verkauf vorgesehen sind oder die wir gerade angekauft haben oder für die schon eine Nutzung für Behörden vorgesehen ist.

Wir haben einen Filter bei Immobilien Bremen. Absolute Priorität hat die Flüchtlingsunterbringung. Erst wenn sich andere Prinzipien damit brechen oder die Verwaltung ein Gebäude selber braucht, nehmen wir es für etwas anderes. Diese 2 Prozent an Immobilien, die im Moment leer stehen, könnten nicht unproblematisch nur mit Flüchtlingen besetzt werden, die haben wir alle zur Verfügung gestellt.

Präsident Weber: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage der Fragestunde beschäftigt sich mit dem Thema „**Insolvenzantrag der Firma Imtech - wie geht es weiter am Klinikum Bremen-Mitte?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Auswirkungen erwartet der Senat durch den Insolvenzantrag der Firma Imtech Deutschland GmbH & Co. KG auf den Klinikneubau am Klinikum Bremen-Mitte?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Firma Imtech Deutschland stellte am 6. August 2015 einen Insolvenzantrag. Die Gesundheit Nord gGmbH, GeNo, hat unmittelbar reagiert und eine eigene Taskforce eingesetzt, die die Aktivitäten als Bauherrin des TEN in Richtung Imtech seitdem koordiniert. So konnte insbesondere eine Zahlungsvereinbarung zwischen der GeNo und der Firma Imtech abgeschlossen werden, wonach Rechnungen der Firma Imtech von der GeNo beglichen und im Gegenzug diese Beträge unter anderem für die Bezahlung der Subunternehmen eingesetzt werden.

Oberstes Ziel der GeNo ist es, einen Baustillstand zu vermeiden, dies konnte auch bislang erreicht werden. Trotzdem ist zu verzeichnen, dass die von der Firma Imtech eingesetzten Subunternehmer ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zunächst reduziert haben. Dieser Trend konnte gestoppt werden. Die Geschäftsführung der GeNo setzt derzeit alles daran, Verzögerungen zu verhindern.

Die genauen zeitlichen und monetären Auswirkungen können allerdings zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht benannt werden, zudem ist die Entscheidung über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens voraussichtlich Ende Oktober abzuwarten. Insofern sind die Einflussmöglichkeiten der GeNo begrenzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bensch, Sie haben eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Bensch (CDU): Frau Senatorin, Sie haben eben gesagt, derzeit könne noch nicht gesagt werden, welche Auswirkungen die Bauzeitverzögerung haben wird, Sie haben gesagt, Ende Oktober gebe es einen weiteren Bericht. Ab wann können wir entweder in der Deputationssitzung oder auch im Parlament erfahren, welche konkreten Auswirkungen sich daraus ergeben, also wann mit der Teilinbetriebnahme und wann mit der Gesamtfertigstellung zu rechnen ist?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Wir hatten uns in der Deputation schon verständigt, dass wir Ihnen in der nächsten Deputationssitzung einen umfangreichen Bericht zu diesem Sachstand geben werden. Ich hoffe, dass wir dann mehr wissen werden.

Wir wissen, dass das Insolvenzverfahren eröffnet werden soll. Es gibt parallel dazu noch Debatten darüber, dass Imtech verkauft wird, das hätte Einfluss auf alle weiteren Entwicklungen.

Wir können im Moment nur feststellen, es ist uns gelungen, dass es nicht zu einem Baustopp gekommen ist. Zwar arbeiten wir dort mit einer begrenzten Anzahl von Arbeitskräften, aber die Arbeit ist in Schnittstellenbereichen fortgesetzt worden, von denen wir wissen, dass sie unbedingt abgewickelt werden müssen, da wird mit Ersatzvornahme gearbeitet. Im Moment tun wir alles, damit die Bauverzögerung so kurz wie möglich ausfällt, aber dass es dazu kommen kann, damit ist im Insolvenzfall auf jeden Fall auch zu rechnen.

Sobald wir mehr wissen, informieren wir darüber, weil auch wir erstens ein großes Interesse daran haben, dass der TEN Ende nächsten Jahres in Betrieb genommen wird und wir zweitens auch nicht wollen, dass die Diskussion über den TEN dadurch noch erschwert wird.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage steht unter dem Betreff „**Schiffbruch beim Spicarium**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Pläne verfolgt der Senat für das Bremer Spicarium?

Welche Auswirkungen wären nach Ansicht des Senats im Falle einer Schließung für die maritime Meile in Vegesack zu befürchten?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Siering.

Staatsrat Siering: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erarbeitet derzeit eine Vorlage mit den inhaltlichen, denkmalpflegerischen, personalwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, um einen fundierten Vorschlag für das weitere Vorgehen unterbreiten zu können.

Zu Frage 2: Der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird im Herbst 2015 eine Vorlage zu den Perspektiven des Spicariums vorgelegt. In diesem Rahmen ist auch die Einbindung und die Bedeutung des Spicariums in und für das im Frühjahr verabschiedete „Konzept zur Freizeit und Naherholung in Bremen-Nord“ darzustellen sowie über die zu erwartenden Auswirkungen einer

möglichen Schließung des Spicariums zu berichten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, die Grundlage, auf der Sie jetzt diese Vorlagen erarbeiten, ist vermutlich der Koalitionsvertrag zwischen der SPD und den Grünen für die 19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft?

Staatsrat Siering: Selbstverständlich ist auch der Koalitionsvertrag für uns ein wesentlicher Handlungsleitfaden.

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Da in diesem Koalitionsvertrag eine klare Zielsetzung für die Zukunft des Spicariums beschrieben ist, gibt es vermutlich nicht mehrere Optionen, die in dieser Vorlage dargestellt werden, oder verfolgt das Haus andere Ziele?

Staatsrat Siering: Ich kann Ihnen dazu sagen, dass der Koalitionsvertrag eine Zielrichtung grundsätzlicher Art vorgegeben hat, uns aber sehr wohl auch aufgegeben hat, weitere Detailprüfungen vorzunehmen, unter anderem sind der Denkmalschutz oder etwaige Rückzahlungsverpflichtungen Themen, die zu klären sind. Genau darum bemühen wir uns derzeit, das werden wir in der entsprechenden Deputationsvorlage darstellen.

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, ist Ihnen bekannt, dass sich der Beirat Vegesack in seiner letzten Sitzung auch mit der Zukunft des Spicariums auseinandergesetzt hat?

Staatsrat Siering: Ja, das ist mir bekannt.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Kennen Sie das Votum dieser Beiratssitzungen, Herr Staatsrat?

Staatsrat Siering: Es liegt mir nicht konkret schriftlich vor, nein!

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Nein, keine Frage, Herr Präsident! Ich möchte dem Staatsrat nur auf den Weg geben, dass sich der Beirat Vegesack ein-

stimmig und überparteilich für den Erhalt des Spicariums an der jetzigen Stelle ausgesprochen hat.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, können Sie sagen, in welchem Rahmen sich die jährlichen Besucherzahlen im Spicarium bewegen und wie hoch die Zuschüsse sind, die das Spicarium jährlich erhält?

Staatsrat Siering: Ich kann Ihnen sagen, dass der laufende Zuschussbedarf für die Dauerausstellung im Spicarium ungefähr bei 130 000 Euro per anno liegt. Eine genaue Besucherzahl liegt mir leider nicht vor.

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Schaefer, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Zumindest dem Bericht der Wirtschaftsdeputation aus der letzten Legislaturperiode ist zu entnehmen, dass es jährlich ungefähr 6 000 Besucher gibt. Geplant waren einmal 35 000 Besucher pro Jahr, es sind also sehr viel weniger. Heißt das, Sie gehen davon aus, dass die Besucherzahlen auf diesem Niveau bleiben und weiterhin diese Zuschüsse gezahlt werden müssen? Was müsste gemacht werden, um dem Beiratsbeschluss zu folgen und die Attraktivität zu erhöhen, damit mehr Besucher dorthin kommen als nur 6 000, also 15 Besucher pro Tag?

Staatsrat Siering: Danke für die Berechnung!

(Heiterkeit)

Das Spicarium leidet sicherlich von Beginn an darunter, dass der Zuspruch nicht den Umfang erreicht hat, den wir uns bislang gewünscht haben. Dennoch muss man sagen, das Spicarium ist auch Bestandteil der sogenannten maritimen Meile, deswegen muss man das im Gesamtkontext beurteilen. Das ist genau die Hausaufgabe, die wir zurzeit machen.

Besucherzahlen steigert man in der Regel dadurch, dass man die Attraktivität steigert. Es geht genau darum zu überlegen, ob es gelingen kann, die Attraktivität an diesem Standort so zu steigern, dass der Zuschussbedarf, den wir heute haben, und die Besucherinnen und Besucher eines solchen Museums in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Gleichwohl, genau das müssen wir jetzt bewerten und beurteilen. Ich bitte um Verständnis, dass wir das dann mit der entsprechenden Deputationsvorlage tun werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Miss-Wahlen in Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bernhard, Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Strunge!

Abg. Frau Strunge (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist aus Sicht des Senats die Durchführung einer Wahl zur „Miss Freimarkt“ nicht inzwischen zu altbacken und entspricht damit längst nicht mehr einer zeitgemäßen Veranstaltungspolitik?

Zweitens: Welche weiteren Miss- beziehungsweise Miss- und Mister-Wahlen werden im Rahmen von Veranstaltungen durchgeführt, bei denen das Stadtamt, die WFB, Wirtschaftsförderung Bremen, oder die Bremer Touristik-Zentrale an der Durchführung, Ausgestaltung oder Bewerbung beteiligt sind?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Frage, ob die Wahl der Miss Freimarkt noch zeitgemäß ist, muss von der Arbeitsgemeinschaft Bremer Märkte als Veranstalterin dieser Werbemaßnahme entschieden werden. Für den Freimarkt 2016 soll die Gesamtwerbestrategie im Marketingbeirat, in dem das Stadtamt, die Schaustellerverbände, die WFB, die BTZ, die Großmarkt GmbH, die Handelskammer, die CityInitiative, der Senator für Inneres sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vertreten sind, beraten und fortentwickelt werden. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 2: Die WFB/MESSE BREMEN veranstaltet im Rahmen der HanseLife die Wahl der Miss und des Mistere HanseLife. Weitere Missbeziehungsweise Miss- und Misterwahlen im Sinne der Fragestellung gibt es nicht. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Strunge (DIE LINKE): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sagen Sie, es obliegt den Bremer Veranstaltern, ob eine Miss-Wahl durchgeführt werden soll oder nicht. Warum unterstützt der Bremer Senat die Wahl zur „Miss Freimarkt“ mit einem Aufruf über eine Pressemitteilung und bewirbt damit die Veranstaltung?

(Abg. Strohmann [CDU]: Sonst kommt er nicht in die Jury! - Heiterkeit)

Staatsrat Ehmke: Wir haben uns bei der Freimarktwerbung für eine Arbeitsteilung zwischen dem Stadtamt als Veranstalter des Marktes und den Schaustellerverbänden entschieden. Die klassischen Werbemaßnahmen, die den gesamten Bereich der Veranstaltung betreffen, liegen in der Hand des Stadtamtes, und die WFB ist beauftragt. Die übrigen Werbemaßnahmen haben sich die Schaustellerverbände überlegt, sie treffen die Entscheidungen und führen sie in eigener Verantwortung durch. Die Eröffnungsfeier und die Wahl der „Miss Freimarkt“ gehören beispielsweise dazu.

Wir haben gesagt, dass es sinnvoll ist, die beiden Veranstaltungsblocs im Werbebeirat zusammenzuführen und dass zwischen den Beteiligten ein Austausch stattfindet. Zusammengefasst: Wir bewerben den Freimarkt als Veranstaltung, weil es unsere Veranstaltung ist, weil es eine Veranstaltung des Stadtamtes ist und weil es eine Traditionsveranstaltung ist, auf die wir stolz sind. Daneben führen die Schausteller eigene Werbemaßnahmen durch, die nicht unserer Entscheidung unterliegen.

Sie fragen nun: Warum unterstützt der Senat die Wahl zur „Miss Freimarkt“? Der Senat unterstützt diese Werbemaßnahme nicht, er hat allerdings über die Senatspressestelle einen Aufruf der Schausteller unter der Rubrik „Sonstiges“ veröffentlicht. Unter der Rubrik „Sonstiges“ können gesellschaftliche Organisationen, Vereine und Verbände ihre Pressemitteilungen veröffentlichen lassen.

Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen noch einmal die Nutzungsmöglichkeit dieser Rubrik erörtert haben. Es ist allerdings für sich genommen nicht ungewöhnlich, dass Vereine und Verbände - in diesem Fall die Schaustellerverbände - den Senatspressedienst als Dienstleister für ihre eigenen Werbemaßnahmen nutzen, die ja im weitesten Sinne als Freimarktwerbung im Interesse der Stadt liegen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Versorgung von Frühchen in der Stadtgemeinde Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die derzeitige Kapazität bei der Versorgung von Level-1-Frühchen in der Stadtgemeinde Bremen?

Aus welchem Grund mussten seit der Schließung der Neonatologie in Bremen-Mitte immer wieder Frauen in Risikosituationen ins Umland ausweichen?

Welche Verbesserungen plant der Senat bei der Versorgung von Frühchen, und bis wann werden diese umgesetzt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Nach Schließung der Geburtshilfe sowie der Neonatologie am Klinikum Bremen-Mitte im Jahr 2012 wegen der Persistenz resistenter Keime wurde gemeinsam mit allen Bremer Kliniken, die an der Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen beteiligt sind, beschlossen, das Klinikum Links der Weser als Level-I-Zentrum auszustatten. Das Klinikum Bremen-Nord sollte die Versorgung von Level-II-Neonaten übernehmen. Weiterhin sind das St. Joseph-Stift und das DIAKO an der Versorgung im Rahmen der Geburtshilfe beteiligt. Das St. Joseph-Stift wird dabei im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung rund um die Uhr von Kinderärzten des Klinikums Bremen-Mitte unterstützt. Die Profile der Krankenhäuser wurden im Perinatologischen Netzwerk Bremen besprochen und verabredet.

Entsprechend des Versorgungsauftrages sind bremische Neonaten über alle Level zu versorgen, dazu reichen auch nach der Schließung der Neonatologie des Klinikums Bremen-Mitte rechnerisch die Kapazitäten. Mehr als 40 Prozent der Neugeborenen, mehr als 50 Prozent der Frühgeborenen unter 1 500 Gramm kamen 2014 aus Niedersachsen.

Der Aufnahmepressure aus dem Umland ist gewachsen und hat dazu geführt, dass die Gesundheit Nord gGmbH und das Klinikum Links der Weser frühzeitig Erweiterungs- und Modernisierungspläne initiierten. Die Erweiterung in der Neonatologischen Intensivstation soll etwa vier Plätze umfassen, von 12 auf 16 Inkubatoren/Wärmebetten. Eine erste Erweiterungsplanung ließ sich allerdings wegen der strikten Bauvorgaben für Neonatologien in einem begrenzten Raumvolumen nicht realisieren.

Derzeit wird eine Bauplanung in den Leistungsphasen I bis III - Grundlagenermittlung, Vorentwurf und Entwurf mit Kostenberechnung - durch-

geführt, die auf deutlich mehr Fläche zugreifen kann. Eine Umsetzung erscheint zurzeit ab dem zweiten Halbjahr 2016 möglich.

Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz wird sich im Rahmen der durch den Landeskrankenhausplanungsausschuss gebildeten Arbeitsgruppe Umlandversorgung, die schon mehrfach unter Beteiligung der niedersächsischen Krankenhausplanungsbehörde beraten hat, weiterhin für eine Verbesserung einsetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Bensch (CDU): Frau Senatorin, es ist ja noch ein langer Zeitraum bis zum zweiten Halbjahr 2016. Was passiert in der Zwischenzeit? Was passiert, wenn wieder einmal der Fall in Bremen auftritt, dass Frauen wegen einer Risikosituation in das Umland ausweichen müssen? Gibt es einen Plan B?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Erstens, zunächst muss man festhalten, dass im Level-I-Bereich im Augenblick bis auf ein Bett die Bettenkapazität vorhanden ist, die vor der Schließung der Neonatologie im Klinikum Bremen-Mitte bestanden hat. Diese Bettenkapazität - das habe ich bereits gesagt - hat bisher rechnerisch ausgereicht.

Zweitens, wir führen zurzeit Verhandlungen mit Niedersachsen, darüber habe ich in der Deputation für Gesundheit berichtet, es ist zeitnah ein Termin mit Niedersachsen vereinbart. Im Übrigen hat das Klinikum in Delmenhorst die Versorgung von Frühgeborenen wieder aufgenommen. Das heißt, es wird begonnen, die erste Strategie umzusetzen, nämlich mit Niedersachsen Einverständnis darüber zu erzielen, dass der Druck, der aus dem niedersächsischen Umland in Bremen entstanden ist, aus Niedersachsen verringert wird, indem das niedersächsische Umland entsprechende Kapazitäten vorhält.

Die zweite Strategie ist, dass in Bremen ab dem zweiten Halbjahr 2016 vier zusätzliche Betten zur Verfügung stehen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Bensch!

Abg. Bensch (CDU): Frau Senatorin, aus den Reihen des grünen Koalitionspartners gab es zwischenzeitlich die öffentlich ausgesprochene Überlegung, Betten für Level-I-Frühchen eventuell sogar am Klinikum Bremen-Ost einzurichten. Sind diese Überlegungen noch aktuell, oder sind sie vom Tisch?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Ich kann Ihnen nichts zu den Überlegungen des grünen Koalitionspartners sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es bei uns keine Überlegungen gibt, diesen Bereich am Klinikum Bremen-Ost aufzubauen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Bensch [CDU]: Nein, danke! Aber die Äußerungen haben schon zu einer enormen Verwirrung geführt!)

Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther! - Bitte sehr!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass isolierte Zitate aus Zeitungen dieser Stadt möglicherweise nicht die komplexen Überlegungen darstellen, die die Grünen zu diesem Thema angestellt haben?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Frau Dr. Kappert-Gonther, ich kann Ihnen auf alle Fälle bestätigen, dass mir die Gespräche mit Ihnen einen anderen Erkenntnisstand gegeben haben als das, was ich in der Zeitung gelesen habe.

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Kappert-Gonther, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass wir sowohl die Kapazitäten in der Geburtshilfe als auch, wie es der Kollege Bensch eben schon nahelegte, die neonatologische Versorgung in Bremen weiter ausbauen müssen - so, wie Sie es auch gesagt haben - beginnend mit dem Ausbau von vier Plätzen für die Level-I-Neonatalogie im Krankenhaus Links der Weser, und dass darüber hinaus möglicherweise auch über andere Standorte nachgedacht werden kann?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Ich würde diese Debatte hier an dieser Stelle jetzt nicht führen wollen, weil sie meiner Ansicht nach in die Landeskrankenhausplanung gehört, denn das gehört in den Gesamtkontext der Fragen: Wie wollen wir weiter damit umgehen? An welchen Standorten ist Geburtshilfe notwendig? Wo müssen gegebenenfalls Investitionen getätigt werden?

Wir sollten das nicht an einzelnen Standorten festmachen, sondern im Rahmen der Landeskrankenhausplanung insgesamt erörtern und uns dann überlegen, ob wir zusätzliche Kapazitäten brauchen, und wenn ja, welche zusätzlichen Kapazitäten wir benötigen. Man muss entsprechend entscheiden, wenn wir dann zu der Auffassung

gelangen, dass wir mehr benötigen, weil wir zum Beispiel einen Zuwachs an Geburten haben. Das alles kann man am Ende aus Zahlen ersehen. Das kann eine Folge sein, aber wir sollten das in der Gesamtplanung aller Krankenhäuser behandeln.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie ebenfalls bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Grünen immer eine Kombination zwischen Geburtshilfe und Ausbau von Level-I-Kapazitäten an einem Ort vorgeschlagen haben, aber zu keinem Zeitpunkt, irgendwo eine Level-I-Neonatalogie zu eröffnen, wo es keine Geburtshilfe gibt?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Ja!

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank!

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebente Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Fremdplatzierungen außerhalb von Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Jugendliche aus der Stadtgemeinde Bremen sind derzeit in Bremen und außerhalb von Bremen in Jugendhilfeeinrichtungen fremdplatziert?

Welche Kosten entstehen monatlich im Durchschnitt für eine Fremdplatzierung innerhalb und außerhalb Bremens?

Wie viele außerhalb untergebrachte Jugendliche befanden sich in den letzten fünf Jahren und aktuell in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen auf der Grundlage von Paragraph 42 SGB VIII?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage eins: Mit Stand vom 31. August 2015 sind nach dem Datenverarbeitungssystem OK.JUG des Amtes für Soziale Dienste 378 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren stationär untergebracht, davon 134 in

Einrichtungen in Bremen und 244 in auswärtigen Einrichtungen.

Zu Frage zwei: Im Jahr 2014 wurden monatlich durchschnittlich 4 561,22 Euro für eine Heimunterbringung ausgegeben, 3 952,71 Euro für eine Erziehungsstelle und 5 404,65 Euro für eine stationäre intensivpädagogische Einzelmaßnahme. Die nach Art und Anzahl gewichteten Durchschnittskosten der genannten Maßnahmen betragen zum Stichtag 31. August 2015 monatlich 4 491,46 Euro.

Eine Differenzierung der Kosten nach dem Merkmal innerhalb beziehungsweise außerhalb Bremens ist über eine Standardauswertung des Datenverarbeitungssystems OK.JUG nicht möglich.

Zu Frage drei: Maßnahmen für Jugendliche in geschlossenen Einrichtungen auf der Grundlage von Paragraph 42 SGB VIII wurden in den vergangenen fünf Jahren nicht eingeleitet. Unterbringungen Jugendlicher mit Freiheitsentzug nach Paragraph 1631 b BGB als Maßnahme gemäß Paragraph 34 SGB VIII sind in zwei Fällen nach der entsprechenden Genehmigung des Familiengerichts erfolgt. Die genannten Fälle liegen nicht mehr in der Zuständigkeit des Jugendamtes Bremen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Könnten Sie mir in Bezug auf die dritte Frage beantworten, wie viele der Jugendlichen, die in den letzten Jahren außerhalb Bremens untergebracht worden sind, sich in einer Einrichtung befunden haben, die auch freiheitsentziehende Maßnahmen vornehmen könnte? Die Familiengerichte können vor Ort in dem jeweiligen Bundesland noch freiheitsentziehende Maßnahmen nachträglich anordnen, deshalb meine Frage!

Senatorin Stahmann: Das kann ich aus dem Stand nicht beantworten, Frau Ahrens, da müssten wir beide uns an mein Fachreferat und die Referatsleiterin Frau Hellbach wenden, um das zu erfragen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Leonidakis!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Frau Senatorin, eine Nachfrage zu den zwei Jugendlichen, die nach Paragraph 1631 b BGB in Verbindung mit Paragraph 34 SGB VIII in einer geschlossenen Einrichtung untergebracht wurden. Können Sie angeben, zu welchem Zeitpunkt das war?

Senatorin Stahmann: Nein, das ist mir nicht bekannt, auch das müsste ich nachfragen. Es ist ja nach einem Zeitraum in den letzten fünf Jahren

gefragt worden, das kann etwas länger oder etwas kürzer zurückliegen. Das können wir im Detail unter Wahrung des Datenschutzes nachfragen.

Präsident Weber: Frau Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Nein, danke! Ich erwarte dann die Zahlen in der zuständigen Deputationsitzung.)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Was tut der Senat zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Leonidakis, Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass der Verband der kommunalen Arbeitgeber in der neunten Verhandlungsrunde, also nach der Schlichtungsablehnung durch die Beschäftigten, kein neues Angebot vorgelegt hat?

Zweitens: In welcher Weise wird sich der Senat im Verband kommunaler Arbeitgeber dafür einsetzen, dass ein neues und durch die Beschäftigten annehmbares Angebot vorgelegt wird?

Drittens: Was gedenkt der Senat gegen den Umstand zu unternehmen, dass Beschäftigte der pädagogischen Fachdienste beim Amt für Soziale Dienste in Bremen - anders als in umliegenden Kommunen - im TV-L angestellt sind und damit schlechter entlohnt werden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Verhandlungen zum Sozial- und Erziehungsdienst laufen seit Februar 2015. Nach neun ergebnislosen Verhandlungen wurde von beiden Seiten einvernehmlich die Schlichtungskommission angerufen. Am 23. Juni 2015 haben die beiden Schlichter in den Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst, Georg Milbradt und Herbert Schmalstieg, einen einvernehmlichen Schlichterspruch vorgestellt. Danach betragen die Gehaltssteigerungen in der größten

Gruppe, Erzieher und Erzieherinnen mit Grundtätigkeit, durchschnittlich 3,3 Prozent. Die Verhandlungen wurden daraufhin am 13. August erneut wieder aufgenommen. Die Gewerkschaften sahen sich allerdings nicht in der Lage, der einvernehmlichen Schlichterempfehlung aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Mitgliederbefragung zu folgen.

Die VKA-Vertreter haben entsprechend dem Votum in der Mitgliederversammlung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Verbesserungen gegenüber dem Schlichtungsergebnis nicht möglich sind. Mit der Schlichtung wurde bereits eine endgültige Lösung für den Tarifkonflikt im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes nach vorherigen langen Verhandlungen sowie Streiks der Gewerkschaften angestrebt. Der einvernehmlichen Schlichtungsempfehlung haben sowohl die Schlichtungskommission der Gewerkschaften als auch die Schlichtungskommission der Arbeitgeber zugestimmt. Damit ist ein austarierter Kompromiss zustande gekommen, dem die Mitgliederversammlung trotz der damit verbundenen erheblichen Kosten mehrheitlich zugestimmt hat. Bei weiteren Kostenbelastungen bestünde die Gefahr, dass etliche Kindertagesstätten nicht mehr weiter in kommunaler Trägerschaft geführt werden könnten.

Die Tarifvertragsparteien haben sich darauf verständigt, im Gespräch zu bleiben. Zwischenzeitlich ist mit den Gewerkschaften für den 28. September 2015 ein Termin zur Fortsetzung der Verhandlungen vereinbart worden. Die Verhandlungen sollen gegebenenfalls am 29. September 2015 fortgesetzt werden. Zu diesem Termin ist die Mitgliederversammlung der VKA geladen.

Zu Frage 2: Die Tarifverhandlungen werden durch die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände, also die VKA, geführt. Die VKA besteht aus 16 Mitgliedsverbänden, darunter auch der Kommunale Arbeitgeberverband, also der KAV, Bremen. Oberstes Beschlussorgan für den Abschluss von Tarifverträgen ist die Mitgliederversammlung der VKA. Nach deren Satzung bedarf es einer Dreiviertelmehrheit zum Abschluss von Tarifverträgen. Der KAV Bremen wird sich dafür einsetzen, in den kommenden Verhandlungen am 28. und 29. September 2015 einen gangbaren Kompromiss zwischen den finanziellen Belastungen der Kommunen und den Interessen der Eltern, Kinder, Erzieherinnen und Erzieher zu finden.

Zu Frage 3: Die Beschäftigten der pädagogischen Fachdienste unterfallen dem Geltungsbereich des TV-L Bremen (Land). Bremen wird sich nach Abschluss der Tarifverhandlungen zum Sozial- und Erziehungsdienst in der Tarifgemeinschaft deut-

licher Länder für eine vergleichbare Lösung einsetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Leonidakis, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, können Sie bestätigen, dass sowohl in den pädagogischen Fachdiensten des Amtes für Soziale Dienste als auch in den Kindertagesstätten mittlerweile Fachkräfte nicht mehr leicht zu finden sind?

Bürgermeisterin Linnert: Ja, das kann ich bestätigen! In den Bereichen herrscht große Nachfrage, und zwar jetzt auch durch den Zuzug von Flüchtlingen. Es ist ein Beruf, der nach dem ausdrücklichen Willen des Senats sehr attraktiv und gut bezahlt sein soll.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, die Beschäftigten des Amtes für Soziale Dienste werden ja nach dem TV-L vergütet. Bremen kann, anders als beim TVöD, von selbst tätig werden. Haben Sie Überlegungen angestellt, wie man die Arbeitsplatzsituation, die Beschäftigungssituation attraktiver gestalten kann, damit freie Stellen schneller besetzt werden können? Wir haben Berichte aus der Amtsvormundschaft, dass Stellenbesetzungen nicht erfolgen können, obwohl es freie Stellen gibt, weil bekanntermaßen die Arbeitssituation mittlerweile zu schlecht geworden ist.

Bürgermeisterin Linnert: Das hat nur begrenzt etwas mit den Tarifverhandlungen zu tun. Vielleicht haben Sie aber am Samstag unsere Anzeige im „Weser-Kurier“ gelesen, mit der wir 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst suchen. Es haben sich viele Interessierte beworben. Wir versuchen, die Besetzungsverfahren zügig durchzuführen, weil wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allen Dingen für den Flüchtlingsbereich einsetzen wollen.

Ein pauschales Abwerten der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst mit den Worten, sie seien unattraktiv, weise ich zurück. Es gibt immer Bereiche mit besonderen Herausforderungen, Bereiche, in denen vielleicht das Betriebsklima verbessert werden müsste, oder Bereiche, in denen Mitarbeiter mit ihrer Vergütung nicht einverstanden sind. Festzuhalten bleibt, dass Bremen in allen Fällen nach geltendem Tarifrecht vergütet und dass es Bewerberinnen und Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen gibt. In Bremen ist der öffentliche Dienst nach wie vor attraktiv, und das muss er auch bleiben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, mir liegen Berichte vor, dass die Arbeitsplatzsituation durch zunehmende Arbeitsdichte gekennzeichnet ist. Das mag der Situation geschuldet sein. Es ist zusätzlich eine hohe personelle Fluktuation vorhanden, die wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass im Umland und auch in Hamburg beziehungsweise anderen Großstädten eine höhere Vergütung gezahlt wird.

Bürgermeisterin Linnert: Dort gilt derselbe Tarifvertrag wie in Bremen. Sie spielen in Ihrer Anfrage darauf an, dass bei der Bezahlung der pädagogischen Mitarbeiter eine Differenz dadurch entsteht, dass die pädagogischen Berufe in Bremen dem TV-L unterliegen. Diese Differenz ist sehr gering. Ich habe in der Tarifkommission der Länder die Verhandlungen für Bremen geführt, und wir achten darauf, dass die Lücke zwischen dem kommunalen Tarifvertrag - die Kommunen sind immer etwas schneller, und die Länder hinken hinterher - und dem Tarifvertrag der Länder geschlossen wird. Diese Antwort hat der Senat auf Ihre Anfrage auch gegeben.

Wir haben kein Interesse daran, dass sich die Vergütung zwischen dem TV-L und dem TVöD unterscheidet. Mit Verlaub, wenn Ihnen jemand sagt, dass er es wegen eines sehr geringeren Betrages vorzieht, seine Arbeitsstelle von Bremen nach Hamburg zu verlegen, weil in Hamburg nach dem TVöD bezahlt wird und der TVöD schneller abgeschlossen worden ist als der TV-L, dann ist das aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Allein ein Blick auf die Hamburger Mieten zeigt, dass diese Person, auf jeden Fall nicht rechnen kann, wenn sie dieses Motiv für einen Wechsel genannt hat.

Wir streben keine systematischen Unterschiede an. Wie gesagt, es ist ein Tarifgebiet, und zwischen dem TV-L und dem TVöD liegt eine zeitliche Differenz.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Horteinrichtungen in Huchting anwählen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Leonidakis, Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Können Eltern, die im Bremer Stadtteil Huchting wohnen, auch im kommenden Jahr die derzeitigen Huchtinger Horteinrichtungen der Elternvereine, der freien Träger sowie von der KiTa Bremen für die Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder im Grundschulalter anwählen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Bremer Eltern sind jederzeit und unabhängig vom Stadtteil, in dem sie wohnen, frei in ihrer Entscheidung, in welcher Tageseinrichtung sie ihr Kind anmelden möchten. Dieses Wunsch- und Wahlrecht ergibt sich aus Paragraph 5 SBG VIII.

Alle Träger von Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadtgemeinde Bremen sind verpflichtet, die Anmeldung eines Kindes anzunehmen, vorausgesetzt sie halten ein dementsprechendes Platzangebot vor oder planen, dies einzurichten. Ein Träger entscheidet eigenverantwortlich darüber, für welche Altersgruppe von Kindern seine Einrichtung ein Platzangebot zur Tagesbetreuung machen will.

Sofern ein Träger für die Bereitstellung des Angebots staatliche Zuwendungen beantragen will, ist er zur Teilnahme an der gemeinschaftlichen Planung und Steuerung der Angebote in Abstimmung und Kooperation mit dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe und den anderen Trägern im Rahmen der Jugendhilfeplanung verpflichtet. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung zur Beachtung der gesetzlichen Vorschriften aus dem SGB VIII sowie den diesbezüglichen bremischen Gesetzen und Richtlinien.

Schulkinder werden nach Paragraph 5 Absatz 6 des Bremischen Aufnahmeortsgesetzes „nach Maßgabe der verfügbaren Plätze in Hortgruppen aufgenommen, wenn in Wohnortnähe kein vorrangig zu nutzendes schulisches Ganztagsangebot verfügbar ist.“ - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Verkehrsbelastung in Huchting während des Neubaus der B-75-Brücke**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Bernhard, Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Strunge!

Abg. Frau Strunge (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wird für den 22-monatigen Zeitraum des Neubaus der Brücke über die B 75 auf der Heinrich-Plett-Allee nur eine Behelfsbrücke für Fußgängerinnen/Fußgänger und Radfahrerinnen/Radfahrer geplant und nicht eine Behelfsbrücke, die auch von Pkw und ÖPNV benutzt werden kann?

Zweitens: Welche Vorkehrungen trifft der Senat, damit es in Huchting während dieser Zeit nicht zu einer Verkehrsüberlastung mit regelmäßigen Staus kommt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lose: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Durch die konstruktiv schwierigen Voraussetzungen aufgrund der Dammlage, des Baugrundes und der erforderlichen Längenabmessungen hätte eine Behelfsbrücke für Pkw und ÖPNV sehr hohe Kosten zur Folge. Daher wurde diese Variante bereits in der Entwurfsplanung verworfen.

Zu Frage 2: Im Zuge der Baumaßnahme wird es aufgrund der Sperrung der Heinrich-Plett-Allee zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen auf anderen Straßenabschnitten kommen. Das Konzept der geänderten Verkehrsführung während der Bau-durchführung ist in intensiver Abstimmung mit allen betroffenen Behörden und anliegenden Kommunen erstellt worden. Das Ortsamt Huchting wurde eingebunden.

Die Auf- und Abfahrten an der Anschlussstelle der B 75/Heinrich-Plett-Allee werden dem Verkehr während der gesamten Bauzeit grundsätzlich zur Verfügung stehen. Bautechnisch erforderlich sind voraussichtlich sechs Vollsperrungen, die ausschließlich an Wochenenden erfolgen sollen. Selbstverständlich sind hierbei Wochenenden mit Feiertagen und nach Brückentagen ausgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen und der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. September 2015

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Aus für City-Center: Folgen und Konsequenzen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 31. Juli 2015 (Drucksache 19/14 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. September 2015 (Drucksache 19/20 S)

Wir verbinden hiermit:

Innenstadtverkehr muss fließen - Verkehrsströme zeitnah analysieren und nachhaltiges Verkehrskonzept für den Wall und die gesamte Innenstadt erstellen

Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2015 (Drucksache 19/24 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Senator, dass Sie darauf verzichten, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die uns vorliegende Antwort auf die Große Anfrage hat eigentlich nur eines gezeigt, nämlich dass der rot-grüne Senat offensichtlich Innenstadtentwicklung weder kann noch will. Dabei ist doch gerade die Innenstadt das Aushängeschild für jede etwas größere Stadt. Im Prinzip ist sie sogar eine Art Visitenkarte, wenn man den Bahnhof noch hinzunimmt. Gerade auch der Bahnhof ist nach wie vor ein extrem großes Problemfeld, an dem stark gearbeitet werden muss.

Das Scheitern des City-Centers ist für den Senat ein völliges Armutszeugnis. Es wurde sieben Jahre lang herumgeplant, es wurden fast 25 Millionen Euro ausgegeben, und am Ende haben wir eines, nämlich gar nichts! Wir haben kein Ergebnis, und das ist wirklich eine herbe Niederlage für den Senat!

(Beifall FDP)

Es ist offensichtlich und ein eklatantes Problem, dass Investoren mit überhöhten Steuern und ideologischen Vorschriften hier in Bremen verschreckt werden. Es fehlt nur noch der Aufkleber für das Auto: „Investoren? Nein, danke!“ Das brauchen wir überhaupt nicht. Mit dieser Politik werden wir in Bremen niemanden hinter dem Ofen hervorlocken.

Ihre Idee, Flüchtlinge in den Wohnungen im Lloydhof unterzubringen, ist an sich ehrenwert. De facto aber mietet der stadteigene Betrieb beziehungsweise das Amt für Soziale Dienste diese Wohnungen, um vom eigentlichen Problem abzulenken, nämlich von Leerstand und Planungsfehlern!

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir brauchen Wohnungen!)

Es sollte der Versuch unterlassen werden, diese Planungspleite zu vertuschen, denn genau das ist es.

Wir sollten uns jetzt lieber darum bemühen, ein Gesamtkonzept für eine attraktive Innenstadt mit Cafés, mit Bars, mit Boutiquen zu schaffen, und ja, es dürfen auch hochwertige Geschäfte dabei sein, denn die Kunden sind hier in Bremen vorhanden, nur fahren sie alle nach Oldenburg und nach Hamburg.

(Beifall FDP)

Ich komme auf meinen letzten Punkt zu sprechen, nämlich auf den Wall, weil das für uns eine Herzensangelegenheit ist. Ich selbst wohne auch Am Wall, zwar auf der anderen Seite, aber dennoch kenne ich die Situation gut.

Wir als Freie Demokraten haben uns die Situation vor Ort angesehen. Wir waren mit den Anliegern dort und haben eine Ortsbegehung gemacht. Wir waren uns eigentlich einig, dass jetzt, nach dem Brand, eine historische Chance besteht, diesen Ort neu zu gestalten. Das sollte gezielt gemacht werden. Man sollte die Anlieger mit ins Boot holen. Man sollte kundenorientiert sein, wobei die Kunden vielfältig sind.

Die aktuelle Neuordnung, das, was jetzt gemacht wurde, ist jedenfalls alles andere als vielfältig und scheint auch nicht komplett durchdacht zu sein. Es fehlt wie so oft das Gesamtkonzept. Jetzt hatten wir ruhige Sommermonate - noch -, aber die folgenden Vorweihnachtsmonate werden das Geschäft, den Wall und auch den Verkehr wieder beleben. Dann sieht es ganz anders aus. Die Situation, dass ab Februar an der Martinistraße Kühne + Nagel baut und damit die Rechtsabbiegerspur in Richtung Neustadt gesperrt wird, scheint hier offensichtlich überhaupt nicht berücksichtigt worden zu sein. Die Martinistraße wird spätestens ab Februar völlig überlastet werden und zusammenbrechen. Die Umwege, die wir dadurch machen müssen, sind übrigens auch nicht ökologisch.

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sind denn Ihre Ideen dafür?)

Wir schlagen deshalb vor, den Wall stadteinwärts bis zur Bischofsnadel zur Einbahnstraße zu machen, um die Bischofsnadel beidseitig befahren zu können. Fußgänger brauchen auch dringend mehr Übergänge, aber die Radwege auf der anderen Seite sind eigentlich breit genug, wenn man es sich genau ansieht.

Als letzten Punkt dazu möchte ich anfügen, dass vor allem die frühere Passage bei Harms als Durchgang wiederbelebt werden muss. Gerade dieser Strom zwischen Stadt und Wall ist so wichtig für die letzten verbleibenden privaten Einzelhändler, die mittlerweile am Stock gehen.

(Beifall FDP)

Statt Steuererhöhungen - dazu kommen wir nachher auch noch einmal - brauchen wir eigentlich eine Aussetzung der Gewerbesteuer für diejenigen, die sich Am Wall ansiedeln wollen, damit wir auch für Neugründungen und für Neuansiedlungen attraktiv werden.

(Beifall FDP)

Bremen braucht ein ganzheitliches Innenstadt-konzept, das diesen Namen verdient, und auch ein ganzheitliches Verkehrskonzept.

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieso habe ich nur drei Minuten Redezeit?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird zensiert!)

Präsident Weber: Hier wird nichts zensiert!

Abg. Strohmann (CDU): Qualität hat nichts mit Quantität zu tun, das solltest du wissen! Ich bin ein bisschen überrascht, dass ich als zweiter Redner sprechen muss, aber wahrscheinlich hat die Koalition auch zu diesem Bereich nichts zu sagen.

(Zurufe)

Ja, das weiß ich, das Spiel kenne ich auch, Herr Präsident!

Präsident Weber: Welches Spiel kennen Sie?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Drei Minuten sind noch zu lang!)

Abg. Strohmann (CDU): Ich werde mich heute in meiner Beurteilung der handelnden Personen und der gesamten Projektentwicklung zurückhalten, weil ich nicht weitere Investoren noch mehr verschrecken möchte, als sie schon verschreckt sind.

Klar ist jedenfalls, dass diese ganze Projektentwicklung eine Blamage für die Stadt war. Noch verwirrter war und bin ich heute aber über die Aussage des Wirtschaftssenators Günthner, es gebe keine Alternative als abzuwarten. Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was das für eine Aussage ist! Auf was warten wir denn jetzt? Warten wir darauf, dass die Menschen zum Einkaufen immer weiter in das Umland abwandern? Warten wir darauf, dass die Stadt immer weiter den Anschluss an die Umgebung - Frau Kollegin Steiner hat es schon erwähnt - an Oldenburg und Hamburg, aber auch an die Einkaufscenter verliert?

Diese City steht nun einmal in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen umliegenden Zentren, ich nenne Dodenhof, Weserpark, Ochtum Park, Waterfront. Gleichzeitig wird sich dieser Markt weiter verändern. Nicht zuletzt durch das Onlinegeschäft wird der Druck auf den Einzelhandel verstärkt, aber auch der Städtetourismus wird sich

in den nächsten Jahren verändern. Wir können uns nicht auf dem Weltkulturerbe ausruhen und darauf, dass die Menschen weiterhin in die Stadt kommen, denn auch da wird es in den nächsten Jahren eine Entwicklung geben, wonach nicht nur solche Aspekte für die Bürgerinnen und Bürger oder für Fremde entscheidend sind, in die Stadt zu kommen, sondern auch die Kombination zwischen Shopping, Weltkulturerbe und Aufenthaltsqualität.

Wir müssen diese Innenstadt für die nächsten 10 bis 20 Jahre aufstellen. Dabei geht es nicht nur um das Image dieser Stadt, wie wir uns nach außen hin verkaufen, wie wir uns darstellen, sondern hier geht es auch um Arbeitsplätze im Einzelhandel. Nur gute Arbeitsplätze im Einzelhandel sorgen dafür, dass die Menschen vernünftig verdienen und wir attraktiv sind. Das sehe ich im Moment nicht.

Ich weiß nicht, woran es liegt, ich habe den Eindruck, Sie können es nicht! Das ist erst einmal nicht schlimm, man muss nicht alles können. Wenn man aber erkennt, dass man es nicht kann - und wir haben es in den letzten Wochen und Monaten gesehen, dass es leider so ist - dann holt man sich Hilfe. Das ist im Grunde das Problem, Sie wursteln jetzt weiter herum, machen hier ein bisschen, machen da ein bisschen, statt zu sagen, wir holen jetzt einen Projektentwickler in die Stadt, der es kann, der es in Deutschland oder international bewiesen hat, der es für uns macht, für uns gemeinsam. Auf die Idee kommen Sie nicht.

Sie können jetzt nicht erzählen, mit dem Einzelhandel sei alles ganz schwierig. Wenn Sie sich das einmal ansehen: Im „Handelsblatt“ war ein großer Bericht darüber, wie viele neue Zentren in Deutschland entwickelt werden. Da sind wir jetzt in Konkurrenz mit Metropolen wie Neu-Ulm. Wenn wir uns mittlerweile damit vergleichen, ist das ein blankes Armutszeugnis.

Wir brauchen keine weiteren Gutachten und Untersuchungen, ob zusätzliche Ladenflächen notwendig sind. Wir brauchen attraktive Ladenflächen, wir brauchen attraktive Angebote, mit denen Einzelhändler Geld verdienen können, damit sie auch vernünftige Löhne bezahlen können. Das ist das Entscheidende.

Dafür brauchen wir auch vernünftige Wegebeziehungen. Wenn ich mir das in dieser Stadt ansehe, auch das, was Sie von Rot-Grün nach wie vor vorschlagen, ist das ein Graus. Wir haben im Moment noch - ich sage noch! - die gute Chance, mit den beiden Ankern Karstadt und Kaufhof etwas Vernünftiges entwickeln zu können, aber dafür brauchen wir Mut. Das ist das große Problem. Sie sind zaghaft, problematisierend. Sie fin-

den für jede Lösung ein Problem, und das ist das große Problem!

Zum Lloydhof will ich nur so viel sagen: Die Geschichte der Ansgaripassage läuft ja schon seit über 30 Jahren. Wenn wir es nicht schaffen - und das sagen wir ja immer wieder -, eine vernünftige Wegebeziehung in dieser Ecke des Hanseatenhofs und des Ansgariphofs zu erreichen, können Sie machen, was Sie wollen, Sie können es vergolden, aber die Menschen gehen nicht dorthin, das funktioniert einfach nicht. Ich hoffe, dass Sie das endlich verstehen und einfach einmal ganzheitlich denken, einmal schauen, was man machen kann, und wenn Sie es nicht können, dann holen Sie sich Hilfe!

Beim Antrag der FDP zum Wall werden wir uns enthalten, aber auch nur aus reiner Sympathie und beruhend darauf -

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

nein, das meine ich jetzt ernsthaft! -, dass Sie in der letzten Legislaturperiode nicht in der Bürgerschaft vertreten waren. Wenn wir in dieser Stadt keine Analysezahlen über Verkehrsflüsse und keine Topanalyse über den kompletten Verkehr in dieser Stadt haben, dann haben wir dies, wir haben einen Verkehrsentwicklungsplan. Wie er dann interpretiert wird, in welche Richtung wir gehen, ist eine andere, eine politische Frage, aber die Fakten und Daten haben wir, ich kann Ihnen den nur empfehlen. Er ist wissenschaftlich gut gearbeitet, auf der Internetseite können Sie sich alles anschauen, das sind 300 bis 400 Seiten, das funktioniert, und dann weiß man auch, glaube ich, wie der Verkehr fließen muss.

Ich glaube, Frau Steiner, wenn Sie sagen, wir müssten das ganzheitlich sehen, dann müssen Sie es auch tun. Sie haben von ganzheitlichen Konzepten gesprochen und sich dann ein bisschen auf den Verkehrsfluss Am Wall fokussiert, aber das reicht nicht. Es muss einen Ringverkehr zwischen den Straßen Am Wall und der Martinstraße geben, das muss man ganzheitlich sehen, das ist unsere Forderung. Wir haben vor ein paar Jahren schon Konzepte vorgelegt, und jetzt schaue ich einmal, was die Koalition sagt. - Vielen Dank!

(Beifall CDU - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Kühne + Nagel ist ja auch am Wall, nicht?)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich rufe vom Präsidium aus die Redner auf, die sich gemeldet haben. Es geht hier ausschließlich nach der Rednerliste, Herr Kollege Strohmann, und in der Reihenfolge, wie sich die Redner gemeldet haben, werden sie notiert und danach von mir aufgerufen, so ist das Verfahren!

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abg. Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man das karikieren wollte, was Frau Steiner gesagt hat, dann könnte man sagen, dass der Luftballon sehr, sehr groß gewesen ist, der Vorschlag dagegen aber sehr klein. Es blieb nichts übrig als die Standardphrase, man bräuchte mehr Cafés, mehr Boutiquen und gelegentlich auch hochwertige Angebote. Wenn das die Antwort wäre, meine Damen und Herren, dann wäre Stadtentwicklungsarbeit einfach.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist sie aber nicht, sie ist ziemlich komplex, und ich sage Ihnen, am Anfang der Debatte über das City-Center und den Ansgarikirchhof stand die Analyse, dass der Einzelhandel in der Innenstadt vom Gesamteinzelhandel in Bremen auf eine beunruhigend niedrige Bedeutung reduziert ist, er beträgt nämlich 17 Prozent der Fläche. Die Antwort seitens der Experten war dann, das müsse geändert werden, das sei zu wenig, dass wir mehr bräuchten und wo das sein sollte. Die Flächen wurden dann analysiert, es wurde ein Vorschlag entwickelt, und dieses Projekt wurde neben vielen anderen Dingen zu einem zentralen Thema des Programms zur Entwicklung der Innenstadt.

In diesem Zusammenhang haben wir dann überlegt, wie man es schafft, dass der neue Baustein moderner Einzelhandel so in die Innenstadt integriert wird, dass er den Rest mitträgt. Klein-Fritzchen sagt: Alles klar, dann machen wir dort eine Mall von ECE, dann wird das schon werden. Das scheint uns aber für unsere Innenstadt keine gute Idee zu sein,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

denn das geht gerade auf Kosten der Cafés, Boutiquen, der hochwertigen Angebote und all der anderen Dinge, auch auf Kosten von Karstadt und Kaufhof, denn es geht ja gerade darum, dass alle Besucher der Innenstadt, die diesen wunderschönen Stadtraum aufsuchen, über die Straßen an den wichtigen Einzelhandelsattraktionen, an den richtigen Kulturattraktionen und an den richtigen Boutiquen und Cafés vorbeigehen, um diese zu besuchen und sich dort aufzuhalten.

Um das aber zu erreichen, dürfen Sie nicht einfach eine Mall bauen, an der man vorn das Auto abstellt, innen im Wesentlichen die Scheckkarte abräumt und hinten wieder den Kofferraum einräumt, sondern müssen sich mit Stadtentwicklung beschäftigen. Das haben wir versucht, und in der Tat waren wir nicht erfolgreich. Das, finde ich, ist ganz eindeutig, so hat sich die Sache entwickelt,

und jetzt stellt sich die Frage nach den Ursachen, und zwar nach den tieferen Ursachen. Erzählen Sie mir doch nicht, das habe am Kabel gelegen! Große und bedeutende Handelsunternehmen wie die, die uns hier gegenüberstanden, scheitern nicht an einem Kabel, das ist Unsinn und weltfremd!

In Wirklichkeit ging es darum, dass sich die Verhältnisse in der Stadt innerhalb dieser fünf bis sieben Jahre geändert hatten, und darüber müssen wir zusammen nachdenken. Mittlerweile gibt es um die Innenstadt herum einen nahezu geschlossenen Gürtel von ECE-Einrichtungen, und in der Konsequenz fragen uns die großen Unternehmen: Wie kommen wir dagegen an? Und da höre ich aus dem Beitrag des CDU-Redners, am besten sollte es die ECE auch noch in der Innenstadt geben. Das scheint mir auch keine gute Idee zu sein!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, es läuft eher umgekehrt darauf hinaus, dass wir diese Innenstadt an den Qualitäten entlang entwickeln müssen, die sie wirklich hat und die sie unterscheidet vom Onlinehandel und von den großen Shoppingmalls, nämlich an ihrer Urbanität, ihrer unwiderstehlichen Einmaligkeit, ihrer historischen Herkunft und Prägung. Darauf kommt es an.

Dies wurde an der Schlachte entwickelt, indem man die neuen Möglichkeiten an der Weser entdeckt hat, das werden wir in dem Gassensystem neben der Obernstraße und der Hutfilterstraße machen, und das werden wir versuchen im Zusammenhang mit dem Nachbespielen der freien Flächen im Lloydhof, wo wir erst einmal Innovation für Einzelhandel organisieren. Das sind die Ideen, die die Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Moment in Umlauf bringt und die mit den Akteuren diskutiert werden, und bitte schön, verdammt noch einmal, die CDU hat diesen Weg am Anfang mit beschlossen - das haben Sie ja im Bewusstsein, im vollen Bewusstsein Ihrer geistigen Möglichkeiten gemacht, wenn da welche sind! -,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Hallo!)

und alle anderen, die Handelskammer, die Innentadtakteure, alle gemeinsam sind diesen Weg gegangen, und jetzt müssen wir zusehen, dass wir aus der Analyse der strukturellen Ursachen für das Scheitern zu Konsequenzen kommen, die dieser Innenstadt wirklich weiterhelfen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich beginnen mit dem Antrag zum Wall beziehungsweise zum Verkehrsfluss! Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Entwicklung um dieses wunderbare Kaufhaus Harms Am Wall eine solche Dramatik angenommen hat, weil durch einen Brand eine historische Bausubstanz zerstört wurde und ein Traditions- haus, das ja gerade identitätsprägend für eine Innenstadt wie Bremen ist, dadurch zumindest zunächst ins Wanken geraten ist.

Das war Anlass für den Senat, alles zu tun, um jetzt den Wall und auch die Wallanlagen insgesamt attraktiver zu gestalten, vor allem auch die Wallanlagen erlebbarer zu machen und die Aufenthaltsqualität zu steigern, und dazu gehört sicher auch ein guter Verkehrsfluss.

Insofern kann man einen solchen Antrag wie den der FDP stellen, aber wir sehen darin gewisse Widersprüche. Auf der einen Seite werden Gesamtkonzepte gefordert, auf der anderen Seite werden unter den Ziffern fünf und sechs im Schlussteil schon Vorverlegungen vorgenommen beziehungsweise Präjudizierungen getroffen, und das werden wir so nicht mittragen können. Dort fehlt die Logik, und insofern haben wir in Abstimmung mit dem Kollegen Pohlmann und dem grünen Koalitionspartner beschlossen, diesen Antrag an die Baudeputation zu überweisen und dort - das ist uns ganz wichtig! - möglichst unter Einbeziehung der betroffenen Kaufleute am Wall fachlich sinnvolle und gute Lösungen zu entwickeln, idealerweise die besten Lösungen, denn wir brauchen nicht irgendwelche Schnellschüsse, weil wir uns in einem Standortwettbewerb befinden.

Das bringt mich zum nächsten Thema, zum City-Center! Ich bin schon ein bisschen verwundert darüber, liebe Kollegin Frau Steiner, dass Sie bisher an keiner Sitzung der Wirtschaftsdeputation teilgenommen haben, ebenso wenig wie andere Mitglieder Ihrer Fraktion,

(Zuruf FDP)

und wir hatten auch eine sehr intensive Sitzung zum Thema City-Center. Sie bringen das Thema hier ein und diskutieren es hier von Neuem - das ist Ihr gutes Recht -, aber ich würde mich freuen und mir wünschen, dass Sie vielleicht auch die Ernsthaftigkeit dadurch untermauern, auch in der Deputation über dieses Thema zu diskutieren; und von irgendeiner etwas größeren Stadt zu sprechen und zu sagen, dass die Menschen von Bremen nach Oldenburg und Hamburg fahren, um dort einzukaufen, ist im Prinzip auch nicht der richtige Ansatz.

Ich stimme meinem Vorredner zu. Es ist bedauerlich, gar ärgerlich, dass wir in diesem Prozess der

Investitionsansiedlung City-Center gescheitert sind. Die Investition findet jetzt so nicht statt.

Ich finde es auch richtig, darauf hinzuweisen, dass wir in Bremen eine besondere Situation haben. Wir haben starke Einzelhandelsagglomerationen im Umland und am Stadtrand. Das zeigt aber auch, dass wir einen starken Einzelhandel haben. Man darf nicht diesen Fehler machen, Frau Steiner, zu sagen: Bremen ist Mist, die Menschen fahren nach Hamburg, die Menschen fahren nach Oldenburg.

Nein, wir haben ganz starke Einzelhändler hier in Bremen, die auch starke Umsätze machen. Nur, darauf ist hingewiesen worden, die Innenstadt hat im Vergleich zu anderen Städten unserer Größenordnung - wir sind eine Großstadt, keine etwas größere Stadt, das möchte ich noch einmal betonen - zu wenig Einzelhandelsfläche. Darum wollten wir hier etwas tun.

Ich möchte in dem Zusammenhang auf die Tatsache hinweisen, Herr Kollege Rupp - er schreibt schon kräftig mit, wir hatten die Debatte hier schon einmal -, dass Bremen in der Tat nicht vergleichbar ist mit Neu-Ulm. Bremen ist eine Großstadt, wie der Kollege Strohmann sagte. Diese Großstädte wachsen im Moment. Sie nehmen an Population zu, im Übrigen auch durch die Entwicklung im Bereich der Flüchtlinge, die dieses Wachstum noch einmal potenziert. Insofern träfe eine künftige Steigerung der Innenstadtverkaufsfläche durchaus auf zusätzliche Nachfrage. Es machte schon Sinn, hier weiterzuentwickeln.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, Sie haben noch Redezeit. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie eine Frage von Herrn Dr. Buhlert zulassen.

Abg. Kottisch (SPD): Von Herrn Dr. Buhlert immer!

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Kottisch, nur damit es nicht falsch im Raum stehen bleibt: Stimmt es, dass die FDP-Fraktion durch Herrn Dr. Volker Redder in der Deputationssitzung vertreten war?

Abg. Kottisch (SPD): Herr Dr. Volker Redder ist, glaube ich, nicht Mitglied Ihrer Fraktion. Ich sehe ihn hier jetzt nicht sitzen.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das ist richtig, aber er ist Deputierter der FDP!)

Das ist richtig, aber die wirtschaftspolitische Sprecherin war nicht da.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Herr Kottisch, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir immer

nur einen Vertreter in den Gremien haben und manchmal auch Vertretungen notwendig sind?)

Dazu bin ich bereit.

Ich würde gern darauf zurückkommen, dass wir eine Fortentwicklung der Innenstadtverkaufsfläche angehen sollten. Ich finde es schade, dass Sonae Sierra die Investitionen nicht getätigt hat. Ich würde gern darauf hinweisen, dass diese Entwicklung des stationären Einzelhandels sehr schwer zu prognostizieren ist. Die Veränderungen liegen auf der Hand, es gibt den Onlinehandel, es gibt aber auch mobile Endgeräte, die mehr und mehr eine Rolle spielen, die Warenhauskonzentration. Bremen hatten auch gewisse Erlöserwartungen, sodass es am Ende einfach nicht zusammengepasst hat.

Ich möchte aber für uns respektive für den Senat in Anspruch nehmen: Der Prozess ist jederzeit transparent und ordentlich gelaufen, vielleicht mit ein bisschen zu viel Beteiligung aus meiner Sicht, aber dennoch, es ist ein sauberer Prozess gewesen, in dem sämtliche Perspektiven beleuchtet wurden. Das wird auch deutlich in der Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion. Man muss einmal vernünftig analysieren, was in Zukunft besser gemacht werden kann, aber das Kabel war es in der Tat nicht, da gebe ich meinem Kollegen Bücking Recht. Sie müssen einfach einmal sagen - wo ist der Vorwurf? -, dass es nicht am Handeln des Senats gelegen hat, dass hier letztlich keine Investition stattgefunden hat! Das sind einfach die Umstände, auf die ich hingewiesen habe.

Ich glaube, dass die demografische Entwicklung für uns spricht und auch dafür, dass die Innenstadtfächen im Einzelhandel fortentwickelt werden können. Für die Gebäude, die wir jetzt aufgekauft haben, werden auf der einen Seite kurzfristige und auf der anderen Seite langfristige Entwicklungsperspektiven zu erstellen sein. Das werden wir auch wieder in der Deputationssitzung besprechen, Herr Dr. Buhlert. Insofern wäre es ganz gut, wenn Sie eine Kommunikation zwischen denjenigen Mitgliedern herstellen, die dort auftauchen, und denjenigen, die hier ihre Anträge einbringen. Das würde uns einiges erleichtern.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Die haben wir!)

Ja, dann freue ich mich auf die weitere Debatte. Ich habe die Gelegenheit, mich noch einmal zu melden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält der Abgeordnete Rupp das Wort.

Abg. Rupp (DIE LINKE)³⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens, Herr Kottisch, ich brauche nicht mitzuschreiben. Meistens weiß ich schon, was Sie sagen. Daher mache ich mir Notizen zu anderen Themen.

Zweitens: Wenn ich mir die Große Anfrage der FDP-Fraktion ansehe, stelle ich fest: Alle Antworten sind in den vorangegangenen Deputationssitzungen schon gegeben worden. Daher ist es zumindest eine gute Gelegenheit, über die Frage zu reden, wie es mit dem Ansgarikirchhof und den damit zusammenhängenden Problemen weitergeht. Das finde ich in der Tat wichtig, anders als die anderen Fraktionen, die teilweise sagen, es sei schade, dass dieses Projekt nicht geklappt hat, sind wir eher der Meinung, es ist gut, dass es nicht geklappt hat, weil die Voraussetzungen und die Perspektiven eines Einkaufszentrums in der Innenstadt von Anfang an von den Grundlagen her fragwürdig waren.

Unseres Erachtens haben wir jetzt eine gute Chance, noch einmal darüber nachzudenken: Sind die Prämissen, von denen wir ausgegangen sind, richtig? Es hält sich hartnäckig das Gerücht, ein Einkaufszentrum in Bremen sei notwendig, weil die Bremer Innenstadt zu wenig Einzelhandelsflächen hat. Das stimmt. Fakt ist aber auch, und das besagt ein anderes Gutachten: In der Region Bremen gibt es pro Einwohner fast die höchste Zahl an Einzelhandelsflächen. Gleichzeitig verdient man dort im Vergleich zu anderen Einzelhandelszentren am wenigsten Geld, Regionalkonzept 2008.

Die Gutachten besagen auch, dass Bremen eine Besonderheit hat, nämlich Nebenzentren. Diese Nebenzentren leben auch. Es hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, das ist schon gesagt worden, im Umkreis von Bremen sind Einkaufszentren ein bisschen wie Pilze aus dem Boden geschossen beziehungsweise in gewissen Größenordnungen erweitert worden. Das hat man zu Beginn der Frage, wie wir die Innenstadt entwickeln, ein Stück weit sehen können, aber nicht alles.

Jetzt ist es gescheitert. Die Voraussetzungen waren schlecht, die Voraussetzungen waren: Es gibt einen Kaufkraftüberschuss. Das sehen wir nicht so. Wir sehen, dass diese Kaufkraft in der Innenstadt abgeschöpft wird. Wir haben nicht das Problem, dass Menschen mit Taschen voller Geld durch die Innenstadt laufen und nicht wissen, wo sie es ausgeben sollen. Deswegen ist das Einkaufszentrum keine gute Idee.

Wir gehen auch davon aus, dass ein Einkaufszentrum keine Touristen nach Bremen lockt, weil es schon genügend Einkaufszentren im Umfeld und anderswo gibt. Da müssen wir möglicher-

weise etwas anderes entwickeln. Wir meinen auch, dass das Einkaufszentrum die Attraktivität der Innenstadt nicht steigert.

Deswegen finden wir es eher positiv, dass dieser Versuch, da mit Macht irgendwie irgendetwas anzusiedeln, gescheitert ist. Es macht meines Erachtens nichts, wenn wir jetzt einen Augenblick warten. Der Wirtschaftsminister hat nachgewiesen, dass die laufenden Finanzierungskosten eigentlich durch die Mieten abgedeckt sind. Ich finde es völlig in Ordnung, dass Flüchtlinge dort untergebracht werden sollen. Das ist überhaupt kein Vertuschen der Planungsleistung, wenn man bereitstehenden Wohnraum dafür nutzt, Flüchtlinge unterzubringen. Anderen Wohnraum hätte man auch bezahlen müssen. Das als Vertuschung zu bezeichnen, ist richtiger Unsinn!

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben eine Situation, in der wir jetzt nicht schnell einen neuen Investor suchen müssen, der das Gleiche verfolgt, was gescheitert ist. Ich bin der Auffassung, wir sollten jetzt mit den Einzelhändlern und Einzelhändlerinnen in der Innenstadt und mit den Gewerbetreibenden einen Augenblick darüber nachdenken, was eine neue Lösung wäre, und diese verfolgen. Dass wir nicht bis zum Ende der Legislaturperiode warten sollen, ist noch eine andere Frage, aber ich sage, spätestens Anfang nächsten Jahres sollte das eine oder andere Konzept für die Innenstadt vorliegen.

Ich will zwei Aspekte zu der Frage nennen, wie es Am Wall weitergeht. Auch da ist es so: Man kann sich auch Beulen holen, indem man offene Türen einrennt. Alles, was diesbezüglich angesprochen wird, befindet sich meines Erachtens genau in der Debatte. Mit den Betroffenen wird auf der Grundlage der vorhandenen Zahlen ein Konzept ausgearbeitet, das möglichst vielen Genüge tut. Es wird auch da wieder Probleme geben, weil einzelne Bedarfe nicht abgedeckt werden können.

Wir schließen uns der Überweisung an die Deputation an. Die Deputation erhält damit einen Auftrag, den sie ohnehin gerade erledigt, nämlich die Frage zu beantworten, wie es mit dem Wall weitergeht.

Als letzten Punkt möchte ich noch eine Sache ansprechen, die ich mit Robert Bücking und Andreas Kottisch nicht gemein habe. Sie sagen, die Leitungen wären nicht das Problem gewesen. Davon bin ich nicht überzeugt. Wenn jemand irgendwo ein größeres Gebäude bauen möchte, zum Beispiel am Bahnhof, dann erstellt er einen Plan, wann er damit fertig sein möchte, und wenn er beim Aufgraben des Bodens Leitungen findet, die dort nicht vermutet wurden, und sein Plan sich dann um einen Monat, wenn nicht sogar um ein Jahr verzögert, dann hat das Einfluss auf die Fra-

ge, ob jemand Lust hat, in Bremen zu investieren oder nicht, wie ich finde.

Wenn sich herausstellt, wie beim Ansgarikirchhof, dass bestimmte Änderungen der Planung notwendig sind und man dann für sieben Millionen Euro Leitungen verlegen muss, um das Gebäude dort auch bauen zu können, dann ist das vielleicht auch nicht ganz unerheblich. Das geht dann vielleicht nicht zulasten des Investors, aber er wird sich dann möglicherweise auch über Zeit- und Terminpläne Gedanken machen, und für den Haushalt ist das nicht gut.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Ich finde, aus dem Scheitern dieses Versuchs sollten wir auch die Lehre ziehen, dass wir ein besseres Leitungskataster brauchen, damit wir als Haushalts- und Wirtschaftspolitiker, aber auch mögliche Investoren eine etwas größere Sicherheit haben, was man vorfindet, wenn der Boden aufgegraben wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Bücking, ich hoffe nur, dass Ihnen kein Investor zugehört hat, weil so etwas Abschreckendes, das Sie heute vorgebracht haben, für jeden Investor, also Ihre Konsumkritik,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe keine Konsumkritik gehört!)

Ihre Negierung des Wettbewerbs - -. Sie stellen sich hierhin und sagen, das ist ja jetzt alles ganz dumm, wir haben es ja versucht. Nein, Sie haben es gar nicht erst richtig versucht! Sie haben im Grunde genommen so, wie Sie in den letzten Monaten gehandelt haben, eigentlich einen guten Ausstiegsgrund, und Sie haben die Leute vergault, das ist eigentlich die Wahrheit.

(Beifall CDU)

Wir müssen uns jetzt entscheiden, was wir für die Innenstadt wollen: Geben wir auf und sagen, in Ordnung, so groß ist Bremen ja nicht, wir können ja in die Einkaufszentren gehen, oder wollen wir diese urbane City erhalten? Es ist natürlich auch ganz klar, dass nicht ein alleinstehendes City-Center der Weisheit letzter Schluss ist, gerade auch in dieser Größenordnung, aber es ist genau die Kombination zwischen einem vernünftigen Einzelhandel und dem Weltkulturerbe. Dann muss man aber den Wettbewerb annehmen! Das ist nämlich das Problem, das Sie haben: Sie kennen

das gar nicht! Sie haben Wettbewerb und Leistungsgesellschaft in Ihrem ganzen Leben schon immer negiert. Sie sind ein Mensch aus der öffentlichen Verwaltung, das ist das - -.

(Heiterkeit und Beifall CDU - Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, vielleicht parteiintern, das mag sein, da ist er ja im Wettbewerb ganz rührig, aber so etwas - -. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, wir haben aufgegeben, die Lage ist so, wie sie ist, wir haben ringherum Einkaufszentren, dann ist es so! Wir müssen endlich den Wettbewerb aufnehmen, und das vernünftig!

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich aber anders gehört!)

Sie werden kein Einkaufszentrum in dieser Stadt beleben, wo auch immer Sie es bauen, wenn die Menschen dort nicht hingehen und dort nicht laufen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie wissen, dass Oldenburg eine große Fußgängerzone hat?)

Ja, Oldenburg ist ein gutes Beispiel! Warum hat es eine große Fußgängerzone?

(Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Waren Sie schon einmal in Oldenburg?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, sehr oft!)

Mit dem Fahrrad wahrscheinlich, oder mit dem Zug!

In Oldenburg ist nämlich - -.

(Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Soll ich es Ihnen jetzt erklären oder nicht?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich verzichte darauf!)

Der große Vorteil von Oldenburg ist ganz simpel: Dort ist die Innenstadt, darum herum, in der Peripherie, sind die Parkhäuser. Wenn man ankommt, fährt man dort in irgendein Parkhaus, steigt aus, geht dort seine Runde durch die Innenstadt und kommt irgendwann wieder bei seinem Parkhaus an. Das ist genau das, weil Sie von solchen Dingen wie Laufwegen keine Ahnung haben.

(Beifall CDU - Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, das habe ich! Nicht viel, aber davon habe ich Ahnung!

Das ist nämlich das Problem, das es in der Innenstadt gibt, und das sagen Ihnen auch Experten: Es gibt hier die L-Form, und wir müssen einen Rundlauf schaffen. Wenn wir das nicht mit einer vernünftigen Fußgängerzone schaffen, mit einer vernünftigen Zuwegung, mit Parkhäusern an der Peripherie, so, wie wir es im Grunde genommen übrigens schon vor drei bis vier Jahren vorge schlagen haben, Sie waren noch Ortsamtsleiter, aber Ihre Kollegen aus der Bürgerschaft - -. Wie Sie es sagen, ist es nämlich auch falsch: alles Unsinn, alles Blödsinn, das geht alles nicht. Sie haben sich ja noch nicht einmal die Mühe gemacht, darüber nachzudenken!

Jetzt stellen Sie sich aber hierhin und sagen, es ist gescheitert, wir denken wieder nach. Worüber denken Sie nach? Sie sollten endlich handeln, das ist das Entscheidende!

(Beifall CDU)

Wir haben ja noch ein weiteres Problem: Die Planung ist das eine, die Umsetzung, das wissen wir auch, in der Baubehörde dauert ja außerdem auch noch überproportional länger als in anderen Gemeinden. Irgendwann haben wir dann den Anschluss verpasst, und dann wird es richtig teuer für uns alle. - Vielen Dank!

(Beifall CDU - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Schön, dass Sie es erklärt haben!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir wird man nun nicht nachsagen können, dass ich mich dem Wettbewerb und der Leistungsgesellschaft nicht stelle, weil ich nämlich selbst Einzelhändler bin! Deshalb war ich ein bisschen verwundert über das, was Sie gerade eben gesagt haben, Herr Strohmann. Wir müssten einfach alle miteinander mitbekommen haben, dass wir nicht noch einmal denselben Fehler machen sollten, den wir vorher gemacht haben, sondern diese alten Konzepte überwinden und etwas Neues finden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt gilt es, sich eine Atempause zu gönnen und noch einmal darüber nachzudenken, wie wir in dem Gesamtkontext dort ein neues Konzept finden und nicht Fehler wiederholen, die wir schon zimal wiederholt haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wollte aber auch noch etwas zum Antrag der FDP zum Wall sagen, dafür stehe ich hier heute. Ich muss sagen, es ist verständlich, dass Sie bestimmte Dinge nicht wissen können, weil Sie eine ganze Zeitlang nicht dabei waren, das hat Herr Strohmann auch schon gesagt. Sie können nicht wissen, was wir schon alles im Verkehrsentwicklungsplan abgeprüft haben, deshalb sind auch wir dafür, diesen Antrag zu überweisen, obwohl er es eigentlich wirklich nicht verdient hat.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Muss man sich das hier verdienen?)

Die ersten drei Punkte, das muss man ganz klar sagen, sind eigentlich schon abgeprüft, aber ich finde, es gehört dann auch zum guten Umgang in diesem Haus, Ihnen in der Deputation noch einmal darzulegen, dass es diese ganzen Zahlen und Konzepte schon lange gibt. Ich finde es wichtig, auch für den Einstig der FDP, Sie diesbezüglich auf den gleichen Wissensstand zu bringen, auf dem wir selbst sind.

Es ist eindeutig so, dass es nicht so viele dieser Verlagerungen gibt, es werden circa 300 Fahrzeuge in der Martinstraße fahren und 100 Am Dobben. Das wird man sich jetzt weiter anschauen müssen, aber Herr Eckhoff hat mir eben noch gesagt, in der Weihnachtszeit würde das alles ganz anders. Wir werden uns ansehen, ob das dann wirklich funktioniert. Deswegen ist auch das, was schon in Ihrem Antrag steht, das hätten Sie wissen können, dass nämlich diese Lösung umkehrbar ist, doch vollkommen klar, das ist doch Teil des Konzepts. Wir sehen uns das ganz genau an, ob das jetzt so in Ordnung ist oder ob man - -.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Aber dann entscheiden Sie was, und nicht nur wegen Concordiatunnel!)

Nun warten Sie doch erst einmal ab, was wir entscheiden! Wir entscheiden seriös und nicht einfach einmal auf die Schnelle, wie Sie es haben möchten!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir werden uns das anschauen, und es kann natürlich auch darüber hinausgehen. Es besteht nicht nur die Möglichkeit zu sagen, das habe nicht funktioniert, und deshalb müsse man es zurückdrehen, sondern man kann auch sagen, es hat gut funktioniert, wir brauchen noch mehr davon.

Ich möchte daran erinnern - es ist für viele in diesem Haus vielleicht nicht so schön, das zu akzeptieren -, Fußgängerzonen, Tempo 30 und Aufenthaltsqualität sind Dinge, die dem Geschäft nützen. Akzeptieren Sie das doch einmal!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sind denn die Mieten in den Fußgängerzonen am teuersten? Weil die Geschäfte dort besonders gut florieren! Das müssen Sie einfach akzeptieren!

Zur Erreichbarkeit der Innenstadt - sie ist ganz wichtig für die Autos, das wollen wir auch gewährleisten - gehören dann eben auch Fußgänger und Radfahrer mit dazu. Die Fußgänger haben Sie irgendwie mit einbezogen, aber Sie haben nicht verstanden, dass dieses Konzept für den Wall nämlich genau eine Förderung des Fußgängerverkehrs bedeutet. Dort soll Tempo 30 eingeführt werden, und es ist vollkommen klar, dass ein Fußgänger den Wall bei Tempo 30 für die Autofahrer und wenn es dort nur eine Fahrspur gibt, leichter überqueren kann. Außerdem ist eine weitere Querungshilfe geplant, und deshalb ist diese Lösung, die wir für den Wall haben werden, eine, die dem Fußgängerverkehr und der Erreichbarkeit der Innenstadt für den Fußgängerverkehr nützt.

Worüber ich mich enorm gewundert habe, ist Ziffer sechs im Beschlussteil Ihres Antrags, in dem Sie sagen, es sei alles Unsinn mit dem Radfahrstreifen vor den Geschäften, für den Radverkehr sei viel sicherer ein Beidrichtungsverkehr. In welcher Welt leben Sie denn? Das frage ich mich wirklich! Ein Beidrichtungsverkehr ist eine Notmaßnahme für den Radverkehr. Wie Sie wissen, gibt es ihn auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke, er ist absolut unsicher, und im Idealfall muss es so sein, dass wir zwei separate Streifen für den Radverkehr haben. Diese Lösung wird für den Radverkehr sicherer sein, und ich verstehe überhaupt nicht, was Sie da eigentlich vorschlagen und von welchem Weltbild Sie dort ausgehen, außer von einem immer noch autozentrierten Weltbild und dass Sie das dort eigentlich gar nicht haben wollen.

Jetzt will ich Ihnen noch erklären, warum die Einbahnstraßenregelung in diese Richtung und nicht in die andere Richtung gehen soll, auch das wird sich Ihnen erschließen: Wir haben es deshalb so geplant, weil das Parkhaus Mitte weiterhin erreichbar sein soll, andersherum wäre es nämlich nicht so gut erreichbar. Es geht uns also um die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto, und deshalb ist Ihr Vorschlag eigentlich genau das Gegenteil dessen, was Sie eigentlich erreichen wollen.

Das hätte man hinbekommen können, wenn man ein bisschen nachgedacht hätte, aber auch das können wir in der Deputation noch einmal aufarbeiten, damit Sie verstehen, warum wir es so geplant haben.

(Zuruf: Belastet aber den Dobben und alle Ecken!)

Ich möchte noch drei weiterführende Gedanken nennen: Es geht bei der Erreichbarkeit der Innenstadt eben nicht nur um den Autoverkehr, das muss man sagen. Fußgänger, ÖPNV-Nutzer und Fahrradfahrer gehören eben auch dazu. Das sind gute Kunden. Die Geschäftsleute Am Wall werden dankbar dafür sein, dass die Radfahrer direkt an ihren Schaufenstern vorbeifahren. Auch Radfahrer machen Umsätze im Einzelhandel. Das sollten wir bedenken.

Es gibt eine Chance bei dieser neuen Lösung, die vielleicht geändert wird, aber vielleicht auch nicht. Die Linksabbiegespur im Herdentorsteinweg wird eventuell gar nicht mehr gebraucht. Das könnte eine Chance sein, weil wir eine neue Verkehrsfläche dazubekommen, diese Engstelle, die wir an der Wallbrücke am Herdentorsteinweg haben, zu beseitigen und dort gute Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr zu erzielen.

Ich möchte noch einen letzten Gedanken dazu ausführen: Die Einbahnstraßenregelung fängt jetzt Am Wall an. Ich kann mir vorstellen, sie weiterzudenken. Warum soll es nicht einen Einbahnstraßenringverkehr um die ganze Innenstadt herum geben? Das könnte ein guter Gedanke sein. Das könnte auch eine Chance für die Martinstraße sein. Das sollten wir uns miteinander ganz in Ruhe ansehen und die ersten Erfahrungen sammeln. Das sind für mich die weiterführenden Gedanken, die die Innenstadt weiterbringen.

Ich würde Herrn Strohmann ausdrücklich zustimmen, dass die Parkhäuser bei uns in Bremen ein Problem sind. Die Parkhäuser stehen bei uns an der falschen Stelle im Gegensatz zu Oldenburg - vor allen Dingen eines, nicht nur eins. Wir sollten miteinander überlegen, ob man nicht eine Lösung hinbekommt, dass wir so einen Oldenburg-Effekt in Sachen Parkhäuser haben. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält der Abgeordnete Rupp das Wort.

Abg. Rupp (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Strohmann, Sie haben einige Sachen gesagt, die mich haben aufhorchen lassen. Sie haben im Kern gesagt: Bremen hat die Investorinnen oder Investoren für diesen Bereich Ansgarikirchhof vergrault.

(Abg. Strohmann [CDU]: Ja!)

Jetzt habe ich darauf gewartet, dass Sie erläutern, wie Bremen das gemacht hat, was genau diesen Vergraulungseffekt hervorgerufen hat. Das wäre eine interessante Frage, weil man dann fragen könnte: Ja, was ist das eigentlich? Man kann es möglicherweise auch abstellen. Ich finde

nicht fair, dass Sie einen Mythos schüren, ohne konkret zu sagen, was es ist. Das müssten Sie an anderer Stelle vielleicht einmal machen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe schon oft erlebt, dass auch als Vergraulen empfunden wurde, wenn Risiken einer Investition sozialisiert worden sind und Gewinne privatisiert. Das ist ganz oft der Fall, wenn es um öffentliche Investitionen geht. Wenn Sie das schon als Vergraulen bezeichnen,

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein!)

das machen Sie möglicherweise nicht, das weiß ich, das wäre für mich kein Vergraulen. Wenn wir technische Vorschriften, Beteiligungsverfahren und Ähnliches haben, kann man überlegen, ob das vielleicht ein bisschen zu viel ist oder nicht, aber in aller Regel ist es das nicht. Vergraulen ist unter Umständen, darauf zu bestehen, dass bestimmte Gesetze, Vorschriften, Beteiligungsverfahren eingehalten werden. Meines Erachtens bedeutet das auch kein Vergraulen. Sie müssten schon einmal genau sagen: An welcher Stelle haben wir die Investorinnen und Investoren vergrault? Das gilt vor allen Dingen vor folgendem Hintergrund: Wenn ich mich recht erinnere, waren es am Anfang fünf Interessentinnen und Interessenten. Am Schluss war letztlich nur noch einer richtig übrig. Das heißt: Zwischendurch haben eine ganze Reihe von Investoren gesagt: Nein, das ist nicht unser Ding.

Ich schließe mich der Meinung von Robert Bücking an. Zumindest habe ich eine ähnliche Meinung. Der Investor, der jetzt abgesprungen ist, hat letztlich gerechnet und entschieden, dass er den von seinen Geldgebern zu erwartenden Profit nicht realisieren kann. Deswegen hat er gesagt: Nein, das bringt mir zu wenig Geld, das ist mir zu unsicher, die betriebswirtschaftliche Auswirkung in der Perspektive passt nicht. Deswegen hat er sich von der Investition zurückgezogen. Das, finde ich, ist ein völlig verständliches Verhalten von einem Investor, der sagt, na ja, wenn ich meine Investition nicht wieder hereinbekomme, wird es nicht gebaut.

Wenn das der Fall ist, ist es noch ein Indiz dafür, dass es gut war, dass dies nicht gebaut worden ist. Was wir uns nicht leisten können, ist ein Investor, der auf Biegen und Brechen investiert und uns dann mit irgendeiner Art Bauruine in der Innenstadt alleinlässt. Ähnliche Effekte hatten wir in Bremen schon an anderer Stelle. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. Kottisch (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern einen Aspekt aufgreifen, lieber Klaus-Rainer Rupp, Kaufhäuser hätten keine Sogwirkung für Touristen.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Einzelhandelszentren!)

Einzelhandelszentren hätten keine Sogwirkung für Touristen. Ich nenne nur einmal das Beispiel Florenz. Man steigt aus dem Flugzeug aus. Dann stehen da die Busse. Man fährt mit den Bussen ins Markenfactory-Outlet, und da wird gekauft. Dann fahren die Leute mit den Bussen zurück und fliegen wieder zurück.

(Kristina Vogt [DIE LINKE]: Uns interessiert eher die Waterfront!)

Gut, okay, wir sind nicht Florenz, nehmen wir die Waterfront! Wenn ich über den Parkplatz der Waterfront gehe, stehen dort nicht nur Autos mit Kennzeichen aus dem Umland. Sie sehen da Autos aus Hamburg, aus Holland und von ganz weit weg, die dorthin fahren, um dort einzukaufen. Es ist für die Innenstadt schon eine große Chance, auch solche Ströme für sich zu nutzen, die Menschen hierher zu holen, um auch von solchen Besucherinnen und Besuchern zu profitieren.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Kottisch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Abg. Kottisch (SPD): Ja, selbstverständlich!

Abg. Rupp (DIE LINKE): Ich war schon in Florenz, ich weiß, wie das ist. Ich bin nicht in die Einkaufszentren gefahren. Es kann gut sein, dass es für Florenz gilt. Glauben Sie, wenn Venedig, Rom, Mailand, Genua und andere Städte das genauso machen, dass sich die Umsätze entsprechend vervielfältigen werden? Ist es denkbar, so etwas einmal oder zweimal in Italien zu machen, aber vielleicht keine gute Idee, so etwas immer wieder zu kopieren, weil es anderswo auch funktioniert?

Abg. Kottisch (SPD): Das ist eine interessante Frage, die man jetzt sehr lang und ausführlich diskutieren müsste. Die Frage kann ich Ihnen so schlagartig nicht beantworten.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Ja, okay!)

Ich wollte auch nur Ihre These widerlegen, dass von solchen Zentren keine Magnetwirkung ausgehe. Ich glaube, das ist durchaus gelungen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf das City-Center eingehen! Ich würde das noch nicht aufgeben. Wir

haben noch einen Prozess vor uns. Vielleicht werden wir am Ende ein Ergebnis haben, mit dem sogar Sie zufrieden sein werden, Herr Rupp, Kollege Saxe hat es angesprochen, vielleicht etwas Neues, Innovatives entwickeln, auf keinen Fall jetzt den Kopf in den Sand stecken und sagen, da geht gar nichts! Das würde ich nicht so sehen. Bremen ist und bleibt eine attraktive Stadt.

(Beifall SPD)

Wir dürfen uns aber nicht nur auf City-Center kaprizieren. Das wäre ein Fehler. Wir haben darüber hinaus eine große Anzahl weiterer Investitionsmöglichkeiten im Innenstadtprogramm 2025 aufgezeigt. Herr Strohmann, das haben Sie auch mitgetragen. Das Innenstadt-Programm 2025 ist doch ein wunderbares Programm.

Ich würde sagen: Lassen Sie uns das konkret angehen, lassen Sie uns in die Umsetzung gehen! Priorisieren und umsetzen! Wir wollen die umliegenden Stadtteile anbinden - Walle mit der Überseestadt, Findorff, Schwachhausen, auch das Viertel, die Neustadt -, damit wir ganz andere Wegebeziehungen bekommen und die Innenstadt per se größer wird. Auch die Weiterentwicklung der Bahnhofsvorstadt ist eine Chance. Ich meine, das ist ein guter Impuls, den wir jetzt haben. Ich bekenne mich hier explizit und sage: Die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes ist prima. Ich finde es toll, was da passiert. Das wird einen Impuls für die gesamte Bahnhofsvorstadt geben. Also, es passiert doch etwas!

Frau Steiner, wir tun wirklich eine ganze Menge. Wir investieren in den Tourismus, die Übernachtungszahlen steigen. Die Alexander von Humboldt, jetzt noch in der Überseestadt, wird bald an der Schlachte liegen. Die Aufenthaltsqualität wird nicht nur in den Wallanlagen, sondern auch an der Schlachte steigen.

Ralph Saxe, ich schaue einmal dich an, die Koalition: Wir beiden haben in der letzten Legislaturperiode den Antrag auf den Weg gebracht, den Einzelhandel auch im Zuge der digitalen Entwicklung zu stärken. Auch da erwarten wir etwas. Wir haben etwas auf den Weg gebracht, was den Einzelhandel sicherlich mit unterstützen wird. Lassen Sie uns all diese Maßnahmen jetzt konkret umsetzen. Wenn wir das so tun wie geplant, dann brauchen wir uns um die Bremer Innenstadt keine Sorgen zu machen. Schlechtreden sollten wir sie auf keinen Fall! - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war nun

eine Reihe von Themen, die Sie hier heute erörtert haben. Das City-Center haben wir ausführlich in der gemeinsamen Sitzung der Deputation für Bau und der Deputation für Wirtschaft im Juli besprochen, wir hatten es in der letzten Bürgerschaftssitzung behandelt. Jetzt haben wir die Antwort auf die Große Anfrage.

Lassen Sie mich zuerst kurz aus Sicht des Senats darauf eingehen, vieles ist schon gesagt, anschließend möchte ich auf den Wall eingehen! Den Concordia-Tunnel, den Herr Dr. Buhler eingeworfen hat, wollen wir, wie ich glaube, heute hier nicht erörtern. Ich bin sonst auch dazu bereit, wenn es gewünscht ist.

Ich darf daran erinnern, es fing eben mit einer ordentlichen Beschimpfung des Senats an, Frau Steiner. Es wurde daraufhin richtig gesagt, in der vorletzten Legislaturperiode haben zwei Deputationen - die Deputation für Bau und die Deputation für Wirtschaft - gemeinsam das Konzept beschlossen, auf dessen Grundlage die Planungen für das City-Center stattgefunden haben. Ich darf auch daran erinnern, dass das in beiden Deputationen damals auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion so beschlossen worden ist, das heißt: Es ist die gemeinsame Überzeugung einer großen Mehrheit des politischen Spektrums hier in Bremen gewesen, dass man sich damals auf den richtigen Weg begeben hat.

Es ist von Vorrednern angesprochen worden, besonders von Herrn Bücking, aus welchen Gründen sich dieses Konzept nicht hat realisieren lassen: weil in der Zwischenzeit Veränderungen eingetreten sind, beispielsweise auch durch die Verstärkung der Einkaufszentren mit überregionaler Ausstrahlung, wie des Weserparks, der Waterfront und auch von Dodenhof, die sich ja vergrößert haben. Das macht es schwierig und zeigt auch, dass man sich nicht nur die prozentualen Anteile anschauen muss, wie viel Kaufkraft man wo in der Innenstadt oder in der Peripherie hat, sondern auch die absoluten Zahlen, wie viel Kaufkraft denn die Region insgesamt aufbringen und wie viel Verkaufsfläche hier verkraftet werden kann.

Das zeigt - und das möchte ich an dieser Stelle eigentlich noch einmal betonen, denn das ist für mich auch eine wichtige Lehre -, wie wichtig unser Kommunales Zentren- und Einzelhandelskonzept und unser Regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept sind, damit wir nämlich genau solchen Fehlentwicklungen entgegentreten und auch einmal dagegenhalten, wenn ein Investor kommt und sagt, dass er noch Verkaufsfläche an der Peripherie erweitern möchte, weil das letztlich die Innenstadt schwächt und zerstört.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In den letzten Jahren haben wir weitere Veränderungen erlebt, ich sage es nur kurz, die Unsicherheiten um Karstadt und die Frage, was künftig mit der Karstadt-Immobilie passieren wird - der Kollege Martin Günthner hat es hier in der letzten Bürgerschaftssitzung ausführlich erläutert, deswegen gehe ich darauf jetzt nicht mehr so ausführlich ein -, dort hat es einen Eigentümerwechsel gegeben, es gab die lange Phase der Unsicherheit wegen der Insolvenz von Karstadt. Natürlich führt das zu Unsicherheiten, wenn ein so großes Gebäude mit so viel Verkaufsfläche, das der zentrale Einkaufsort in der City ist, von einer unsicheren Zukunft belastet ist.

Schließlich führt auch der Strukturwandel im Einzelhandel dazu, dass Sortimenten, die traditionell klassische Innenstadtsortimente sind wie der Textilhandel, plötzlich vermehrt über das Internet abgewickelt werden. Das war vor sieben Jahren oder wann die Beschlüsse gefasst worden sind, so nicht absehbar, und dann muss man dem auch Rechnung tragen und noch einmal neu darüber nachdenken.

Im Moment sind Zwischennutzungen im Gespräch, die Wirtschaftsförderung hat dazu eine Reihe von Überlegungen angestellt. Bei der Wirtschaftsförderung Bremen insgesamt geht es in die Richtung, ein bisschen kreativer und bunter zu werden, denn eines muss auch klar sein: Die Bremer Innenstadt kann nicht mit der Waterfront und Dodenhof mit kostenlosen Parkplätzen auf öffentlichem Grund mithalten, das wird im Leben nicht funktionieren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, wir müssen mit anderen Qualitäten dagegenhalten, das sind Vielfalt und natürlich auch ein gastronomisches Angebot und möglicherweise auch andere Nutzungen wie Kunsthandwerkerwerkstätten, oder man kann überlegen - eine Idee, die aus grünen Kreisen kommt -, ob man auch über Formen der Kinderbetreuung für Menschen nachdenkt, die hier einkaufen wollen, und welche anderen Formen es geben kann, mit der wir diese Fläche im Lloydhof jetzt beleben. Dazu ist jetzt Nachdenken angesagt.

Es wurde von der FDP und auch von der CDU eingefordert, mit den Akteuren zu sprechen, und genau das wird kontinuierlich getan. Der Staatsrat des Wirtschaftsressorts hat mir gerade noch gesagt, dass das Wirtschaftsressort heute Morgen mit der CityInitiative zusammengesessen und darüber gesprochen hat, wie man den Ansgarkirchhof und die Flächen rund um das HANSA-CARRÉ aufwerten und dort Attraktivität schaffen kann. Wir haben die Möglichkeit, Rundläufe zu schaffen und zu verbessern, wir sind uns dessen bewusst, und wir werden das auch machen, aber insgesamt geht es tatsächlich darum, den öffentli-

chen Raum aufzuwerten und hier keine hermetisch geschlossenen Malls einzurichten, sondern die Innenstadt wirklich erlebbar zu machen mit all dem, was auch im Innenstadtkonzept in der letzten Legislaturperiode entwickelt worden ist. Das heißt, die Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger, die Querungsmöglichkeiten der Straßen, die die Obernstraße von der Schlachte trennen, die Querungsmöglichkeiten in den Wall hinein - darauf komme ich gleich noch -, diese Dinge zu verbessern, sind der Weg, der in die Zukunft weist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme noch einmal auf die Fragen zu sprechen, die zum Wall gestellt worden sind! Sie sind zum Teil schon beantwortet worden, aber ich möchte trotzdem noch das eine oder andere erwähnen. Zunächst noch einmal von meiner Seite an dieser Stelle: Natürlich war dieser Brand des Textilhauses Harms, das prägend ist für die Landschaft der Geschäfte Am Wall, ein tragisches Ereignis, das zu der viermonatigen Sperrung der Straße Am Wall geführt hat, auch hat das Gebäude eine prägende Fassade. Das ist ein Verlust, und das ist auch eine Belastung gewesen für die Einzelhandelskaufleute in dieser Straße, daran kann kein Zweifel bestehen. Ich bedauere das auch und sage trotzdem, dass wir mit der Situation umgehen müssen und nach vorn schauen und sehen, wie wir die Situation nutzen können.

Wir haben - wir bedeutet das Umweltressort, das Wirtschaftsressort, die Wirtschaftsförderung - von Anfang an intensiv mit den Einzelhandelskaufleuten gesprochen, Frau Steiner, das haben Sie ja vorhin in Abrede gestellt. Ich habe mich übrigens gewundert, dass die FDP, die ja diese beiden Themen für heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, sich heute kein zweites Mal an der Debatte beteiligt hat, ich fand es war in der ersten Runde ein bisschen wenig, und hatte noch ein bisschen mehr erhofft.

Ich kann Ihnen aber sagen, wir haben immer wieder intensive Gespräche mit den Einzelhändlern geführt. Es hat sechs oder sieben Gesprächsrunden gegeben, und wir haben das Konzept, das wir entwickelt haben, auch mit den Einzelhändlern abgestimmt, weil sie am Ende davon überzeugt waren, dass es nicht die SUVs sind, die vor ihrem Geschäft parken, in den Laden kommen und dort einkaufen, sondern es sind Menschen, die dort einkaufen. Diese Menschen müssen dorthin kommen, und dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Insbesondere, wenn Sie den Bereich dort für Fußgänger und Radfahrer attraktiver machen, werden mehr Menschen vor diese Geschäfte kommen, als wenn Sie dort nur den Autoverkehr vorbeifließen lassen und die Ladenfronten mit großen Autos blockieren und niemand sieht, was man da eigentlich einkaufen kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage der Verkehrsverlagerung ist in der Tat durch Simulation intensiv geprüft worden, Herr Saxe hat die Zahlen genannt: Wir rechnen in der Spitzenzeit in der Martinstraße und der Faulenstraße mit bis zu 300 Fahrzeugen pro Stunde bei einer derzeitigen Spitzenbelastung von 1 600 Fahrzeugen, aber einer Gesamtkapazität von 2 500 Fahrzeugen; das heißt, es gibt keinen Zusammenbruch des Verkehrs.

Ähnlich ist es auch im Bereich Am Dobben/Sielwall, dort werden wir circa 100 Fahrzeuge mehr haben. Wir haben diese Dinge modelliert und werden dies auch messen, wir werden es beobachten und auch verifizieren und haben das Ganze auch bewusst als einen Versuch während der Bauphase ins Leben gerufen, die wir jetzt an dem abgebrannten Kaufhaus haben werden.

Das Ziel ist - und das ist abgestimmt mit den Kaufleuten Am Wall -, die Aufenthaltsqualität Am Wall zu stärken und auch ganz bewusst die Radfahrer eben nicht im Beidrichtungsverkehr auf der falschen Straßenseite zu führen, das ist die unsicherste Form, den Radverkehr zu organisieren, die man sich denken kann. Wir bringen den Radverkehr auf die richtige Seite, nämlich die, die vom Herdentor in Richtung Ostertor führt, und das führt gleichzeitig dazu, dass diejenigen, die mit dem Fahrrad an den Geschäften vorbeifahren, auch wesentlich leichter wahrnehmen können, was dort angeboten wird, sodass das auch den Kaufleuten letztlich bei der Frequenz zugutekommen wird.

Sie fordern ein Verkehrskonzept, ein städtebauliches Konzept, beides haben wir. Das können Sie vielleicht nicht wissen, weil Sie in der letzten Legislaturperiode nicht in der Bürgerschaft vertreten waren. Wir haben das Innenstadtkonzept 2025 einvernehmlich gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort, dem Umweltressort und der Handelskammer verabschiedet, darin stehen über 50 Maßnahmen, die nach Dringlichkeit und Wichtigkeit geordnet sind und sehr viel mit erleichterten Querungen, besseren Wegeverbindungen und Aufenthaltsqualität zu tun haben. Als Teilkonzept zu diesem Innenstadtkonzept liegt auch ein Verkehrskonzept vor, das habe ich auch mitgebracht, damit Sie mir auch glauben, dass es das gibt, das ist der Fachbeitrag „Verkehr“ zu diesem Innenstadtkonzept.

Wenn ich mir jetzt letztendlich ansehe, was von Ihrem Antrag übrig bleibt - wir haben die Punkte eins, zwei, drei, vier, fünf und sieben in der Tat vorliegen -, genauso gehen wir vor.

Beim Punkt sechs haben wir einen deutlichen Dissens, das habe ich erläutert, wir werden keinen Beidrichtungsverkehr aufrechterhalten, wo es nicht notwendig ist.

Ich habe auch ausführlich in der letzten Deputations Sitzung berichtet - dort waren auch FDP-Vertreter anwesend, das habe ich wohl wahrgenommen -, wie es Am Wall weitergehen wird, und dort auch gesagt, dass es sich um einen Versuch handelt. Das, was Sie fordern, habe ich Ihren Deputationsmitgliedern so bekannt gegeben. Ich habe auch gesagt, dass wir gern bereit sind, über den weiteren Fortgang dieses Versuchs in der Deputation zu berichten, sodass wir jetzt mit der Überweisung offene Türen einrennen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (ALFA): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind eigentlich in die Diskussion eingestiegen über ein Konzept über den Wall und über das Thema, wie wir die Innenstadt entwickeln können, und es hat hier jetzt diverse Kommentare zur Verkehrspolitik gegeben und Seitenhiebe auf SUV-Fahrer und andere Leute, die offensichtlich in der Bremer Innenstadt nicht erwünscht sind.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Menschen abstimmen können, entweder an der Wahlurne oder auch mit ihren Füßen oder mit ihrem Portemonnaie, indem sie darüber entscheiden, wohin sie gehen, wo sie ihre Geschäfte tätigen und ihre Einkäufe machen. Es ist nun einmal leider so, dass viele Menschen so bequem sind und gern mit dem Auto zum Einkaufen fahren. Das ist mit ein Grund dafür, dass solche Einkaufszentren wie Dodenhof und der Weserpark solche starken Zuwächse verzeichnen: weil sie einfach dorthin fahren, umsonst parken und innerhalb von zwei Minuten in einem wettergeschützten Bereich sind und einkaufen können. Dann hat es die Bremer Innenstadt natürlich schwer.

Wenn Sie beispielsweise ein Möbelhaus Am Wall betreiben, die Leute aus einem Kilometer Entfernung zu Fuß kommen müssen, und außerdem können sie ihre Möbel auch schlecht auf dem Fahrrad mitnehmen. Ich glaube, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto tatsächlich von enormer Wichtigkeit ist.

Es gibt einen zweiten Grund, warum die Leute gern in Einkaufszentren und nicht in die Innenstadt gehen - das Thema wurde heute noch nicht angesprochen -, nämlich das Thema der inneren Sicherheit. Wenn Sie heute nicht mit dem Auto nach Bremen fahren, sondern am Hauptbahnhof ankommen und dann mit einem gut gefüllten Portemonnaie Ihren Einkauf in Angriff nehmen müssen und zu Fuß in Richtung Innenstadt gehen, dann folgt ein Spießrutenlauf durch ein

Stadtviertel, in dem man nicht wirklich zu Fuß unterwegs sein möchte. Auch das ist ein Thema, das die Menschen in die Shoppingmalls treibt. Wenn wir die Innenstädte attraktiver machen wollen, müssen wir dieses Thema ebenfalls betrachten. - Vielen Dank!

(Beifall ALFA)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich lasse nun über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats, Drucksache 19/20, auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

**Ortsgesetz zur Änderung bremischer Kommunalsteuerortsgesetze
Mitteilung des Senats vom 1. September 2015
(Drucksache 19/16 S)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema, das wir jetzt behandeln, bringt für die Bürgerinnen und Bürger und für diejenigen, die hier gleich darüber beschließen sollen, nicht die reine Freude, es sind auch Aufreger dabei. Aber es gilt, dass wir als eine Kommune in einem Haushaltsnotlageland, das ebenfalls mit großen finanziellen Problemen behaftet ist, einen Beitrag dazu leisten müssen,

die Ausgaben insgesamt in den Griff zu bekommen.

Das heißt auf der einen Seite, dass wir versuchen müssen, eine sparsame und aufgabengerechte Haushaltsführung vorzunehmen, auf der anderen Seite aber auch Eigenanstrengungen zu unternehmen, die auch der Stabilitätsrat von uns gefordert hat.

Dazu tragen die drei vom Senat vorgeschlagenen Veränderungen bei. Die Erste ist, den Grundsteuerhebesatz von 580 Punkten auf 695 Punkte zu erhöhen. Wenn wir dies tun, werden wir uns am Ende ungefähr in gleicher Höhe bewegen wie die Städte Stuttgart, Nürnberg oder Hannover, wenngleich diese einen geringeren Grundsteuerhebesatz haben, aber in diesen Städten gibt es eine Straßenreinigungsgebühr, die wir, wie ich finde, aus guten Gründen in Bremen nicht eingeführt haben. Wir werden also ungefähr auf diesem Niveau liegen, und die Erhöhung wird uns 27 Millionen Euro zusätzlich einbringen. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, um den kommunalen Haushalt besserzustellen.

Nun kenne ich auch die Argumente, inwieweit wir damit in Konkurrenz zu unseren niedersächsischen Nachbargemeinden treten. Dazu ist festzuhalten, dass es in den letzten Jahren auch dort eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes gab, sodass es für uns vertretbar erscheint, diesen Sprung zu machen.

Die Hundesteuer wollen wir ebenfalls erhöhen. Wir werden uns danach im oberen Niveau der vergleichbaren Städte bewegen, das muss man so nüchtern sagen, das wird so sein. Das gilt auch für die Erhöhung der Zweitwohnungsteuer. Aber nach über zehn Jahren - das gilt übrigens auch für den Grundsteuerhebesatz - halten wir es für angemessen, diese zu erhöhen und dadurch einen Beitrag für die finanzielle Ausstattung der Kommune Bremen leisten zu können. Daher werden wir dem Vorschlag des Senats folgen und bitten um Ihre Unterstützung.

(Beifall SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schierenbeck.

Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über Steuererhöhungen. Konkret geht es um das Ortsgesetz zur Änderung bremischer Kommunalsteuerortsgesetze, mein Kollege Max Liess hat das eben schon ausgeführt.

Die Regierungskoalition hat schon in den Koalitionsverhandlungen beschlossen, dass wir alles daran setzen, um unsere Einnahmen zu verbes-

sern. Die Möglichkeiten dafür sind auf kommunaler Ebene begrenzt und wir müssen alle diese Möglichkeiten nutzen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sollen der Hebesatz für die Grundsteuer und auch die Hundesteuer erhöht werden. Damit liegt Bremen beim Hebesatz der Grundsteuer in einer vergleichbaren Größenordnung wie andere Großstädte, verzichtet dabei aber auf eine Straßenreinigungsgebühr. Auch die Erhöhung der Hundesteuer von 122 Euro auf 150 Euro dürfte den meisten Hundehalterinnen und Hundehaltern zumutbar sein.

Die Frage ist: Wie kann Bremen den Konsolidierungspfad schaffen? Es geht nur, indem man die Ausgaben so weit wie möglich senkt und die Einnahmen erhöht, wo es möglich und zumutbar ist. Andere Möglichkeiten haben wir nicht.

Der Kollege Liess hat schon dargestellt, wie viel diese Steuererhöhungen für den Haushalt einbringen: es sind 27 Millionen Euro durch die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes und 1,8 Millionen Euro durch die Erhöhung der Hundesteuer. Insgesamt reden wir heute über knapp 30 Millionen Euro, die wir für die Aufgaben in unserer Stadt haben oder eben nicht.

Wer heute gegen diese Erhöhung argumentiert, den bitte ich darzulegen, auf welche Aufgaben Bremen zukünftig verzichten soll. 30 Millionen Euro sind circa zehn neue Kitas. 20 Kitas wollen wir in dieser Legislaturperiode bauen, und die brauchen wir auch, weil immer mehr Eltern diese Kita-Plätze nachfragen.

30 Millionen Euro sind aber auch die laufenden jährlichen Kosten für circa 2 500 U3-Kita-Plätze, das ist ungefähr das Ausbaupotenzial, das wir uns vorgenommen haben. 30 Millionen Euro sind circa 500 Lehrerinnen und Lehrer, auf die wir an den Bremer Schulen nicht verzichten können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

30 Millionen Euro sind das Geld, das Bremen jedes Jahr in das Gebäudesanierungsprogramm steckt, damit wird jedes Jahr gut ein Prozent des Gebäudebestandes saniert. Sie werden mir zustimmen, dass dieses Programm damit nicht üppig ausgestattet ist.

30 Millionen Euro sind übrigens auch die Kosten für circa ein Viertel der Polizistinnen und Polizisten, die für Bremen im Einsatz sind. Diese Beispiele machen deutlich, wofür wir in Bremen zusätzliche Einnahmen benötigen.

Ich fasse zusammen: Bremen muss seine Einnahmen verbessern, um kommunale Aufgaben

bezahlen zu können. Mit der Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer liegt Bremen in einer vergleichbaren Größenordnung wie andere Großstädte und verzichtet auf die Straßenreinigungsgebühr. Auch die Erhöhung der Hundesteuer ist zumutbar. Wer Steuererhöhungen kritisiert, muss sich die Frage gefallen lassen, auf welche kommunalen Aufgaben Bremen verzichten kann oder wie diese sonst finanziert werden können. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. Eckhoff (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich doch, nach vielen Jahren wieder hier vorn stehen zu dürfen

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Jungfernrede!)

und eine Jungfernrede zu halten, richtig, Frau Grotheer!

Auch die CDU-Fraktion hat sich mit diesem Thema beschäftigt. Natürlich wissen wir, dass Bremen in den nächsten vier Jahren vor riesengroßen Herausforderungen steht, und deshalb ist es auch legitim, über Steuererhöhungen nachzudenken und sie auch umzusetzen.

Ob es allerdings richtig ist, ausschließlich diese Last der Oma Walle aufzubürden und für Nachbarn Lumpi zu erhöhen, da bin ich mir unsicher. Warum nenne ich die Oma Walle, meine sehr verehrten Damen und Herren? Sie wissen, dass die Erhöhung der Grundsteuer auf alle Mieter umgelegt wird und dass die Belastungen dadurch bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße zwischen 30 Euro und 60 Euro pro Jahr liegen. Wenn Sie dann noch die Erhöhung von 30 Euro bei der Hundesteuer hinzurechnen, dann sind es rund 10 Euro im Monat, die häufig sozial Schwächere zu tragen haben.

(Beifall CDU)

Ist das eine verantwortliche Entscheidung, dies heute beschließen zu lassen, bevor tatsächlich alle Fakten auf dem Tisch liegen und ein Kassensturz gemacht wurde, Frau Bürgermeisterin? Wir glauben, nicht!

Ebenso fragen wir uns, warum nicht weitere Mehreinnahmen, die in Bremen durchaus gebraucht werden - das haben meine Vorredner richtig aus dieser Vorlage zitiert und betont -, erschlossen worden sind. Ich habe während der Koalitionsverhandlungen immer darauf gewartet - und das ist ein Thema, das mir sehr wohl bekannt ist -, dass endlich einmal ein Vorschlag unterbrei-

tet wird, doch die Oberflächenwasserentnahmegebühr anzupassen. Rot-Schwarz hat sie damals eingeführt, Rot-Grün hat offensichtlich keinen Mut dazu, dieses Thema weiterzuentwickeln.

(Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo Sie recht haben, haben Sie recht!)

Als die letzte Erhöhung der Grundsteuer in Bremen durchgeführt wurde, ist, glaube ich, auch die Gewerbesteuer angepasst worden, ein Schritt, der offensichtlich jetzt nicht mögliche war. Ich weiß, dass gerade vor zwei Jahren die Gewerbesteuer angepasst wurde, damals aber um fünf Prozent, heute sprechen wir sowohl bei der Hundesteuer als auch bei der Grundsteuer B über eine 20-prozentige Erhöhung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass eine Sanierung dieses Bundeslandes nur gelingen wird, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist, dass sie gleichmäßig eine Last zu tragen haben, das muss durch alle sozialen Schichten gehen, und ich glaube, dass Sie hier einfach einen falschen Aufschlag gewählt haben.

(Beifall CDU, ALFA)

Wir haben über Wohnungsbau in Bremen gesprochen, und wir werden das in den nächsten Wochen sicherlich auch noch weiterhin intensiv tun, und wir werden viel über die Tatsache sprechen, wie wir auch junge Familien in Bremen halten können. Dabei hilft uns beim besten Willen nicht, lieber Max Liess oder liebe Frau Dr. Schierenbeck, der Vergleich mit Stuttgart, Nürnberg und Hannover, diese Städte bilden hier nicht die Konkurrenz zu Bremen, wenn man solche Entscheidungen trifft, heißt die Konkurrenz Osterholz-Scharmbeck, Stuhr, Lilienthal, Achim oder Verden et cetera, wo die Grundsteuerhebesätze zwischen 350 und 420 liegen. Insofern muss man immer schauen, an welchen Schrauben man zuerst dreht und was tatsächlich notwendig ist auf dem weiteren Weg zur Sanierung des Haushalts. Hier haben Sie ganz klar die falsche Schraube zuerst gedreht, und deshalb lehnen wir Ihre Vorschläge auch ab. - Vielen Dank!

(Beifall CDU, ALFA)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Dr. Schierenbeck, an welchen Stellen Bremen deutlich mehr Einnahmen braucht und welche Aufgaben wir hier zu bewältigen haben, zeigen ja nicht zuletzt die aktuellen Meldungen über Haushaltsri-

siken, und darüber werden wir ja am Donnerstagmorgen noch einmal diskutieren.

Es ist völlig unzweifelhaft, dass sich Bremen in einer finanzpolitischen Situation befindet, in der das Geld einfach hinten und vorn nicht reicht, um die öffentlichen Aufgaben zu erledigen. Das ist schon länger so, und ein wichtiges Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass es in den letzten Jahren überhaupt nicht gelungen ist, in der Frage der sozialen Spaltung auch nur einen kleinen Schritt voranzukommen. Wir haben wahrscheinlich nicht einmal den Status quo eingefroren, sondern die Entwicklungen und die Umfragen - der Armuts- und Reichtumsbericht, der Bericht zu den Lebenslagen - zeigen eher, dass sich die Prozesse beschleunigen und die Situation an vielen Stellen schlechter wird.

Deswegen stimme ich Ihnen vollkommen zu, dass man über Steuererhöhungen nachdenken muss, aber wenn man einfach nur sagt, dass Steuererhöhungen notwendig sind, dann vergisst man eines: Wenn wir heute sagen, dass wir Steuererhöhungen brauchen, und gleichzeitig die soziale Spaltung bekämpfen wollen, müssen die Steuererhöhungen einen Effekt von Umverteilung haben, und den hat die Grundsteuer eben nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Zur Situation in Bremen! Es gibt hier ungefähr 186 000 Haushalte, in denen die Bewohner zur Miete wohnen, das ist eine ganze Menge, es sind ungefähr 61 Prozent. Die anderen 39 Prozent sind - das ist ein vergleichsweise hoher Faktor - Eigentümerinnen und Eigentümer ihrer Häuser. Das bedeutet rein rechnerisch, dass die Mieterinnen und Mieter, wenn man es einmal eins zu eins umrechnet - ich weiß, es ist nur über den Daumen gepeilt! - ungefähr 16,5 Millionen Euro zahlen. Dieser Betrag stammt von Menschen, die überwiegend zur Miete wohnen, die zu einem hohen Prozentsatz ein mittleres, niedriges oder sehr geringes Einkommen haben und auch von Hartz IV-Empfängern, und das finde ich nicht in Ordnung! Wir können den bremischen Haushalt nicht auf Kosten von Gering- und Mittelverdienern und auch nicht auf Kosten von Hartz IV-Empfängern sanieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden deswegen diesen Antrag ablehnen. Dass man die Hundesteuer in dem Zug erhöht, hat einen ähnlichen Effekt - obwohl nicht alle Menschen in Bremen Hunde haben und man darüber nachdenken kann, ob diese Steuer überhaupt sinnvoll ist - Aber unabhängig hat den Haupteffekt natürlich die Erhöhung der Grundsteuer. Ich teile die Ansicht, wenn man an ganz vielen kleinen Schrauben dreht, dass dann irgendwann auch ein großer Effekt entsteht, das

kann jedoch unter Umständen - wie es der Kollege Eckhoff gesagt hat - auch wieder kein gutes Signal für Menschen bedeuten, die nach Bremen ziehen und möglicherweise auch Eigentum in Bremen erwerben wollen. Also, ich finde, das ist keine gute Idee.

Was ich dem Kollegen Eckhoff allerdings mit auf den Weg geben möchte, ist, dass es neben einer Oberflächenwasserentnahmegebühr ein paar weitere Quellen gibt, die man auch noch anzapfen kann. Wenn Sie, wie Sie eben gerade gesagt haben, Positionen vertreten, die meiner Ansicht nach den Dingen ziemlich nahekommen, dann wäre es vielleicht auch eine gute Idee, dass Sie einmal bei Frau Merkel vorsprechen und zusammen mit den Kollegen von der SPD einmal über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer beraten.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

Das wäre eine konsequente Weiterentwicklung Ihres Grundgedanken, den Sie hier ausgeführt haben: Das würde die Einnahmesituation Bremens deutlich verbessern, und das könnte zur Umverteilung beitragen, indem nämlich die Menschen zur Sanierung des Haushalts beitragen, die es können, und nicht im Wesentlichen die Menschen, die schon lange am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Prinzip scheint es gerade so, als würde es wahllose Versuche geben, Haushaltslöcher im dreistelligen Millionenbereich durch Mehreinnahmen von im Grunde genommen ein paar Millionen Euro zu stopfen. Sie versuchen jetzt ein wenig, die fehlenden Ideen für eine Haushaltskonsolidierung mit Steuererhöhungen zu kompensieren. Das ist in unseren Augen aber weder der richtige Weg, noch ist es fair - wo hier doch so oft von Fairness gesprochen wird -, denn Bremen wird durch diese wirkliche Ausbeuterpolitik seitens des Senats zunehmend unattraktiver.

(Beifall FDP - Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ich glaube, Bremen wird eher unattraktiv, weil wir nicht genügend Lehrer haben! - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, da könnte man eine ordentliche Erbschaftsteuer einführen!)

Schauen wir uns einmal die Grundsteuer an! Die Erhöhung dieser Steuer bringt gerade einmal 27 Millionen Euro ein. Das scheint zunächst viel,

aber der Effekt ist völlig fatal, da gebe ich Herrn Rupp in diesem Fall völlig recht: Sie belastet absolut jeden Menschen. Sie belastet natürlich Familien mit Eigentum, die Rentner, die jahrelang dafür gespart haben, und natürlich belastet es auch die Mieter, also einfach alle, die hier in Bremen wohnen möchten. In Anbetracht dessen, dass hier immer wieder beklagt wird, dass viele Menschen hier in Bremen nur arbeiten, aber in Niedersachsen wohnen, ist diese Maßnahme ganz bestimmt nicht die richtige, damit es in Bremen besser wird.

(Beifall FDP)

Wir haben Haushaltsrisiken von bis zu 250 Millionen Euro, und da sind 27 Millionen Euro im Verhältnis natürlich marginal. Wir sollten vielmehr versuchen, neue Bürger hier in Bremen anzusiedeln und als Stadt attraktiv zu sein, damit die Menschen gern in Bremen wohnen.

Sie vergleichen die Hebesätze - Herr Eckhoff hat es eben gesagt - ja immer mit den Großstädten, aber dieser Vergleich hinkt. Es geht nämlich genau um das, was eben schon gesagt wurde: Es sind Achim, Delmenhorst, Osterholz-Scharmbeck und so weiter, als Vergleich heranzuziehen, und Ich sage Ihnen, diesen Wettbewerb wird Bremen künftig mit 695 Punkten verlieren.

(Beifall FDP)

Wenn wir des Weiteren an die Zweitwohnsitzsteuer denken, deren Aufkommen bei 87 000 Euro mehr liegt: Bei aller Liebe, das ist völlig absurd, diese Mehreinnahmen sind ein Witz, und die Wirkung hierüber ist wirklich nachhaltig negativ.

(Beifall FDP)

Die Entscheidung für den Wohnsitz wird im Zweifel so bestimmt nicht auf Bremen fallen,

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ich sage nur einmal, wie das Schulsystem hier ausgestattet ist, weil das die Leute dazu treibt, nicht in Bremen zu wohnen!)

denn die Steuer trifft übrigens auch Studenten und Auszubildende, und auch sie sind genau Ihre Zielgruppe -

(Zurufe der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

das sollte sie jedenfalls sein! -, und diese Auszubildenden, die hier nur ein Zimmer bewohnen, müssen eine Zweitwohnsitzsteuer zahlen. Also, bei aller Liebe, diese Konzepte sind völlig absurd!

Als Letztes möchte ich doch noch etwas zur Hundesteuer sagen! Sie sprechen immer von Fairness und Gleichheit, aber die Hundesteuer wider-

spricht wirklich beidem vehement. Oder planen Sie, demnächst auch noch eine Katzensteuer in Bremen einzuführen? Die Hundesteuer ist in unseren Augen wirklich nur noch eines: Sie ist völlig unsozial. Der Hund ist für viele ganz viele Menschen sein bester Freund, er ist treuer Weggefährte und Begleiter, und übrigens besonders für Ältere und Alleinerziehende.

(Beifall FDP)

Bei alledem kommt noch hinzu, dass sich viele Menschen für einen Hund entscheiden, weil sie Angst haben und dieses Sicherheitsgefühl brauchen, das damit einhergeht, und das zu besteuern ist absolut sinnlos. Sie sollten sich deshalb auch die Frage stellen, ob es nicht sinnvoller ist, wenn es denn so sein soll, die Einnahmen daraus zweckgebunden zu verwenden, denn es gibt im Moment nur eine Freifläche als Pilotprojekt: über ein paar wird gerade gesprochen; dazu können Sie vielleicht gleich noch etwas sagen. Das ist diesbezüglich wirklich zu wenig und zu kurz gedacht.

Wir Freien Demokraten, das können Sie sich vorstellen, lehnen dieses Steuererhöhungsprogramm komplett ab und warnen massiv vor den Folgen, denn diese Bevölkerungsabwanderung wird so definitiv fortgesetzt werden.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Es hat Sie vier Jahre niemand vermisst!)

Einigermaßen beruhigend ist allerdings, dass das Bundesministerium für Finanzen Ihrem Vorhaben zur Einführung einer Heuschreckensteuer einen Riegel vorgeschoben hat, denn dieser gestaffelte Steuersatz, der bekanntermaßen von Ihnen eingeführt werden sollte, ist offensichtlich verfassungswidrig. Wie schade! Ich glaube, das sollte Ihnen zu denken geben!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Wie wollen Sie eigentlich eine Stadt regieren, eine Stadt gestalten? Das müssen Sie mir erklären! - Zuruf Abg. Rupp [DIE LINKE])

Bei aller Liebe, lieber Herr Rupp, zur Vermögenssteuer könnte ich Ihnen einen kompletten Vortrag halten, das mache ich auch sehr gern! Anstatt aber immer mehr Steuern zu erhöhen, sollten wir uns ein Beispiel an Städten wie Monheim nehmen, wo der Bürgermeister die Gewerbesteuer auf 300 Punkte gesetzt hat. Seitdem gibt es dort Firmen, und die Stadt ist schuldenfrei.

(Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer zu?

Abg. Frau Steiner (FPD): Ich bin aber fertig.

Vizepräsident Imhoff: Ja, aber vielleicht wollen Sie sie doch beantworten?

Abg. Frau Steiner (FPD): Unbedingt, bitte!

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Bremen einen Zuwachs an Bevölkerung hat und keinen Bevölkerungsschwund, wie Sie es gerade gesagt haben?

Abg. Frau Steiner (FPD): Das werde ich gern noch einmal hinterfragen, denn ich habe gerade andere Zahlen gelesen, und das werde ich gern noch einmal herausfinden.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sind die Zahlen, glaube ich, auf denen Sie Ihre Rede aufgebaut haben, nicht richtig! - Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Steiner, ich kann Ihnen versichern, die Katzensteuer ist hier schon einmal geprüft worden.

(Heiterkeit FPD)

Nein, ernsthaft, und das ist auch nicht zum Lachen!

(Zurufe: Doch!)

Das ist deshalb nicht zum Lachen, weil es wenige kommunale Steuern gibt und somit wenige Einnahmen, die die Kommune tatsächlich erzielen kann.

(Beifall SPD)

Zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, sage ich: Die 250 Millionen Euro beziehen sich insgesamt auf den Stadtstaat, das heißt, Sie reden hier von Dingen, die in diese Stadtbürgerschaft nun wahrlich so nicht gehören.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie sagen, 87 000 Euro seien nicht viel Geld, dann sehen Sie sich an, was Sozialarbeiter verdienen, und dann sehen Sie, dass man damit mindestens eineinhalb Sozialarbeiterstellen bezahlen kann. Auch diese kleinen Summen spielen eine Rolle.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will mich ausdrücklich beim Kollegen Eckhoff bedanken, weil es für mich das erste Mal nach acht oder zehn Jahren war, dass die CDU-Fraktion ihre Bereitschaft erklärt hat, auch bestimmte Steuern oder Gebühren anzuheben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür sage ich wirklich Danke, weil anerkannt wird, dass wir nur wenige Stellschrauben haben, an denen wir drehen können um etwas für die Einnahmeverbesserung zu tun. Wenn das hier jetzt vorgetragen wird, ist das für mich insgesamt ein Gewinn, wenn es so ist.

Nun zahlt man aber für die Oberflächenwasserentnahme eine Gebühr und keine Abgabe oder Steuer, das heißt, wir sind an bestimmte Regeln gebunden. Das wissen Sie auch. Insofern führt es ein bisschen in die Irre, wenn wir über Steuern reden, dann aber auch Gebühren mitgenannt werden.

Daher begrüße ich es sehr, dass wir offensichtlich auf eine andere Basis kommen. Sie haben von Schrauben gesprochen und gesagt, das sei die falsche Schraube. Wir glauben, es ist eine der wenigen Schrauben, an der wir drehen können und von der wir glauben, nach zehn Jahren tatsächlich an ihr drehen zu können. Daher bleiben wir bei unserer Überzeugung, diese Steuererhöhungen zu machen, bei allen Schwierigkeiten und Problemen das gebe ich zu die das für die Geringverdienenden - insbesondere bei der Erhöhung des Steuerhebesatzes - mit sich bringt. Dass dies Benachteiligungen mit sich bringt, will ich nicht leugnen, es wäre auch falsch, das zu tun, aber wir halten es insgesamt für vertretbar.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte eigentlich nicht noch einmal sprechen, aber ich finde, über das, was Frau Steiner gesagt hat, muss man noch einmal reden, denn ich halte es für völlig abwegig, die Frage, ob man Steuern erhöhen soll oder muss, als Ausbeutung zu begreifen.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist ein legitimes Recht und eine Notwendigkeit, dass dieses Gemeinwesen über Steuern finanziert wird, denn es hat keine anderen Einnahmequellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Erheben von Steuern in eine Richtung von Ausbeutung zu rücken, finde ich grob fahrlässig und gießt Wasser auf die Mühlen derjenigen, die ein Interesse daran haben, dieses demokratische Gemeinwesen in irgendeiner Weise infrage zu stellen, das Erheben von Steuern zu diskreditieren und die Arbeit von Parlamenten und Regierungen als verschwenderisch und sonst etwas abzutun. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn Sie es richtigstellen, dass Sie das eben eigentlich vielleicht nicht so gemeint haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ansicht, angesichts eines Haushaltsrisikos von 250 Millionen Euro wären 27 Millionen Euro oder 87 000 Euro nicht viel Geld, zeigt, dass Sie in Ihrem Leben noch keine Haushaltsverhandlungen mitgemacht haben.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Wenn Sie erleben, wie in diesem Hause darum gestritten wird, um zum Beispiel 20 000 Euro oder 30 000 Euro für den Notruf für misshandelte Mädchen und Frauen zu organisieren, dann wissen Sie, dass in diesem Haus auch 87 000 Euro viel Geld sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dann zu sagen, das brauchen wir eigentlich nicht, ignoriert die Tatsache, dass in diesem Land, in dieser Stadt eigentlich jeder Euro an Einnahmen wichtig ist und jeder Euro an Ausgaben mindestens genauso sinnvoll ist und dass dort, wo ein Euro ausgegeben wird, möglicherweise zwei Euro hingehören.

(Zuruf DIE LINKE: Richtig!)

Sie können mich aber gern berichtigen und mir zeigen, wie viel Haushaltsachverstand wir haben. Ich warte gern auf die nächsten Haushaltsberatungen und auf Ihre Anträge, wo man sinnvoll sparen oder auf der Ausgabenseite Beträge reduzieren kann, was auch immer, oder die Einnahmen erhöhen kann. Darauf warte ich, und dann können Sie im Einzelnen nachweisen, dass Sie da die besseren Ideen haben, anstatt sich hier in so leere Phrasen zu flüchten.

(Beifall DIE LINKE)

Eines noch, weil es mich richtig ärgert: Ich habe Ihre Partei nicht als die Partei in Erinnerung, die überhaupt den Mut hat, über Steuererhöhungen zu reden. Sie haben Ihren Wählerinnen und Wählern immer Steuersenkungen versprochen und sie teilweise, wie bei der Mehrwertsteuer für Hotels, völlig klientel- und lobbyhaft durchgesetzt. Ich will Ihnen noch einmal eines sagen, vielleicht können

Sie das einmal akzeptieren: Solange ich Politik mache, haben Steuersenkungen niemals mehr Arbeitsplätze oder höhere Einnahmen für die öffentliche Hand geschaffen, sondern sie haben nur arme Kommunen, arme Länder und Schwierigkeiten bei den Finanzen des Bundes und privaten Reichtum produziert. Deswegen sind Sie in dieser Frage meines Erachtens überhaupt nicht kompetent. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Steiner, Bremen ist eine Großstadt - Gott sei Dank! -, Bremen wächst in der Regierungszeit von Rot-Grün, und das wird auch weiterhin so sein, und Steuern sind generell nicht zweckgebunden, das unterscheidet sie von Gebühren, das einmal zum Anfang!

(Abg. Frau Grotheer [SPD]: Eben!)

Der vom Senat vorgelegte Vorschlag ist maßvoll, und niemand macht es sich leicht, wenn man Steuern erhöht, denn das Argument, dass wir konkurrenzfähig sein müssen, auch mit unseren Kosten gegenüber dem Umland, ist einfach wichtig. Deshalb hat es ein verantwortungsvolles Abwägen gegeben zwischen den Notwendigkeiten, unser Gemeinwesen zu finanzieren, der Vorstellung gegenüber dem Stabilitätsrat, dem Bund und den uns beurteilenden anderen Bundesländern, wie wir uns finanzpolitisch verhalten, und natürlich auch in der Frage, wie unsere Stellung hier im niedersächsischen Umland ist.

27 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen sind für Bremen sehr viel Geld, und uns ist auch völlig klar, dass so etwas nicht populär ist und man sich damit nicht beliebt machen kann. Allerdings kann man sich vernünftig verhalten, indem man den Menschen nicht irgendwie Sand in die Augen streut und hier dagegen ist oder ihnen erzählt, bei anderen Steuern wäre man vielleicht doch dafür, oder es so macht wie die FDP, die hier so tut, als könne man einen Staat ohne eine ausreichende Einnahmehasis führen. Alles das macht die Regierungskoalition nicht, und ich bedanke mich ganz ausdrücklich dafür, dass Sie hier mit dem Senat zusammen die Verantwortung dafür übernehmen, etwas zu tun, womit man sich in der Tat keine Freunde schafft. Das macht niemand gern, es ist aber notwendig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verantwortung zu übernehmen heißt eben auch, sich dem Notwendigen zu stellen und sich nicht irgendwie zu verkrümeln.

Dem Redebeitrag des Herrn Eckhoff habe ich mit Interesse entnommen, dass er die soziale Unwucht kritisiert, die es bei der Erhöhung der Grundsteuer gibt, dazu sage ich gleich noch etwas. Ich gebe Ihnen recht, es gibt eine soziale Unwucht bei der Grundsteuer in Deutschland. Bremen hat sich - vielleicht leider hier in Bremen auch zu unbemerkt - auf Bundesebene sehr stark dafür engagiert, dass die Art der Erhebung der Grundsteuer verändert wird. Sie ist zurzeit eigentlich in sich auch völlig ungerecht, und so, wie sie im Moment erhoben wird, führt sie dazu, dass in der Regel Menschen, die in Stadtteilen wohnen, wo nicht so viele wohlhabende Menschen leben, anteilig besonders viel Geld bezahlen müssen. Ich kann im Haushalts- und Finanzausschuss gern berichten, was einem in dem Bereich begegnet, wenn man das versucht.

Jedenfalls würde ich mich freuen - wenn Sie jetzt solch einen neuen Blick auf die soziale Unwucht haben -, wenn die Bremer CDU mich bei unserem Bemühen auf Bundesebene sehr unterstützen würde, die Grundsteuer gerechter zu gestalten. Das würde dazu führen, dass man in den Stadtteilen, in denen hohe Mieten erhoben werden und es Immobilien mit einem hohen Wert gibt, mehr Grundsteuer entrichten muss als in den Großwohnanlagen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das ist eine Einbahnstraße!)

Die CDU hat auch die Möglichkeit, uns mit dieser neuen Sichtweise hinsichtlich der sozialen Unwucht, zu unterstützen, wenn es um unser Verhalten bei der Erbschafts- oder Vermögenssteuer geht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Eckhoff, sie nennen den Begriff sozial Schwache im Zusammenhang mit der Grundsteuer, diesen benutze ich immer nicht, weil er suggeriert -. Er hat so einen Klang, als wenn diese Menschen irgendwie selbst an ihrer Situation schuld seien. Ich finde, dass diese Menschen arm sind und man auch nicht durch, ich sage einmal, Wortkleisterei davor weglaufen sollte, sich dem zu stellen, dass es auch in unserer Gesellschaft Arme gibt. Ich wollte hier jedenfalls nur noch einmal - weil ja manchmal auch mitgehört wird, was hier gesagt wird - erklären, dass arme Menschen selbstverständlich die Möglichkeit haben, sich von der Zahlung der Hundesteuer befreien zu lassen.

Im Übrigen - zurück zur Grundsteuer - ist es auch nicht so, dass alle Menschen, die zur Miete wohnen, arm sind, sondern es gibt auch welche, die auch die erhöhte Grundsteuer ganz normal bezahlen können. Aber es ist in der Tat so, bei beiden Steuern wird in keiner Art und Weise sozial

differenziert, so wie es bei der Erbschaftssteuer und bei der Vermögenssteuer der Fall wäre.

In Richtung von Herrn Rupp will ich noch einmal sagen, für die Hartz-IV-Empfänger stellt sich das Problem nicht, weil sie die höhere Grundsteuer dann über die Sozialhilfe erstattet bekommen, aber für Menschen, mit ihrem Einkommen direkt über der Armutsgrenze liegen, ist das tatsächlich eine schwierige Sache, und das wissen wir auch. Trotzdem, wenn man sich das Mietniveau in Bremen anschaut, dann halten wir das für vertretbar, aber, wie gesagt, niemand jubelt da. Ich würde mich freuen, wenn es gelingen könnte, dass die Regierung dies gegenüber der Öffentlichkeit auch geschlossen vertritt. Wir haben leider vonseiten der Kommune keine weiteren und anderen Instrumente, und eine Katzensteuer führen wir auch nicht ein. Viel mehr Möglichkeiten gibt es für uns nicht. Erst einmal brauchen wir noch zusätzliches Geld für einen ausreichend ausgestatteten Staat, und da ist das in der Tat nur ein kleiner Baustein, und wenn man dokumentieren will, dass wir hier alle tun, was an Möglichkeiten bestehen nutzen, um Einnahmen zu generieren, dann kommt man an dieser Entscheidung hier heute nicht vorbei. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst: Ausbeutung ist ein blöder Begriff in dem Zusammenhang, das sehe ich ein. Ich entschuldige mich dafür und nehme diesen Ausdruck auch sehr gern zurück.

Frau Dr. Schaefer, was Ihre Frage betrifft, habe ich gerade noch einmal nachgeschaut, es war das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Es hat festgestellt, dass es ein sehr minimales Bevölkerungswachstum gibt, jedoch sinkende Gewerbesteuererinnahmen und steigende Arbeitslosigkeit. Das Problem ist natürlich, dass wir zwar den Zuzug von Flüchtlingen haben, aber bis wir die Flüchtlinge in den ganzen Wirtschaftsprozess eingebunden haben, wird es sicherlich eine Zeit lang dauern, und die Abwärtsspirale ist da leider tatsächlich eingeläutet.

(Beifall FDP)

Die 87 000 Euro sind natürlich sehr viel Geld, und es steht auch völlig außer Frage, vor allen Dingen bei besonderen Projekten, die hier auch schon angesprochen wurden. In dem Moment, in dem es um solche Einzelfälle geht - -

(Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Abg. Frau Steiner (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Frau Steiner, Sie nehmen aber durchaus zur Kenntnis, dass das Statistische Landesamt Bremen berechnet hat, dass wir in den nächsten 15 Jahren ungefähr 20 000 Neubremerinnen und Neubremer zu erwarten haben, die nicht nur Flüchtlinge sind?

Abg. Frau Steiner (FDP): Okay!

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Abg. Frau Steiner (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Also, wir haben so gesehen auch eine ganze Menge Migration aus Niedersachsen, und das nur auf Flüchtlinge zu beschränken, halte ich in dem Zusammenhang für fahrlässig.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Es könnten aber mehr sein! - Unruhe)

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, Sie haben das Wort!

Abg. Frau Steiner (FDP): Genau! Um zum Ende zu gelangen: Was die 87 000 Euro betrifft, ist das im Prinzip natürlich für sich gesehen sehr viel Geld, das steht auch außer Frage, aber ins Verhältnis gesetzt zu dem hier bestehenden Haushaltsloch ist es einfach sehr wenig Geld, und deswegen plädieren wir dafür, sich auch die Ausgabenseite einmal genauer anzuschauen.

(Beifall FDP - Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck?

Abg. Frau Steiner (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen): Die FDP hat auf der einen Seite ja im August dieses Jahres kritisiert, dass die 120 Lehrerinnen und Lehrer erst im Februar eingestellt werden, auf der anderen Seite schlagen Sie jetzt vor, nicht nur diese Steuern nicht zu erhöhen,

sondern auch noch die Gewerbesteuer zu senken, wenn ich Ihren Redebeitrag vorhin richtig verstanden habe. Von welchem Geld wollen Sie denn die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer bezahlen?

Abg. Frau Steiner (FDP): Nun, in dem Moment, in dem man die Gewerbesteuer senkt, hat man natürlich einen massiven Zuzug von außen, weil man für die Wirtschaft dann absolut interessant wird.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hanebüchen! Das ist doch eine hanebüchene Rechnung! - Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In dem Moment haben wir auch ein erhöhtes Steuereinkommen und dann auch wieder mehr Potenziale, um - - .

Vizepräsident Imhoff: Frau Steiner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck?

Abg. Frau Steiner (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen): Dann könnte man sich ja vorstellen, dass die Umlandgemeinden auch ihre Steuern senken, dann senken wir wiederum unsere Steuern, und wovon bezahlen Sie dann die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer?

Abg. Frau Steiner (FDP): Ins Verhältnis gesetzt hat ja Bremen dahin gehend ein einen sehr hohen Steuersatz, wie vorhin bereits gesagt wurde; im Vergleich mit den Großstädten vielleicht nicht, aber vergleichsweise mit den Umlandgemeinden eben schon, und so gesehen wäre es vielleicht einmal eine Option, unkonventionelle Wege einzuschlagen. - Danke!

(Beifall FDP - Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (ALFA): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich eigentlich ausdrücklich den Worten meiner Vorrednerin Frau Steiner anschließen. Die ALFA-Gruppe-Bremen ist zwar neu im Bremer Parlament, aber wenn ich es mir so anschauere, dann wird hier immer nur über die Einnahmen geredet, und um die Ausgaben kümmert sich keiner. Ich frage, ob wir uns einen autofreien Sonntag leisten können. Können wir das?

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Können wir!

Konnten wir uns den Space Park leisten? - Konnten wir! Können wir uns das Unibad leisten, das jahrzehntelang nicht renoviert wurde? - Können wir! Jahrzehntelange Misswirtschaft und keine Rückstellungen für Reparaturen haben doch zu diesem Zustand geführt.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, CDU)

Ich bin wirklich entsetzt, wie man sagen kann, wir haben nicht genügend Geld, wir erhöhen die Steuern, das ist der einfachste Weg und wirklich nicht kreativ. - Vielen Dank!

(Beifall ALFA)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung bremischer Kommunalsteuerortsgesetze beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Überstunden der Polizei Bremen und Feuerwehr Bremen endlich ausbezahlen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. September 2015 (Drucksache 19/21 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22. September 2015 (Drucksache 19/25 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Ehmke.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. Hinners (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch Personalräte machen manchmal etwas Gutes, Herr Dr. Güldner.

(Abg. Güngör [SPD]: Was heißt manchmal?)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten völlig zu Recht von Polizei und Feuerwehr, dass sie ein Höchstmaß an Sicherheit und Hilfe im Bedarfsfall leisten, und das auch noch möglichst schnell und kompetent. Dazu gehören Notfalleinsätze nach Verkehrsunfällen, Bränden, Raubüberfällen, Körperverletzungen und vieles mehr. Dazu gehören allerdings auch Einsätze bei Demonstrationen, Kundgebungen, Bundesligafußballspielen und großen Eventveranstaltungen, wie dem Marathon durch die Stadt.

Viele dieser Einsätze der Polizei und Feuerwehr sind nur möglich, wenn nach Ende der regulären Dienstzeit oder am Wochenende weitergearbeitet wird, entweder weil der Einsatz noch nicht abgeschlossen ist oder weil etwa nach Großbränden, schweren Verkehrsunfällen oder sonstigen Verbrechen einfach aus Gründen der Bearbeitung weitergemacht werden muss. Die Berichterstattung ist häufig erforderlich und geht über die reguläre Dienstzeit hinaus. Genauso werden - das kann sich, glaube ich, jeder vorstellen - außerhalb der regulären Dienstzeit oder am Wochenende Kräfte benötigt bei Demonstrationen oder Fußballspielen, wie ich schon angedeutet habe,

Auch die Aufklärungsarbeit - jeder, der Kriminalfilme gesehen oder Romane gelesen hat, wird es wissen - macht es erforderlich, bei schweren Straftaten, Mordtaten, Sexualdelikten und natürlich auch an Wochenenden so weiter über die reguläre Dienstzeit hinausgehend zu arbeiten. Jede Soko hört nicht um 16 Uhr auf zu arbeiten.

In all diesen Fällen werden von der Polizei oder von der Feuerwehr hoch motiviert Überstunden geleistet. Aktuell sind es bei der Polizei 330 000 Überstunden, pro Mitarbeiter durchschnittlich 150 Überstunden! Bei der Feuerwehr sind es 60 000 Überstunden mit jeweils steigender Tendenz.

Viele dieser Überstunden haben ihre Ursachen in der zu geringen Personalausstattung. Weniger Mitarbeiter im Dienst bedeutet automatisch mehr Dienst für den einzelnen außerhalb der Dienstzeit.

Meine Damen und Herren, mit dem vorhandenen Personal kann weder die Polizei noch die Feuerwehr ihren Dienstaufgaben gerecht wahrnehmen. Die Mitarbeiter - und das kann ich Ihnen versichern, da komme ich wieder auf den Personalrat zurück, Herr Dr. Güldner - würden im Interesse ihrer Familien und auch ihrer Freizeitgestaltung im Übrigen am liebsten ihre Überstunden in Freizeit

ausgleichen. Das ist jedoch aufgrund der prekären Personalsituation weder bei der Polizei noch bei der Feuerwehr möglich. Deshalb steigen diese Überstunden weiterhin kontinuierlich an.

Um es deutlich zu sagen: Der öffentliche Arbeitgeber nimmt sehr gern die Arbeitszeit und die Arbeitskraft seiner Mitarbeiter außerhalb der regulären Dienstzeit in Anspruch. Wenn es aber darum geht, dies auszugleichen, verhält er sich ausgesprochen unsozial. In jeder Privatfirma wäre das ein Skandal, den Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, zu Recht kritisieren würden. Völlig klar und auf der Hand liegend ist auch, dass mit diesem Verhalten die vorhandene Motivation der Mitarbeiter nicht gerade gefördert wird.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb den Senat und die Koalition auf, sowohl im laufenden Haushalt als auch bei der Haushaltsplanung für 2016/2017 Mittel in Höhe von 300 000 Euro pro Jahr für die Polizei Bremen und 50 000 Euro für die Feuerwehr Bremen zur Bezahlung dieser Überstunden zur Verfügung zu stellen. Nur auf diesem Weg ist ein Abbau der Überstunden möglich und auch die Motivation der Mitarbeiter zu erhalten.

Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu! Den Antrag der Fraktion DIE LINKE lehnen wir mit Hinweis auf das Haushaltsnotlageproblem Bremens ab. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Zicht.

Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Polizei ohne Überstunden kann es nicht geben und wird es nicht geben. Immer wieder kommt es zu unvorhergesehenen Großeinsätzen, sei es hier in Bremen oder in anderen Bundesländern. Die vielen Beispiele allein aus dem Jahr 2015 wurden teilweise schon angedeutet: Der Anti-Terroreinsatz, die Werder-Heimspiele gegen Frankfurt und Mönchengladbach, der sogenannte Tag der Patrioten, der auf einmal nach Bremen schwappte, der G-7-Gipfel auf Schloss Elmau, die Pegida-Aufmärsche in ganz Deutschland nebst den bürgerlichen Gegendemonstrationen.

So normal einerseits Überstunden für Polizisten sind, so sind sie andererseits doch immer wieder eine große Zumutung für die betroffenen Beamten. Allzu oft fällt ein als frei eingeplantes Wochenende plötzlich weg. Wenn dann kein zeitnaher Freizeitausgleich stattfindet, ist die Belastungsgrenze der Beamten im Schichtdienst schnell erreicht. Das kann uns nicht gleichgültig sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Man sollte beim Thema Überstunden aber nicht außer Acht lassen, dass es sich dabei um Zeitguthaben handelt, die keineswegs nur durch Mehrarbeit entstanden sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, was der Rechnungshof zum Thema Polizeisport in seinem jüngsten Jahresbericht geschrieben hat. Darin geht es um den sogenannten Nachweis der körperlichen Leistungsfähigkeit. Diesen Nachweis der körperlichen Leistungsfähigkeit muss jeder Bremer Polizist, sofern er im Vollzugsdienst tätig ist, alle zwei Jahre neu erbringen. Das ist Vorschrift. Als Belohnung für die bloße Einhaltung dieser Vorschrift erhält der Polizist auf seinem Arbeitszeitkonto alle zwei Jahre eine Gutschrift in Höhe von 24 Stunden. Wenn man das auf alle Polizeivollzugskräfte hochrechnet, kommt man auf knapp 30 000 Überstunden pro Jahr, die sich allein durch diese Regelung ergeben, ohne dass tatsächlich auch nur eine einzige Minute zusätzlich gearbeitet wurde.

Der Rechnungshof hält das für inakzeptabel. Es handele sich, so der Rechnungshof, um eine nicht vertretbare Besserstellung von Polizisten gegenüber anderen Beamten. Dazu sage ich: Recht hat der Rechnungshof!

(Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hinners zu?

Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen): Ich dachte zwar eigentlich, man würde „Welpenschutz“ in seiner ersten Rede genießen, aber ich lasse die Zwischenfrage gern zu.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Hinners!

Abg. Hinners (CDU): Herr Zicht, ich garantiere Ihnen, Sie genießen das selbst bei dieser Frage! Sie wissen doch aber auch, dass die Vorbereitung auf die Sportprüfung - Sie haben eben diesen Hintergrund vorgetragen, nämlich dass Polizisten alle zwei Jahre eine Sportprüfung nachweisen müssen - häufig in der Freizeit stattfindet. Daher ist diese Gutschrift durchaus nachvollziehbar, oder?

Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen): Ich weiß sehr wohl um die Umstände, die auch in dem Bericht des Rechnungshofs diskutiert werden.

(Abg. Hinners [CDU]: Sie haben es nur unterlassen, darauf hinzuweisen!)

Der Rechnungshof kennt die Argumente auch und ist trotzdem zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht gerechtfertigt sei, weil letztlich jeder Arbeit-

nehmer dafür verantwortlich ist, die entsprechende körperliche Leistungsfähigkeit herzustellen, mit der er seinen Beruf ausüben kann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abg. Hinners (CDU): Nein, danke! Welpenschutz!

(Heiterkeit)

Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen): Hinzu kommt aber, dass jeder Beamte im Vollzugsdienst die Möglichkeit hat, jeden Monat vier Stunden Sport auch in der Dienstzeit zu treiben. Der Rechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Arbeitszeiterfassung der Polizeibeamten gar nicht überprüft werde und der Rechnungshof weist darauf hin, dass die vier Stunden Dienstsport bis vor Kurzem auch für Aktivitäten mit Wellness-Charakter genutzt werden konnten, unter anderem für Entspannungsübungen wie - ich zitiere - lachen, richtig essen und Kurzschlaf.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles sehr wichtig!)

Apropos Schlaf: Wenn Bremer Polizisten bei Einsätzen in anderen Bundesländern übernachten müssen, das kommt bei Großeinsätzen relativ oft vor -, bekommen sie teilweise auch ihre Ruhezeiten als Arbeitszeit gutgeschrieben. Acht Stunden Schlaf werden umgerechnet in eine Stunde Arbeitszeit. Von so einem Privileg können andere Menschen, die sich auf Dienst- oder Geschäftsreise befinden, wirklich nur träumen. Manch anderes Bundesland ist übrigens strenger als Bremen und rechnet diese Ruhezeiten gar nicht an. Auch das ist Teil der Wahrheit. Es ist also mitnichten so, dass man von der hohen Zahl an Überstunden zwangsläufig auf Überlastung oder einen zu geringen Personalbestand schließen muss, wie Sie es in Ihrem Antrag tun.

Dennoch sind wir uns wahrscheinlich einig: 330 000 Überstunden bei der Polizei Bremen sind natürlich viel zu viel. Davon müssen wir herunterkommen, aber das geht nur langfristig. Im Koalitionsvertrag haben wir eine Erhöhung der Personalzielzahl auf 2 540 vereinbart; mit dieser Zahl wird der Senator für Inneres so auskommen müssen, dass die Überstunden abgebaut werden, und wir sind überzeugt davon, dass das auch machbar ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Der Senator wird dabei aber auch zu erwägen haben, ob er organisatorische Maßnahmen treffen sollte, wie sie beispielsweise vom Rechnungshof

angemahnt werden, auch und gerade im Interesse der Einheiten, die tatsächlich hoch belastet sind und dringend Entlastung brauchen. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Polizei Bremen schiebt inzwischen die gesamte Belegschaft mit 2 500 Beschäftigten 3 300 Überstunden vor sich her, das ist bekannt. Vor drei Jahren waren es übrigens erst 2 600 Überstunden, und auch das war eigentlich schon zu viel. Wenn man die Zahlen einmal herunterrechnet, bräuchten einzelne Polizeibeamte rein rechnerisch ein halbes Jahr nicht zum Dienst zu erscheinen, um die aufgelaufenen 800 Überstunden, die bei der Polizei nicht ausbezahlt werden, in Freizeit auszugleichen.

Wir sind der Meinung, dass der Senat als Dienstherr damit auch systematisch gegen die geltenden Arbeitszeitverordnungen verstößt und seinen Beschäftigten in diesem Bereich eigentlich - wenn man es zusammenrechnet - rund 6,6 Millionen Euro für nicht ausbezahlte Überstunden schuldet.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern, Herr Zicht, muss ich Ihre Berechnung einmal ein wenig korrigieren.

Man kann vielleicht darüber streiten, inwieweit die Zeiten für den Dienstsport als Überstunden anzurechnen sind. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass die Vollzugsbeamten sowohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr physisch topfit sein müssen und das durchaus zu ihrer Arbeitsplatzbeschreibung gehört. Es ist auch noch etwas anderes, als wenn ich im Büro sage, ich muss jetzt einmal schauen, dass ich nachmittags einmal Rückengymnastik betreibe, weil ich sonst meinen Rücken belastet.

Ich finde, so fair müssten Sie auch zugestehen, dass die physische Fitness und die hohen Anforderungen an den Vollzugsdienst in beiden Bereichen - sowohl bei der Feuerwehr als auch bei der Polizei - auch bestimmte Voraussetzungen erfordern, und ich denke, dass es nicht gerechtfertigt wäre, dies allein auf die Freizeit der Beschäftigten abzuschieben.

(Beifall DIE LINKE, CDU, FDP)

Im Übrigen wird viel über die Überstunden bei der Polizei diskutiert. Wenn ich es richtig in Erinne-

rung habe, entstehen sie in den wenigsten Fällen durch die Großereignisse, durch diese natürlich auch, aber die Überstunden kommen vor allem durch die Belastungen bei der Kriminalpolizei und auch im Einsatzdienst zusammen und das deutet schon auf eine zu dünne Personaldecke hin.

Die Polizei kann ihre Beschäftigten aktuell nicht auszahlen, ein sogenanntes Abfeiern der Überstunden ist regelmäßig nicht möglich, denn dann würde schlichtweg der Polizeidienst zusammenbrechen. An dieser Situation müsste eigentlich dringend etwas geändert werden, und dazu gehört unserer Meinung nach eine realistische Berechnung des Personalsolls, die meines Erachtens nicht darauf basieren darf, dass Beamtinnen und Beamte unbezahlte Überstunden leisten müssen. Die Gründe für die Situation sind hier schon oft debattiert worden, und wir erwarten vom Senator für Inneres, dass er mit dem Personalrat der Polizei und den zuständigen Gewerkschaften die Verhandlungen aufnimmt, um eine nachhaltige Lösung zu finden.

Der Vorschlag der CDU, in einem ersten Schritt 300 000 Euro zur Vergütung der geleisteten Überstunden vorzuhalten, ist zwar erst einmal richtig, allerdings wird die grundsätzliche Problematik damit nicht hinreichend gelöst. Herr Hinners, ich frage mich auch ganz ehrlich, wie Sie auf die Summen von 300 000 Euro und 50 000 Euro gekommen sind, denn die GdP hat den Wert der Überstunden mit 6,6 Millionen Euro berechnet, und wenn man die 3 300 Überstunden mal 20 Euro pro Stunde nimmt, kommt man auch in der Tat zu dieser Summe. Ihre Zahlen erscheinen mir also etwas willkürlich.

Das vorgelagerte Problem ist tatsächlich, dass die Personalzielzahlen - wenn sie denn ausreichen - auch nicht erlangt werden können, weil die Anzahl der Anwärterinnen und Anwärter eigentlich dauerhaft nach oben angepasst werden müsste, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei der Feuerwehr Bremen ist das Problem ähnlich vorhanden - der CDU-Antrag liegt aber auch da falsch. Es gibt zwar viele Überstunden, dort wird es jedoch anders gelöst. Bei den Beschäftigten der Feuerwehr wird die Mehrarbeitsvergütungsverordnung nach Aussagen des Personalrats umgesetzt, die Überstunden bei der Feuerwehr werden bezahlt. An dieser Stelle ist Ihr Antrag leider sehr unscharf.

Das Grundproblem bei der Feuerwehr, auch hinsichtlich deren Personalaufstellung, ist allerdings gelichwohl vergleichbar mit der Situation bei der Polizei: zu wenig Personal, zu niedrige Zielzahlen und eine zu geringe Anzahl der Anwärterinnen und Anwärter, vor allen Dingen in der Vergangenheit. Diese müsste auch dringend verstetigt wer-

den, denn dort ist die Ausbildung auch eine hoheitliche Aufgabe, und wenn wir das Personal-Gap durch Pensionierungen erreichen, können wir einfach keine Quereinsteiger einstellen.

Wir sind der Meinung, dass die Überstunden im kommenden Doppelhaushalt 2016/2017 berücksichtigt werden müssen, in erster Linie allerdings bei den Personalzielzahlen und vor allen Dingen bei der Anzahl der einzustellenden Anwärterinnen und Anwärter für beide Bereiche. Es kann unseres Erachtens nicht sein, dass zwei große Bereiche des öffentlichen Dienstes, Polizei und Feuerwehr, geltende Arbeitszeitregelungen regelmäßig nicht einhalten.

3 330 Überstunden allein bei der Polizei bedeuten in der Tat ein massives Problem, das man so nicht achselzuckend hinnehmen kann.

(Beifall DIE LINKE)

Auch die Tatsache, dass die wöchentliche Arbeitszeit bei der Feuerwehr im Grunde über der EU-Verordnung liegt beziehungsweise das auch nicht mit entsprechendem Personal hinterlegt worden ist, kann man eigentlich so auch nicht hinnehmen.

Wir finden, dass der Antrag der CDU die zugrunde liegenden Probleme nicht hinreichend beleuchtet, und haben deswegen einen entsprechenden Änderungsantrag erstellt, mit dem wir schlichtweg erreichen wollen, dass die Mittel für die Überstunden dem Grunde nach in den Haushalt eingestellt werden, solange die Überstunden nicht durch Freizeit abgegolten werden können.

(Beifall DIE LINKE)

Viel lieber ist uns jedoch - das gebe ich an dieser Stelle zu -, dass man tatsächlich einmal konsequente Personalberechnungen durchführt und die Zielzahlen nicht nur auf dem Papier entwirft, sondern auch dergestalt, dass man diese Zielzahlen wirklich erreichen kann, dass also Bremen in den beiden Bereichen überhaupt genügend ausgebildet, denn wenn sich daran nichts ändert, wird der Innensenator seiner Verpflichtung bei der Ausbildung künftiger Polizisten und Feuerwehrleute tatsächlich nicht gerecht werden und damit auch der Verantwortung für sein Ressort und beider Arbeitsbereiche. - Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Beschreibung der Situation haben alle recht, wir stimmen dem Sachverhalt auch zu. Polizei und Feuerwehr

schieben einen zu großen Berg von Überstunden vor sich her. Das, denke ich, ist erst einmal der Fakt, und die Frage ist, wie damit umgegangen werden soll.

Die CDU schlägt vor, dem mit finanziellen Zuweisungen zu begegnen. Wer die heutigen Debatten aufmerksam verfolgt hat - und, ich bilde mir ein, das habe ich heute getan -, der hat in dem eben zuvor behandelten Tagesordnungspunkt, als es um die Steuererhöhungen ging, gehört, dass die CDU zunächst einmal einen Kassensturz möchte, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden. Daher ist jetzt dieser Antrag der CDU dann etwas überraschend, um nicht zu sagen, unpassend.

(Beifall SPD)

Im Übrigen will ich auch noch einmal sagen, weil hier ja so gern der Vergleich angestellt wird mit den Privatfirmen, und man müsste eigentlich Rückstellungen bilden, das ist von Ihnen ja auch gekommen: Das wäre alles auch gut und schön, wenn wir mit unserer Haushaltsführung endlich bei der Doppik angelangt wären. Solange wir aber mit der Kameralistik leben, müssen diese Rückstellungen eben genau nicht gebildet werden! Ich wäre sehr dafür, wenn wir einmal mehr Anstrengungen unternehmen und hier unsere Verfahren insgesamt ändern, das würde uns einige Probleme ersparen, dieses hätte es uns dann nicht beschert.

Nun haben wir jedoch das Problem. Ich sage Ihnen ganz offen, und ich will das überhaupt nicht beschönigen, ich sehe nicht - und das gilt auch für meine Fraktion -, dass wir im Jahr 2015 hier Abhilfe schaffen können. Das heißt, was den Antrag der CDU, Position eins und zwei, glaube ich, angeht, dass wir das in diesem Jahr mit diesem Haushalt nicht leisten können, und es ist auch - bitte entschuldigen Sie! - absurd, wenn man mitgeteilt bekommt, wie die Haushaltsrisiken insgesamt aussehen, trotzdem noch eine weitere Ausgabe aufschlagen zu wollen, deshalb werden wir diesem Teil nicht zustimmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Bezogen auf den weiteren Punkt der die Frage betrifft, wie es denn in den Haushalten der Jahre 2016 und 2017 aussehen wird, da bin ich aber nun entschieden dagegen, dass wir hier jetzt die Haushaltsberatungen vorwegnehmen. Ich finde es richtig, dass man in den Haushaltsberatungen prüfen muss, ob die Zielzahlen stimmen, ob die Ausbildung entsprechend organisiert ist, und dann müssen wir schauen, wie wir mit diesem vorhandenen Personal zu einem Abbau, zumindest aber einem Stopp des Aufbaus kommen können.

(Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Herr Liess, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Abg. Liess (SPD): Ja, gern!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Wie bewerten Sie die Tatsache, dass der Innensenator in seiner Vorlage für die letzte Haushalts- und Finanzausschusssitzung ganz klar und eindeutig gesagt hat - er hat seinen Etat um 87 Stellen überzogen, die er nach der PEP-Quote hätte abbauen müssen -: Sollte es dazu kommen, dass er diese Stellen abbauen müsse, dann sehe er die Sicherheit Bremens in Gefahr. Wie bewerten Sie das? Sie müssen das in der Haushaltsaufstellung doch irgendwie berücksichtigen?

Abg. Liess (SPD): Ja, natürlich muss das bewertet werden, klar!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: So eine Ansage habe ich noch nie in einer Haushaltsvorlage gesehen!)

Sie wissen aber auch, wie Haushaltsaufstellungen verlaufen und welche taktischen Spielchen Senatoren untereinander treiben.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ja, aber nichtsdestotrotz ist das ein Novum gewesen in einer Vorlage für den Haushalts- und Finanzausschuss! - Abg. Kastendiek [CDU]: Dann war das Taktik!)

Ich will mich überhaupt nicht der Debatte entziehen, darum geht es nicht. Es ist auch klar, dass wir hier insgesamt ein Problem haben. Nur lösen wir das Problem für 2015 nicht. Für den nächsten Doppelhaushalt müssen wir es angehen. Für mich ist das Gegenstand der zukünftigen Haushaltsberatungen.

Im Übrigen könnte sich für die Polizei eine Finanzierungsquelle erschließen, wenn die DFL die an sie gestellte Rechnung für die Risikospiele bezahlen würde.

(Beifall SPD)

Ich kann mir vorstellen, dass man einen Teil dieser Gelder dafür nutzen kann, insbesondere weil auch dafür Überstunden anfallen, aber das müssen wir diskutieren.

Im Kern heißt das: Wir sehen nicht, 2015 eine Lösung herbeiführen zu können. Die Probleme der Jahre 2016 und 2017 müssen in den Haushaltsberatungen gelöst werden. Daher lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion, aber auch den der Fraktion DIE LINKE heute ab.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als Nächster erhält der Abgeordnete Zenner das Wort.

Abg. Zenner (FDP)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Überstunden, die bei der Polizei und bei der Feuerwehr angefallen und offenbar immer noch nicht durch Freizeitausgleich oder durch Zahlung ausgeglichen worden sind, sind gegenüber den Beamtinnen und Beamten auch aus dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht eine starke Nummer. Hier hätte ich mir von der Regierungskoalition mehr Richtung erwartet und auch schon in der Vergangenheit mehr erwartet, wie man dieser Problematik Herr werden kann. Es wurde schon gesagt: In der freien Wirtschaft wäre das ein eigentlich nicht haltbarer Zustand.

Was den Antrag der CDU-Fraktion betrifft, habe ich wie meine Vorredner Schwierigkeiten, das Zahlenmaterial einzuordnen. Ich befürchte auch, wenn man dem Antrag so stattgeben würde, würde man in der Sache nichts verändern. Viele haben hier in den Debattenbeiträgen gesagt, wo verschiedene Stellen sind, die man vielleicht nachbessern und weiter beleuchten müsste. Daher ist mir zum Beispiel nicht klar, auf welchen Zeitraum sich diese Überstundenanhäufung bezieht. Mich würde interessieren, in welchen Bereichen der polizeilichen Arbeit und der Feuerwehrarbeit diese Überstunden besonders anfallen. Mich würde interessieren: Wo kann man mit Freizeitausgleich agieren? Dafür fehlt mir eine richtig konkrete Aussage.

Wir haben es für erforderlich gehalten, wie auch die CDU-Fraktion, dass die Anzahl der Beschäftigten auf 2 600 erhöht werden muss. Das ist auch unsere Forderung.

(Beifall FDP)

Nur allein 60 Beamtinnen oder Beamte mehr zu verlangen, muss nicht unbedingt ein ganz anderes Ergebnis hervorrufen. Auch dies müsste gesondert geprüft werden.

Mich interessiert darüber hinaus auch: Ist es denkbar, Grenzen für Überstunden einzuführen und zu sagen, bei 200 oder 250 Überstunden ist Schluss? Ich habe mich mit Beamten unterhalten, die über 500 Stunden haben. Ich könnte mir auch Überlegungen dahingehend vorstellen: Wann soll mit einem Freizeitausgleich oder mit einer Zahlung spätestens begonnen werden? Könnte nicht der Dienstherr verpflichtet werden, Überstunden nicht jahrelang oder jahrzehntelang quasi bis zur Pensionierung auflaufen zu lassen, sodass der Beamte glaubt, zwei Monate früher in Pension zu gehen, um die Zeitstunden abzubauen? Man könnte überlegen, auf den Dienstherrn etwas Druck auszuüben, diese Überstunden nicht permanent auflaufen zu lassen.

Mir wurde von der Polizei berichtet, dass besonders im Sommerhalbjahr Überstunden auflaufen. Dies könnte mit daran liegen, dass zum Oktober die Einstellungen erfolgen. Man könnte darüber nachdenken, zweimal im Jahr einzustellen, um dieses Sommerloch mit abzufangen.

Wir plädieren dafür, sich auch mit den anderen Fragestellungen, die die Kollegen hier aufgeworfen haben, noch einmal detaillierter zu beschäftigen, um zu sehen, wo kann vielleicht doch ein Teil der Überstunden eingespart werden? Wie können durch eine kontinuierliche Anhebung des Personalbestandes in Richtung auf 2 600 Beamtinnen und Beamte quasi gleichlautend Überstunden ausgezahlt, Freizeitausgleich genommen und für die Zukunft - das ist das Wichtige - der Anfall weiterer Überstunden abgebaut werden? Es bringt nichts, wenn wir einfach nur Geld für Überstunden ausschütten, quasi noch mehr bezahlen, als normalerweise für die Beamtinnen und Beamten zu bezahlen wäre. Dann könnten wir auch gleich dazu übergehen, weitere Beamtinnen und Beamte einzustellen. Unser Vorschlag wäre, sich in diese Richtung weiter Gedanken zu machen. Es wäre denkbar, wenn Herr Liess das für 2016/2017 weiter ins Auge gefasst haben möchte, dass wir das dann etwas konkreter fassen könnten.

Wir werden uns heute bei der Abstimmung diesen Antrag enthalten. Wir halten es für sinnvoll, den hier aufgeworfenen Fragen im Parlament in den nächsten Monaten weiter nachzugehen und zu überlegen, was wir in den Jahren 2017, 2018 und 2019 machen können. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Zicht.

Abg. Zicht (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hohe Zahl an Überstunden bei der Polizei, über die wir heute reden, ist kein neues Phänomen. Im Mai 1998 lag die Zahl der Überstunden der Polizei Bremen bei 99 409. Von 1998 bis Oktober 2007, also in der Zeit der CDU-Innensenatoren Borttscheller, Schulte, Böse und Röwekamp, wuchs der Berg auf 283 258 Überstunden an.

Hätte Rot-Grün von 2007 bis heute in diesem Tempo weitergemacht, das die CDU vorgelegt hat, wären wir heute bei circa 440 000 Überstunden angelangt. Das sind wir zum Glück nicht. Wir liegen aktuell um ein Viertel darunter. Nun erfüllt es uns noch lange nicht mit Stolz, nur weil wir in einer Sache weniger schlecht sind als die CDU. Vielleicht aber sollten diese Zahlen Sie, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, ein wenig Zurückhaltung lehren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In dem Antrag der CDU-Fraktion geht es nicht nur um die Überstunden bei der Polizei, sondern auch um die der Feuerwehr. Es macht aber keinen Sinn, beides in einen Topf zu werfen. Bei der Feuerwehr reden wir in erster Linie nicht von angeordneter Mehrarbeit, die aufgrund von Einsätzen erforderlich geworden ist, sondern hier haben sich dankenswerterweise fast alle Beschäftigten bereit erklärt, freiwillig bezahlte Mehrarbeit zu leisten, um die bestehende Personallücke auszugleichen.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Um die EU- und Arbeitsschutzrichtlinie einzuhalten! Auch deswegen!)

Auch deswegen! Hier muss es gelingen, durch das neue Brandschutzkonzept und den damit verbundenen erhöhten Personalfaktor die Überstunden mittelfristig abzubauen.

Für Polizei und Feuerwehr gilt: Bestehende Überstunden sind in erster Linie durch Freizeitausgleich abzubauen. Wenn dies nicht gelingt, wurden Überstunden in der Vergangenheit, wann immer es im Haushalt darstellbar war, teilweise auch ausbezahlt. Das wollen wir gern weiterhin so handhaben. Aktuell steht dafür aber leider kein Geld zur Verfügung.

Die CDU und DIE LINKE können im Rahmen der Haushaltsberatungen ja gern ihre Anträge wieder hervorholen und dann bitte schön dazusagen, woher wir das Geld nehmen sollen. Denn wer mehr Geld für Polizei und Feuerwehr in die Hand nimmt, der muss andere Bereiche gleichzeitig weniger gut stellen. Welche Bereiche sollen das denn sein?

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Man kann ja auch einmal die ganze Sanierungsvereinbarung infrage stellen!)

Zweifelsohne leisten Polizei und Feuerwehr wichtige und unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwesen und verdienen unsere Anerkennung, aber damit sind Sie eben nicht die Einzigen. Man könnte nun beispielsweise auch fragen, wo denn der Antrag bleibt, die vielen Überstunden all jener Bediensteten auszubehalten, die seit Monaten weit über jede Belastungsgrenze hinaus im Einsatz sind, um die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In Wahrheit geht es der CDU hier doch um Klientelpolitik und Effekthascherei, daher werden wir ihren Antrag ablehnen.

Für den Änderungsantrag der LINKEN gilt im Ergebnis das Gleiche. Dass Sie bei diesem Thema die Auseinandersetzung mit lieb gewonnenen Privilegien der Polizei scheuen, nehme ich zur Kenntnis. Ob das für eine Fraktion mit Ihren sozial- und innenpolitischen Überzeugungen eine angemessene Einstellung ist, müssen Sie für sich selbst entscheiden. - Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Hinners das Wort.

Abg. Hinners (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zicht, mir fällt auf, dass Sie hier vornehmlich versuchen, Fakten ins Gespräch zu bringen, ohne den gesamten Sachzusammenhang darzustellen. Ich will Ihnen dazu drei Beispiele nennen: Sie haben gerade in ihrem zweiten Beitrag angeführt, wie hoch die - -

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen)

Hören Sie mir zu?

(Abg. Güngör [SPD]: Ich höre Ihnen zu!)

Sie haben eben in Ihrem zweiten Beitrag vorgelesen, wie sich die Überstunden seit 2007 entwickelt haben, Sie haben aber den Hinweis unterlassen, dass das ganz entscheidend darauf zurückzuführen ist, dass vor dem Jahr 2007, nämlich in der Zeit zwischen 2004 und 2006, eine Polizeireform durchgeführt worden ist, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass der Überstundenberg nicht in dem Maße zugenommen hat, wie es vorher der Fall war. Wenn man also schon einen Vortrag hält, dann sollte man das hier - immer vorausgesetzt, dass man aufklären will! - umfangreich darstellen.

Dann haben Sie gesagt, Ihre Koalition habe jetzt beschlossen, auf 2 540 Mitarbeiter zu erhöhen. Erstens stehen diese erst in einigen Jahren zur Verfügung, und zweitens wollte selbst die SPD unserem Vorschlag und dem der LINKEN und der FDP folgen, auf 2 600 Mitarbeiter zu erhöhen. Das haben Sie, soweit mir bekannt ist, in den Koalitionsgesprächen verhindert.

Einen dritten Aspekt, den Sie auch nur teilweise richtig dargestellt haben, will ich noch anführen, nämlich wie es sich bei auswärtigen Einsätzen mit der Bereitschaftspolizei verhält. Sie haben gesagt, die Polizisten würden selbst dann eine Stunde gutgeschrieben bekommen, wenn sie schliefen. Das ist richtig, aber sie haben während der Zeit auch Bereitschaft und wissen gar nicht, ob sie vier, fünf, sechs oder acht Stunden schlafen können, weil sie permanent gerufen werden könnten und sofort in den Einsatz müssten. Ich bitte Sie

schon darum, in Zukunft etwas ausgewogener vorzutragen, denn sonst würden wir hier in Zukunft relativ heftige Debatten bekommen, und dann ist es mit dem Welpenschutz schnell zu Ende!

(Heiterkeit)

Frau Vogt, Sie haben gesagt, bei der Feuerwehr werde ausbezahlt. Das ist richtig, aber Sie wissen auch, warum. Es gibt nämlich ein Urteil, wonach zur Aufrechterhaltung des Dienstes bei der Feuerwehr zwangsläufig bezahlt werden muss, sonst würde sie nämlich ihre Dienstpläne gar nicht mehr hinbekommen. Insofern ist es keine freiwillige Zahlung, die dort geleistet wird, sondern eine, die aufgrund eines Urteils und der Dienstplangestaltung gar nicht anders möglich ist.

Herr Liess, es ist ja wunderschön, dass Sie darauf hinweisen, die Haushaltsberatungen stünden bevor. Das wissen wir alle, aber Sie hätten jetzt natürlich auch einen Hinweis geben können, dass Sie oder Ihre Fraktion sich in den Haushaltsberatungen massiv dafür einsetzen würden, um diesen von Ihnen als sehr groß dargestellten Überstundenberg abzubauen. Das haben Sie unterlassen, und damit haben Sie eigentlich schon einen Hinweis gegeben, dass sie das eigentlich nur auf die lange Bank schieben wollen, das ist für mich daraus ganz klar erkennbar gewesen.

Herr Zenner, Höchstgrenzen für Überstunden einzuführen, da sind sie aber sehr schnell an der Grenze der Einsatzfähigkeit der Polizei, wenn Sie sagen, da war zwar ein Mord, und es gibt Mitarbeiter bei der Mordkommission, aber Überstunden dürften diese jetzt nicht mehr machen. Das erklären sie einmal einem Vorgesetzten bei der Polizei! - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Frau Vogt das Wort.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hinners, die Situation bei der Feuerwehr ist mir hinlänglich bekannt, das wissen Sie, ich habe es in den letzten vier Jahren genügend thematisiert, aber deswegen habe ich auch gesagt, dass Ihr Antrag insoweit sehr unscharf ist. Man müsste tatsächlich sagen, dass erstens die Zielzahlen völlig unzureichend sind und zweitens die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter erhöht werden muss, um überhaupt einmal angemessene Zielzahlen zu erreichen. Wenn man sich die Personaldaten ansieht und das Personaldelta hochrechnet, weiß man, dass wir in zwei bis drei Jahren wirklich in gefährliches Fahrwasser kommen.

Wir haben hier die Diskussion über das Brandschutzkonzept geführt, das in zwei Bereichen unter dem Bundesdurchschnitt liegt, nämlich sowohl hinsichtlich der zeitlichen Zielzahlen als auch der Personalzielzahlen. Wir haben hier oft genug Debatten veranlasst, Herr Hinners, und die Struktur der Feuerwehr in Bremen zum Thema gemacht, ob wir neue Wachen brauchen et cetera. Das alles haben wir hier diskutiert, und deswegen haben wir gesagt, an dieser Stelle einen Antrag mit dem Thema Überstunden einzubringen, das ist das falsche Mittel, denn dann müsste man tatsächlich in den Haushaltsberatungen ausrechnen, wann welche Kollegen in Pension gehen und wie die Zielzahlen sein müssten, wir also in diesem und im nächsten Jahr die entsprechende Zahl Anwärter bräuchten. Das haben wir im Übrigen mit der Polizei genauso gemacht, wenn Sie sich erinnern: Schon in den Haushaltsberatungen 2011 haben wir hochgerechnet, wir bräuchten eigentlich 120 Anwärter pro Haushaltsjahr, und das haben wir dementsprechend auch immer beantragt.

Herr Zicht, Sie können sich darauf verlassen, dass wir eigentlich für jeden Bereich hier in Bremen entsprechende Anträge stellen, nicht nur, was die Überstunden angeht, sondern vor allem, was die Zielzahl angeht und wie man sie erreicht. Sie waren in den letzten vier Jahren nicht im Parlament, aber wir haben uns hier über alle Bereiche erbittert gestritten, über die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher, über die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer, und wir werden immer sehr genau rechnen, was geht, was nicht geht und was eigentlich sein müsste.

Ich kann ihn auch gern einmal erzählen, was Sie von uns in den Haushaltsberatungen zu erwarten haben: Wir schauen uns die Gesetze und Verordnungen an und rechnen dann einmal den Ist-Zustand in Bezug auf den Zustand hoch, wie er eigentlich sein müsste. Deswegen habe ich auch gesagt, der Antrag ist mir eigentlich zu ungenau. Warum und wofür 300 000 Euro, wenn man eigentlich die Grundstruktur verändern muss? Die Grundstruktur müsste eigentlich so aussehen, dass man sich ansieht, wie Polizei und Feuerwehr eigentlich aufgestellt sein müssten, damit tatsächlich alles gewährleistet ist. Das ist im Übrigen auch eine soziale Frage und nicht abwegig, denn natürlich ist die Frage der Sicherheit auch gerade in Bereichen berührt, wo die Menschen sich vielleicht selbst nicht so schützen können.

Wir haben hier während der Diskussion über das Thema Einbruch/Einbruchdiebstahl darüber gesprochen, dass natürlich Einbrüche in bestimmten Stadtteilen vermehrt stattfinden, weil dort die Armut größer ist und die Menschen nicht mehr so mobil sind. Es ist nicht mehr so, wie man sich das in den Siebzigerjahren im „Tatort“ gedacht hat, dass irgendwelche Leute mit schwarzer Maske in

irgendein Auto steigen und in irgendein Villenviertel fahren, sondern sie gehen an Orte, die sie noch erreichen können. Das ist in erster Linie ihre Nachbarschaft.

Natürlich haben wir hier auch schon diskutiert, dass insbesondere dies dazu führt, dass in den wohlhabenderen Stadtteilen die Häuser besser abgesichert sind, weil die Menschen das Geld haben, um Ihre Immobilie mit entsprechenden Vorrichtungen zu schützen, während sie es in anderen Stadtteilen nicht sind. Daher ist es überhaupt keine Frage, von der man jetzt sagen kann, sich dafür einzusetzen, dass die Polizei gut aufgestellt ist, das habe mit sozialen Aspekten nichts zu tun. Diesen Einwand habe ich jetzt ehrlich gesagt überhaupt nicht verstanden. Das können Sie mir aber noch einmal beim Kaffee erklären.

Herr Liess, das kennen wir ja: Stellen wir solche Anträge vor den Haushaltsberatungen - -. Dieses Mal war es die CDU, ich fand den Antrag wie gesagt inhaltlich nicht vorbereitet, aber wir haben das ja durchaus auch einmal gemacht, wir haben darauf hingewiesen, die Anwärter bei der Feuerwehr sind zu wenig, wir brauchen eigentlich 80 pro Jahr, wenn ich mich richtig erinnere - nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zahl fest! -, aber ich meine, so war es, und so wird es wahrscheinlich auch immer noch sein, und Sie haben uns dann immer erzählt, es sei viel zu früh, machen Sie das doch in den Haushaltsberatungen!

Dann haben wir das in den Haushaltsberatungen gemacht. Wie Sie wissen, haben wir immer sehr genau durchgerechnet: Was geht in Bremen im Rahmen der Finanzen und der Sanierungsvereinbarungen? Dann haben Sie es abgelehnt, weil Sie gesagt haben: Wir wollen aber mit unseren Investitionen nicht den Puffer verringern, wir wollen dies nicht, wir wollen das nicht. Wir wollen natürlich die Sanierungsvereinbarung einhalten. Es gab danach wieder Probleme: Können wir die Anträge auch stellen? Dann heißt es immer: Ja, die Haushaltsberatungen sind vorüber, daran können wir jetzt nichts mehr ändern. Das ist doch im Grunde ein bisschen absurd, da hat der Kollege Hinners Recht. Sie müssen doch einmal einen Hinweis darauf geben, wie man mit den massiven Problemen in Bremen im öffentlichen Dienst, nicht nur bei Polizei und Feuerwehr, umgehen will.

Wenn ich mir insbesondere die Vorlagen ansehe, die am letzten Freitag in den Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt worden sind - ich werde meinem Kollegen Rupp nicht die Debatte am Donnerstag vorwegnehmen -, wird es auch klar: All die Haushaltsannahmen, die Sie seit 2010 antreffen, seitdem Sie versuchen, diese Sanierungsvereinbarung einzuhalten, werden jetzt reißen, und zwar früher, als Sie das gedacht haben, und auch früher, als das im Koalitionsvertrag von

Ihnen selbst zugegeben worden ist. Sie selbst haben gesagt, 2017 werde es schwierig.

Das heißt, wir sind jetzt unabhängig von dieser Polizeidebatte in einer Situation, in der wir in Bremen überlegen müssen: Wie soll es zukünftig weitergehen?

(Glocke)

Ich glaube nicht, dass es funktioniert, dieses Mantra der Sanierungsvereinbarung, der Schuldenbremse weiter aufrechtzuerhalten, ohne dass es zu signifikanten Einnahmesteigerungen kommt. Dann haben wir tatsächlich ein Problem, nicht nur in den Bereichen der inneren Sicherheit, sondern auch in vielen anderen Bereichen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Schäfer das Wort.

Abg. Schäfer (ALFA): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Überstundenkonten kennen wir auch in der Privatwirtschaft. Das ist etwas, womit ich mich etwas besser auskenne als mit dem öffentlichen Dienst. Diese Überstundenkonten haben in der Regel den Sinn, angefallene Mehrarbeit nicht auszuzahlen, weil man davon ausgeht, dass in der Zukunft bei schwankender Auftragslage weniger Arbeit anfällt und die Mitarbeiter ihre Überstunden abfeiern können. Sie sind nicht dafür gedacht, dauerhaft Unterkapazitäten zu fahren und die Lasten der Arbeit auf die Mitarbeiter abzuwälzen.

Das ist in der Privatwirtschaft auch gar nicht möglich, weil es Obergrenzen gibt. Bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist es so, dass ab einer bestimmten Überstundenzahl, ich glaube, das ist ein Konto von circa 200 Stunden, die Sozialabgaben zu bezahlen sind, weil das geschuldeter Arbeitslohn ist. Ein Unternehmen wird auch immer die Werte, die hinter diesen Überstundenkonten stehen, in den Bilanzen als Verbindlichkeit einsetzen. Das heißt: Wenn wir sagen, die Auszahlung der Überstundenkonten verschärft die Situation der Verschuldung, ist es insofern nicht richtig, als wir dieses Geld so oder so schulden.

Wenn aber Überstunden, wie ich jetzt höre, quasi seit Jahrzehnten anfallen, ohne dass sie jemals abgebaut werden, ist es eben nicht so, dass solche Überstundenkonten sinnvoll genutzt werden, um schwankende Kapazitäten auszulasten, sondern sie kaschieren eine permanente nicht ausreichende personelle Ausstattung.

Da müssen wir herangehen, wenn wir denn nicht glauben, dass nächstes Jahr oder übernächstes Jahr auf einmal in der Polizeiarbeit erheblich we-

niger Arbeit anfällt. Glauben wir das? Ich glaube, niemand von uns hält das für möglich. Deswegen ist der Schritt, den wir auf jeden Fall einleiten müssen, eine bessere Ausstattung der Polizei. Bis uns das gelingt, müssen wir die Beamten und Beamtinnen dadurch bei der Stange halten, dass wir die Mehrarbeit bezahlen. - Vielen Dank!

(Beifall ALFA)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern versuchen, die Themen ein bisschen voneinander zu lösen, und zwar zum einen die Frage der Polizei und zum anderen die Frage der Feuerwehr. Hier wurde schon angesprochen, sie sind grundverschieden.

Bevor ich auf die beiden Einzelaspekte eingehe, möchte ich mit einem Missverständnis aufräumen. Es entsteht der Eindruck, als würden wir in Bremen keine Überstunden abgelten. Das ist nicht richtig. Das ist auch bei der Polizei und der Feuerwehr nicht richtig.

Bei Polizei und Feuerwehr fallen Überstunden, fällt Mehrarbeit an. Diese wird zu einem großen Anteil abgegolten, ganz überwiegend durch Freizeitausgleich und in einem geringen Teil dort, wo das nicht möglich ist, auch bei der Polizei und sowieso bei der Feuerwehr, auch in Geld.

Es gibt - daher stammt vielleicht die Zahl 300 000 Euro von Herrn Hinners - ein zwischen dem Personalrat der Polizei und der Polizei abgestimmtes Modell, wonach durch den Einsatz von circa 300 000 Euro die Überstunden abgegolten werden, die in bestimmten Bereichen anfallen, wo die dienstliche Belastung extrem hoch ist, wo die Überstundenbelastung extrem hoch ist und wo dauerhaft keine Perspektive zum Abbau in Freizeit besteht.

Dieses Konzept mit 300 000 Euro hat der Senat in diesem Haushaltsjahr fast vollständig umgesetzt. Bis heute sind fast 300 000 Euro bei der Polizei zur Überstundenabgeltung geflossen. Insofern ist mir hier jetzt auch nicht ganz klar: Ist Ziffer eins des Antrags erfüllt, oder reden wir von weiteren 300 000 Euro?

Diese 300 000 Euro waren eigentlich gedacht, muss man sagen, um den Aufwuchs von Überstunden zu kompensieren, um sozusagen die Extremlagen aufzuheben. Das ist nicht gelungen, weil sich die Einsatzbelastung für die Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr ganz deutlich erhöht hat, was viel damit zu tun hat, dass unseren Einsatzkräfte irgendwelche Nazi-Demonstrationen im Osten besuchen mussten und Pegida und der G-

7-Gipfel in Elmau richtig viel Arbeitszeit gekostet haben. Die Einsatzbelastung der Kolleginnen und Kollegen ist deutlich gewachsen. Deshalb ist der Effekt, den wir mit den 300 000 Euro erreichen wollten, vielleicht so nicht eingetreten, aber das Geld ist ungefähr in diesem Volumen, wie in diesem Modell vorgesehen, eingesetzt worden.

Auch in dem vergangenen Haushaltsjahr 2014 sind in geringerem Maße, ich glaube, es waren 75 000 Euro oder so etwas in dieser Größenordnung, Haushaltsmittel zum Abgelten von Überstunden bei der Polizei eingesetzt worden.

Bei der Feuerwehr, um das hier gleich mit zu beantworten, ist es unscharf, hat die Kollegin gesagt. Es ist in der Tat jedenfalls missverständlich. Bei der Feuerwehr sind in 2014 670 000 Euro und in diesem Jahr 634 000 Euro zur Abgeltung von Überstunden eingesetzt worden, also deutlich mehr als 50 000 Euro. Damit gelten wir quasi den gesamten Überstundenanfall bei der Feuerwehr ab, und zwar - das stimmt! - weil wir es müssen, weil wir bei der Feuerwehr überhaupt keine Überstunden anordnen können. Die Kolleginnen und Kollegen können nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ausschließlich individuell mit ihrem Dienstherrn vereinbaren, dass sie bereit sind, mehr als 48 Stunden zu arbeiten. Nur aufgrund dieser Vereinbarung kann die 56-Stunden-Schicht bei der Feuerwehr angewendet werden. Insofern bleiben am Ende auch keine Überstunden offen, weil sich die Kolleginnen und Kollegen selbstverständlich nicht auf den Handel einlassen würden, wenn wir die Überstunden nicht bezahlen würden.

Ich mache bei der Feuerwehr weiter. Bei der Feuerwehr ist es in der Tat das Problem einer zu niedrigen Zielzahl. Wir haben das Problem, dass wir nicht genug Kolleginnen und Kollegen haben, um den Brandschutz vollständig ohne Überstunden sichern zu können. Deshalb befinden wir uns in der Situation, dass wir im hohen Ausmaß Überstunden von den Kolleginnen und Kollegen kaufen müssen. Dieser Zustand ist gegenüber den Kolleginnen und Kollegen ungünstig, er ist zur Aufrechterhaltung der Brandsicherheit ungünstig.

Wir haben deshalb im Brandschutzkonzept ausgerechnet, wie viele Feuerwehrbeamtinnen und Feuerwehrbeamte gebraucht werden, um den Brandschutz in Bremen sicherzustellen? Wir haben dabei errechnet, dass wir 490 Vollzeitäquivalente bei der Feuerwehr brauchen. Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese 490 Vollzeitäquivalente im Brandschutz zur Verfügung zu stellen, und das schon mit dem nächsten Haushaltsjahr. Dieses Problem wird angegangen.

(Beifall SPD)

Das Problem, das wir dabei rein praktisch haben, ist, dass wir die Männer und Frauen in den Dienst versetzen müssen. Sie fallen nicht vom Baum. Allerdings hat der Senat deshalb die letzte Einstellungsgröße der Feuerwehranwärter von 16 auf 32 verdoppelt und geht damit einen großen Schritt in Richtung dieser 490. Darüber hinaus hat das Innenressort mittlerweile Überlegungen angestellt, wie wir durch eine Neuaufstellung im Rettungsdienst Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr für den Brandschutz freisetzen können, das mit Kolleginnen und Kollegen, die im Moment im Rettungsdienst eingesetzt werden, im Brandschutz tätig werden und an ihrer Stelle möglicherweise ausgebildete Rettungssanitäter eingesetzt werden. Diese Überlegungen sind nicht am Ende. Ich will damit nur sagen: Wir haben Instrumente, um diese Zahl 490 bald zu erreichen. Das ist das Ziel, vor dem wir stehen.

Abg. Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Bis wir das Ziel erreicht haben, werden wir weiter Mehrarbeit von Feuerwehrmännern und Feuerwehrfrauen kaufen und bezahlen müssen.

Vizepräsident Imhoff: Herr Ehmke, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp zulassen?

Staatsrat Ehmke: Ja!

Abg. Rupp (DIE LINKE)¹⁾: Ich habe die Debatte aufmerksam verfolgt und auch Ihr Haushaltssanierungskonzept angesehen, das Sie im Rahmen der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgelegt haben. Es bleibt für mich folgende Frage: Muss sich die Bürgerschaft irgendwann im Zweifel entschließen, entweder den Sanierungspfad nicht einzuhalten oder auf Sicherheit, Ordnung und Brandschutz zu verzichten?

Staatsrat Ehmke: Das will ich nicht hoffen, das wäre ja arg ungünstig! Ich glaube das aber auch nicht. Ich habe es gerade gesagt, wir haben dargestellt, wie wir auch im Rahmen dieses Sanierungssystems den Brandschutz sicherstellen wollen, und wir haben uns entschieden. Weil ja darauf hingewiesen wurde, der Senator für Inneres habe davor gewarnt, die 87 Stellen bei der Polizei abzubauen, weil das die öffentliche Sicherheit in Bremen gefährden würde: Das ist richtig, aber wir würden dann von einer Zielzahl von 2 400 sprechen, wenn wir sie abbauen würden. Wir haben uns koalitionär aber auf eine Zielzahl von 2 540 verständigt, die also deutlich oberhalb von 2 400 liegt, und deshalb teile ich die Befürchtung nicht, die Sie im Moment haben.

Es ist natürlich so, dass die Haushaltsberatungen für die nächsten zwei Jahre sehr anstrengend und

die Prioritätensetzung in die eine oder die andere Richtung ganz schwierig werden. Wir werden uns auch im Bereich der inneren Sicherheit und im Bereich Brandschutz nach der Decke strecken müssen. Das gilt aber nicht nur für uns. Ich wäre ja froh, wenn wir die Einzigen mit Haushaltsproblemen wären, dann wäre es nämlich leichter, sie zu lösen, aber auch andere Ressorts haben diese Probleme. Insofern glaube ich nicht, dass die öffentliche Sicherheit in Bremen akut gefährdet ist, sondern ich glaube, dass unsere Sicherheitsbehörden so aufgestellt sind, dass sie den Anforderungen gerecht werden können. Ich sage aber: Ja, es ist eine Herausforderung, in den nächsten Haushaltsberatungen immer wieder dafür zu sorgen, dass es auch so bleibt!

(Beifall SPD)

Herr Hinners, die Zahl 2 540 hoffen wir im nächsten Haushaltsjahr auch real erreichen zu können. Ich weiß nicht, ob uns das gelingt.

(Abg. Hinners [CDU]: Fiskalisch oder tatsächlich?)

Fiskalisch wäre auch schön, aber tatsächlich wäre fast noch wichtiger! Nein, ich kann es aber nicht versprechen, dass wir tatsächlich die Zielzahl 2 540 erreichen, Sie haben die Zahlen ja auch. In den nächsten Jahren stehen uns erst einmal weniger Vollzugsbeamte zur Verfügung, wir haben uns vorgenommen, die Lücke ein Stück weit über die Stärkung des Nichtvollzugsdienstes zu schließen, wir müssen sehen, was möglich ist. Die Zielzahl 2 600 aber, die Sie angesprochen haben, hätten wir selbst dann, wenn wir auch noch so viel ausgebildet hätten und alles, was an Nichtvollzugsdienst bei der Polizei zu gebrauchen ist, eingestellt hätten, mit Sicherheit in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht erreichen können. Wiewohl ich persönlich Sympathie für die Forderung habe, aber bei der Bewältigung der aktuellen Problemlage Überstunden hätte uns auch nicht geholfen, sie zu erfüllen. Wir hätten dann höchstens die Mittel zur Abgeltung von Überstunden im Etat gehabt.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Aber wenn man es nicht kurzfristig lösen kann, muss man es vielleicht mittelfristig lösen! - Zuruf Abg. Hinners [CDU])

Ist ja gut, wir sind ja dabei!

In Bezug auf die Polizei will ich aber auch noch einmal sagen: Das Problem ist anders als bei der Feuerwehr. Während wir bei der Feuerwehr eine Ausrichtung haben, sie so aufzustellen, dass sie im Regelfall ohne ein größeres Überstundenvolumen auskommt, wird dies bei der Polizei nicht gelingen. Überstunden gehören zur Polizeiarbeit. Sie haben es ja richtig beschrieben, in der Mordkommission, in Sonderkommissionen insgesamt macht man nicht um 18 Uhr das Licht aus, und

wenn die Kolleginnen und Kollegen zum Einsatz gerufen werden, können wir auch nicht sagen, das Überstundenkonto ist voll, lasst sie sich allein prügeln, ihr geht jetzt wieder zurück! Das wird an der Stelle nicht funktionieren, und deshalb wird in dem Bereich weiter mit Überstunden gearbeitet.

Ich habe darauf hingewiesen, wir haben für die Extrembereiche Lösungen entwickelt, wie wir in einem gewissen Maß auszahlen und ansonsten auf Freizeitausgleich setzen, das ist immer die erste Lösung. Ich will aber auch sagen, dass Überstunden bis zu einem gewissen Maß auch „unproblematisch“ sind. Ein gewisses Maß Überstunden - wir gehen von etwa 80 aus - ist für Beschäftigte erträglich. In 40 Dienstjahren wären das ungefähr zwei Überstunden pro Dienstjahr, die sich summieren, und das würde dazu führen, dass die Pensionsgrenze um zwei Wochen früher erreicht wäre, das ist meines Erachtens erträglich.

Man muss sich ansehen, wo es Spitzen bei den Überstunden und Belastungen gibt, die nicht mehr zu ertragen sind. Es ist bei den Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei ein ernstes Problem, wenn wir ihnen Woche für Woche kein freies Wochenende zum Ausgleich anbieten können und wenn wir mittlerweile auf die sogenannten Beton-Wochenenden - Sie kennen es, das sind die Wochenenden, für die wir Freizeit garantiert haben - zurückgreifen müssen, weil wir die Einsatzbelastung nicht anders darstellen können. Hier haben wir ein Problem, für das wir Lösungen finden müssen. Ich hoffe, dass uns das auch in Zukunft gelingt, weil wir die Kolleginnen und Kollegen bei der Stange halten müssen.

Ich will vermeiden, mich jetzt intensiv auf die Frage des Sports einzulassen, denn die weitere Debatte dazu müssen wir vielleicht noch einmal im Rechnungsprüfungsausschuss führen. Ich will nur sagen, was mein Haus gegenüber dem Rechnungshof vertreten hat: Wir sind der Auffassung, dass die gegenwärtige Regelung, den Beamten eine Stunde Dienstsport sozusagen in eigener Regie zuzugestehen, richtig ist. Für Polizeibeamte sehen wir die Notwendigkeit körperlicher Fitness. Es hilft niemandem, wenn sie nicht mehr einem Dieb hinterherlaufen können. Es hilft niemandem, wenn wir sie nicht mehr in den Einsatz schicken können. Für uns ist es viel teurer, wenn wir Polizeibeamte haben, die nicht mehr voll einsatzfähig sind. Wir bezahlen sie nämlich trotzdem, können sie aber nicht in den Einsatz bringen, und deshalb ist der Erhalt der körperlichen Fitness bei Polizeibeamten für uns von ganz herausragendem und besonderem Interesse. Wir glauben, dass das Modell, das wir gefunden haben, die günstigere Lösung ist, günstiger, als wenn wir verpflichtenden Dienstsport in diesem Umfang organisieren würden, den wir nämlich vollständig bezahlen müssten.

Ich glaube, dass wir das Thema an anderer Stelle noch einmal ausführlicher diskutieren können. Am Ende muss man sehen, wie man sich dann entscheidet. Man kann es auf verschiedene Weisen organisieren, aber ich glaube, am Ende haben wir alle ein Interesse daran, fitte und leistungsfähige Polizeibeamte zu haben. Ich will es aber wie gesagt nicht vertiefen, es führt auch nur zum Teil zu diesem Überstundenproblem, da zumindest aus dem Dienstsport eigentlich keine Überstunden und keine Mehrarbeit entstehen dürfen. Jedenfalls würden sie nicht abgegolten, das kann nur bei angeordneten Mehrarbeitsstunden sein.

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich kann Ihnen nicht sagen, was die Zukunft bringt und was wir in den Jahren 2016 und 2017 realisieren können. Für die Vergangenheit kann ich allerdings sagen, bei der Polizei zahlen wir in einem gewissen Umfang, bei der Feuerwehr zahlen wir alles, und bei der Feuerwehr haben wir auch eine Lösung für die Zukunft.

Bei der Polizei - das will ich noch einmal abschließend sagen - ist das Problem, vor dem wir im Moment stehen, noch ein ganz anderes, denn deutschlandweit bestehen Schwierigkeiten, geschlossene Verbände in den Einsatz zu bringen. Herr Zicht hat den Tag der Patrioten angesprochen, ich will nur einmal auf einen Zusammenhang hinweisen: Die Hamburger haben für die Bewältigung der Einsatzlage 30 Einsatzhundertschaften angefordert und hatten eine Woche vor dem Einsatz fünf zusammen! Mit der Verlegung der Bundesbereitschaftspolizei an die österreichisch-deutsche Grenze stehen uns diese Kräfte auch nicht mehr zur Verfügung. Ich kann doch insofern nicht versprechen, dass die Zahl der Überstunden in Zukunft sinkt, ich fürchte fast, sie wird steigen, aber das Problem, das wir haben, ist vor allen Dingen, in ausreichender Anzahl Kräfte in den Einsatz zu bekommen, und das Problem hat nicht nur Bremen, sondern das Problem kommt bundesweit auf alle zu. Dafür eine Lösung zu finden, das ist noch die größte Herausforderung, vor der wir stehen. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 19/25 S

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer 19/21 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

(Dafür CDU, ALFA, Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich stelle fest - -.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Wir wollten uns noch enthalten!)

Oh ja, das ist ja nett!

(Heiterkeit)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Dann haben wir jetzt festgehalten, dass die FDP sich enthält. Ich stelle aber trotzdem fest, dass die Stadtbürgerschaft den Antrag ablehnt.

**Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 8. September 2015
(Drucksache 19/22 S)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Quante-Brandt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor Feierabend, wie ich finde, noch ein sehr schönes Thema! Draußen regnet es, und es ist relativ frisch, aber vielleicht können Sie sich noch an die heißen Tage im Sommer erinnern und wie es war, wenn wir richtig Durst hatten und ein Schluck kühles Wasser wie eine Wohltat war. Wer von Ihnen schon einmal auf Reisen war, zum Beispiel in den USA, in den Niederlanden oder in Italien, der erinnert sich vielleicht auch noch, wie schön es ist, wenn man durch die Städte geht, dort einen Trinkwasserbrunnen vorfindet und dort leckeres Wasser trinken kann.

In Deutschland sind solche öffentlichen Trinkbrunnen immer noch eine Rarität. Warum das so ist, kann man sich eigentlich gar nicht erklären, denn Deutschland hat ganz hervorragendes Trinkwasser. Öffentliche Trinkbrunnen fördern die Gesundheit und schonen die Umwelt.

Im vorletzten Jahr hat es bereits eine Petition im Deutschen Bundestag gegeben, die sich genau mit diesem Thema beschäftigt hat. Dort haben die Petitionsunterschreibenden gefordert, mehr öffentliche Trinkbrunnen aufzustellen. Der Bundestag hat dem auch zugestimmt und die Verantwortung für die Umsetzung wiederum an die Kommunen gegeben. Es gibt auch schon Kommunen, die mit sehr guten Beispielen vorangehen. Mir fallen Augsburg und Düsseldorf ein, auch Berlin. Möglicherweise fallen Ihnen noch andere Städte ein. Und Bremen?

Die Probsteigemeinde St. Johann hat löblicherweise Anfang Juli einen Brunnen bei sich am Eingang vor dem Schnoor aufgestellt. Das ist eine tolle Sache, das finden wir ganz hervorragend. Wir finden aber, dass Bremen mehr solcher Brunnen benötigt und dass die Stadt hier auch Verantwortung übernehmen sollte.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Warum brauchen wir öffentliche Trinkbrunnen in Bremen? Ohne Wasser können wir nicht leben. Nicht nur die Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin empfiehlt, dass wir etwa drei Liter Wasser am Tag trinken sollen. Ausreichend Wasser zu trinken, hilft uns, gesund und vital zu sein. Es würde auch hier in der Bürgerschaft helfen, wie ich finde.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Niederländer begründen ihre Brunnenoffensive, die sie in den letzten Jahren vorangetrieben haben, sogar damit, dass Wassertrinken Übergewicht vorbeugen soll, denn wer viel Wasser trinkt, trinkt weniger zuckerhaltige Softdrinks.

Viele Menschen wissen bereits, dass Wasser in Deutschland eine besonders gute Qualität hat. Wasser ist das am besten kontrollierte Lebensmittel in Deutschland. Gerade unser Bremer Trinkwasser ist von herausragender Qualität.

(Zuruf des Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

Prost! Es schmeckt auch noch besonders lecker. Das wissen alle, die schon einmal woanders in Deutschland Wasser getrunken haben. In Bremen schmeckt es wirklich besonders gut. Viele Menschen trinken zu Hause auch schon Wasser aus dem Hahn.

Was aber, wenn man unterwegs ist? Dann wird Wasser in Plastikflaschen gekauft. Der dadurch entstehende Plastikmüll kann reduziert werden, je mehr Menschen Wasser aus dem Hahn trinken. Aber was, wenn kein Hahn, kein Brunnen, in der Nähe ist? Genau das wollen wir ändern.

Wir stellen uns vor, dass an vielfältigen Plätzen in Bremen öffentliche Trinkbrunnen aufgestellt werden. Das würde die Plätze aufwerten und einen guten Service für Touristinnen und Touristen ergeben, die sich mit gutem Bremer Trinkwasser erfrischen können.

Nicht zuletzt denken wir bitte auch daran, dass nicht jeder Mensch in Bremen Zugang zu frischem Trinkwasser hat. Obdachlose wissen manchmal nicht, wo sie das für das Überleben notwendige Trinkwasser herbekommen sollen. Die Kolleginnen und Kollegen der Probsteikirche wissen das und haben bei der Eröffnung ihres Brunnes im Juli extra auf diesen Mangel hingewiesen. Übrigens haben es Obdachlose häufig auch schwer, öffentliche Sanitäranlagen zu finden, wo sie sich waschen und eine Toilette benutzen können. Auch das ist ein Thema, welches wir als Kommune lösen müssen.

Heute aber geht es um öffentliche Trinkbrunnen. Ich fasse zusammen: Wir alle sollten viel trinken, am besten Wasser. Das bremische Wasser ist besonders gut. Bremerinnen und Bremer mit und ohne Wohnung, Touristinnen und Touristen von nah und fern, alle würden von öffentlichen Brunnen profitieren. Das Stadtbild wird aufgewertet. Öffentliche Trinkbrunnen fördern den Umweltschutz und unsere Gesundheit. All das ist eigentlich so einleuchtend, dass es überraschend ist, dass wir noch keine öffentlichen Trinkwasserbrunnen in Bremen haben, bis auf die beschriebene Ausnahme.

Aber keine Debatte in Bremen, ohne an das Geld zu denken, das haben wir heute schon vielfältig erlebt! Wer also soll das bezahlen? Noch am Morgen, als im „Weser Kurier“ ein kleiner Artikel zu unserer Idee, öffentliche Trinkbrunnen in Bre-

men aufzustellen, erschien, bekam ich bereits erste SMS mit Angeboten zum Sponsoring. Ich bin sicher, es gibt noch viel mehr Einzelpersonen und Firmen, die diese Idee unterstützen werden. Ich erwarte auch, dass sich unser kommunaler Wasseranbieter, die swb, beteiligen wird.

Wir fordern also in unserem Antrag den Senat auf, ein Konzept zu erstellen, wie und wo in Bremen öffentliche Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden können und wie die Errichtung und der Betrieb überwiegend durch Spenden und Sponsoring gesichert werden können. - Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Koalitionsantrag!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dehne.

Abg. Frau Dehne (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt hat Frau Dr. Kappert-Gonther schon so viel Richtiges und Wichtiges gesagt, dass ich mich bei diesem Thema möglichst kurz halten will.

Wenn man an Trinkbrunnen denkt, fallen einem zwar viele Brunnen ein, aber nicht unbedingt Trinkbrunnen. Wir haben hier in nächster Nähe zur Bürgerschaft, zum Beispiel am Börsenhof, den sogenannten Tröpfler oder auch den Neptunbrunnen auf dem Domshof. Trinken kann man aber, wie schon gesagt, bislang nur im Schnoor, wo im Juli die Trinkwasserstelle eingeweiht wurde.

Zu den Kosten: Das waren ungefähr 3 000 Euro. In anderen Bundesländern oder Städten sind die Anschaffungskosten und die Unterhaltungskosten für einen solchen Trinkbrunnen etwas höher. Man muss einmal genau hingucken, wie das hier gehen könnte.

Das Thema Obdachlose wurde eben schon angesprochen, die besonders nötig einen Zugang zum Trinkwasser brauchen, weil sie keine eigene Wohnung haben, wo sie einfach den Hahn aufdrehen können. Es gibt zwar Möglichkeiten wie das Obdachlosen-Café oder auch die Bahnhofsmission, aber das ist natürlich immer noch etwas anderes, als wenn man einfach so auf der Straße oder auf öffentlichen Plätzen eine Möglichkeit hat, sich mit frischem Wasser zu versorgen.

Das Thema wurde bereits von der swb hier in Bremen aufgegriffen. Es entstanden aber sehr viele Fragen: Wo sollen solche Säulen aufgestellt werden? Sind die Grundeigentümer damit einverstanden? Wer zahlt die Unterhaltungskosten? Wie sorgt man für die notwendige Wasserqualität und auch die Hygiene an der Stelle? Wer kommt bei Vandalismus für die Schäden auf? Die Kernfrage ist: Wer zahlt die Folgekosten? Es ist ja nicht mit

der einmaligen Anschaffung getan, sondern in den nächsten Jahren werden sicherlich Kosten anfallen. Es gibt eine Vielzahl von Auflagen und Haftungsfragen. Letztlich hat die swb deswegen das Thema erst einmal auf Eis gelegt. Wir nutzen nun genau diesen Antrag, um das Thema noch einmal aufzurufen.

(Beifall SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Da das Thema Kosten immer wieder angesprochen wird, möchte ich sagen: In Hamburg werden die Kosten auf die Haushalte umgelegt. Letztlich zahlen alle Wasserkunden durch eine kleine Umlage diese öffentlichen Trinkbrunnen. Darüber könnte man nachdenken.

In Berlin, das fand ich ganz spannend, gerade wenn man an die Örtlichkeit solcher Trinkbrunnen nachdenkt, wurde online abgestimmt, wo man sie aufstellen soll. Auch das wäre vielleicht eine Idee.

Abschließend möchte ich sagen: Die Gesundheitsförderung wäre mit solchem Wasser wesentlich gestärkt. Da sollte man nicht nur an die Innenstadt denken, sondern auch an andere Stadtteile, ob es der Norden ist, der Westen, der Süden, der Osten. Ich glaube, auch da gibt es viele Plätze, die einen solchen öffentlichen Trinkbrunnen gut vertragen könnten. Den Umweltaspekt haben wir eben schon angesprochen. Daher bitte ich sehr um Ihre Unterstützung dieses Antrags. - Danke schön!

(Beifall SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kappert-Gonther, Sie haben gefragt, warum das eigentlich nicht schon vorher Thema gewesen sei. Wenn ich in der Zeitung lese, dass 2015 das heißeste Jahr werden soll und daraus Probleme entstehen, die sonst in mediterranen Gegenden aufgetreten sind, kann ich mir vorstellen, warum das jetzt auch ein Thema in Deutschland wird. Das hat einfach damit zu tun, wie sich unsere Welt leider klimatisch verändert. Insofern müssen wir vielleicht auch darauf eingehen und solche Einrichtungen schaffen, denn es ist zu Recht alles über die Wichtigkeit des Lebensmittels Wasser ausgeführt worden. Der Durstlöscher wird gebraucht. Wir müssen dann überlegen, wo das Ganze sein kann. Vielleicht ist es günstig, es an manchem öffentlichen Gebäude einzurichten, weil die Wasserleitung nicht weit ist und auch klar ist, wer die Kosten tragen könnte.

Auch wäre zu klären, ob es vielleicht in der Nähe von Sporteinrichtungen wichtig ist, wo es nicht gesichert ist, Wasser zu bekommen, denn viel-

leicht ist es in Umkleidekabinen an der einen oder anderen Stelle gesichert, aber mancher Beachvolleyballplatz, mancher Basketballplatz, der eingerichtet worden ist, ist eben nicht so ausgestattet. Auch das ist eine Frage, die man stellen kann.

Die andere Frage, die man in so einem Konzept beachten muss: Sind die Dinge kindgerecht, können auch Kinder an sie heran, wenn ich Trinkwasserspender dahin stelle, wo auch Kinder unterwegs sind. Die nächste Frage: Können auch Menschen mit Beeinträchtigungen sie nutzen?

Es sind also viele Fragen, die in einem Konzept gelöst werden müssen, und darum geht es ja heute, abzustimmen, ob wir so ein Konzept erarbeiten lassen wollen oder nicht. Dann erst geht es darum zu entscheiden, ob das Konzept gut, richtig und ausreichend ist. Dann werden wir uns erneut darüber unterhalten. Jetzt ist die Frage, ob wir ein Konzept haben wollen. Wir finden, das Thema ist es wert, bearbeitet zu werden, und ein solches Konzept sollte erstellt werden. Deswegen werden wir Ihrem Antrag zustimmen. - Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abg. Bensch (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich als Abgeordneter zu Beginn der Legislaturperiode meine E-Mails aufrufe und „Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD“ lese, dann habe ich eine Erwartungshaltung: Oha, was kommt da? Geht es um die Kliniken, geht es um die Schulen, geht es um Kindergartenplätze, um Flüchtlingsunterkünfte?

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Geht es um unsere Polizisten? Um was geht es eigentlich? Nein, wir haben hier einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Trinkbrunnen, einen Masterplan für die Wasserversorgung Bremens, meine Damen und Herren! Inhaltlich spricht dagegen überhaupt nichts, aber mein Appell ist: Kümmern Sie sich in einer anderen Reihenfolge um die wirklich wichtigen Themen dieser Stadt und dieses Landes, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, DIE LINKE, ALFA)

Der Antrag ist so schön geschrieben, man kann ja eigentlich gar nicht dagegen sein, sonst steht am nächsten Tag „CDU gegen Trinkbrunnen“ in der Zeitung. Deswegen meine klare Aussage: Ja, auch wir sind für Trinkbrunnen! Aber wie sieht das denn aus, wenn man einen Parlamentsbeschluss herbeiführt, mit dem man den Senat darum bittet, Gespräche mit Wasserversorgern und Sponsoren

zu führen? Sie regieren seit acht Jahren in dieser Stadt und haben noch nicht einmal das hinbekommen? Völlig überflüssig, so etwas hier per Parlamentsbeschluss herbeizuführen! Wenn nachher das Konzept vorliegt, tragen Sie es vor, dann kann es durchaus sein, dass wir als CDU sagen, wir finden das toll, aber hier im Parlament bitte schön die etwas wichtigeren Dinge behandeln, vor allem zu Beginn der Legislaturperiode! Einmal ganz ehrlich: Die „heute-show“ braucht Stoff, aber nicht unbedingt aus Bremen! Wir tragen Ihren Antrag nicht mit. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Neudeutsch würde man sagen: Echt jetzt? Als ich das gelesen habe, habe ich auch gedacht, warum müssen wir hier eine Deklamation beschließen, die nichts weiter besagt als: Trinkbrunnen in Bremen wären doch nicht schlecht, oder?

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, CDU, ALFA - Abg. Röwekamp [CDU]: Aber auch die Reformation begann mit einer These!)

Ja, die These als solche ist ja nicht schlecht, aber es ist jetzt nicht so, dass wir sozusagen revolutionäres Neuland betreten, sondern wir wissen, dass das sinnvoll ist. Wir werden dem auch zustimmen, aber im Ernst: Wenn es um solche Dinge geht, wäre meine ernste Bitte, uns hier im Parlament nicht Absichtserklärungen verabschieden zu lassen, sondern in so einem konkreten Fall tatsächlich zu sagen, was es konkret heißt, wie viele Brunnen möglich sind, wer sie bezahlt und so weiter. Wenn das bei einem solchen Thema nicht geht, dann muss man sich fragen, was bestimmte Senatorinnen und Senatoren eigentlich beruflich machen. Es muss organisiert werden, dass hier Konzepte beschlossen werden, die so ein sinnvolles Vorhaben untermauern, und nicht nur Absichtserklärungen.

Ein bisschen ärgert mich ehrlich gesagt, dass so getan wird, als wäre ein Trinkbrunnen ein kostenloser Zugang zu Trinkwasser. Ein kostenloser Zugang zu Trinkwasser bedeutet, dass man dieses Trinkwasser nicht nur zum Trinken benutzen kann, sondern auch zum Wäsche waschen, Kochen und für all die Dinge, für die man sonst noch Wasser braucht. Wir haben in Bremen ein Problem, es gibt Menschen, die von der swb von der Wasserversorgung abgeschnitten werden. Ich sage Ihnen voraus, dass die swb sich herausreden wird, wenn wir wieder die Debatte darüber haben, ob es eigentlich menschenwürdig ist, wenn diesen Menschen das Wasser abgedreht

wird, dann wird von dort gesagt, vielleicht können die Menschen zu den kostenlosen Trinkwasserbrunnen auf dem Marktplatz gehen, und ich sage Ihnen, diese Flanke der Argumentation unterstützen wir keinesfalls!

Wir sind dafür, dass man in Bremen kostenlos Wasser trinken kann. Ein Zugang zu Trinkwasser für Menschen, die sonst keinen Zugang dazu haben, ist das eher nicht, und deswegen hat es aus unserer Sicht einen ganz komischen Zungenschlag, wenn das als Begründung für Trinkbrunnen herhalten muss. Wir waren schon fast geneigt zu sagen, wir tragen den Antrag nicht mit, aber wie gesagt, es ist sinnvoll, und wir werden uns noch einmal nachdrücklich darum kümmern, wie weit eigentlich die Verhandlungen mit der swb sind, so etwas wie Trinkwassersperrungen nicht zuzulassen. Ich bin mir fast sicher, wenn es diese Trinkbrunnen gibt, dann wird gesagt, die Obdachlosen und diejenigen, denen der Wasserzugang gesperrt wurde, können ja mit ihren Kindern, ihrer Wäsche und sonstigen Sachen, zum Kochen mit ein paar Eimern zum nächsten Trinkbrunnen gehen und sich das Wasser dort holen. - Danke!

(Beifall DIE LINKE - Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/ Die Grünen]: Sie wissen, dass das nicht stimmt! - Abg. Frau Grotheer [SPD]: Diesen Zynismus können Sie sich echt sparen!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, zu dem Thema ist das Wesentliche gesagt. Es liegt an uns, ein Konzept zu entwickeln. Das werden wir tun. Wir werden die Anregungen, die hier jetzt auch vorgebracht wurden, einbeziehen und es dann sowohl in der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz als auch in der Umweltdeputation vortragen und dort diskutieren. Ich hoffe, dass wir dann etwas finden, das unser aller Wunsch erfüllt, Trinkbrunnen in der Stadt auch so vorhalten zu können, dass es Wasser gibt und dieses Wasser hygienisch sauber ist, sodass wir damit ein Mehr an Lebensqualität bewirken. - Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 19/22 S zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE; FDP, ALFA)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Damit ist die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft für heute abgearbeitet.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.49 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll**Konsensliste****Von der Bremischen Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 3. Sitzung nach
interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte
ohne Debatte**

	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
3.	Neubildung eines Jugendhilfeausschusses Mitteilung des Senats vom 1. September 2015 (Drucksache 19/17 S)	Die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend des Wahlvorschlages.
4.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung und Kinder	Die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend des Wahlvorschlages.
11.	Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1 vom 11. September 2015 (Drucksache 19/23 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen

Weber

Präsident der Bremischen Bürgerschaft